

Preußische Allgemeine



Nr. 19 · 13. Mai 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Spiel mit dem Feuer

Während die Russen im Königsberger Gebiet den Einsatz von Atomraketen üben, verändern die US-Amerikaner ihre strategischen Ziele in Bezug auf Russland **Seiten 3 und 8**



Neue Welt Mit Gentechnik und KI gegen Schädlinge und Krankheiten? **Seite 2**



Theodor Blank Konrad Adenauers Mann für das Unpopuläre **Seite 11**

VON WERNER J. PATZELT

POLITIK

Das Ergebnis von Kiel gibt allen Parteien zu denken

Der Wahlabend war schnell entschieden – und bot dennoch wichtige Erkenntnisse für den Bund und die kommende Wahl in Nordrhein-Westfalen

Wir hatten keinen spannenden Wahlabend erwartet. Und doch besicherte die Kieler Landtagswahl Analytikern Feinschmeckerkost.

Die CDU gelangte wieder in einst gewohnte Höhen von mehr als 40 Prozent und feierte wie in alten Zeiten. Die Grünen genossen es, die SPD neben sich schrumpfen zu sehen. Tatsächlich macht es einen Unterschied, ob der Charmeur Habeck das Gesicht einer Partei abgibt oder der Miesepeter Stegner. Die FDP halbierte ohne ihren Talkshow-Meister Kubicke an der Spitze fast ihre Stimmenzahl. Und die AfD flog erstmals in ihrer jungen Geschichte aus einem Landtag.

Der im Amt bestätigte Regierungschef Daniel Günther trat vor allem als Integrator von Deutschlands traditionellen Parteien auf. Als solcher gewann er stark hinzu aus den Reihen von SPD und FDP. Auch ein nennenswerter Teil von Grünen-Wählern stimmte für ihn. So in etwa hatten sich CDU-Strategen zu Angela Merkels Zeiten die Zukunft der Union gewünscht. Vermutlich fühlen sie sich nun bestätigt. Sie sollten aber nicht vergessen, dass dieser Erfolg in einem kleinen, vielfach für Deutschland untypischen Bundesland gelang.

Parteien am Scheideweg

Die Grünen müssen nun klären, ob sie weiter gemäß ihrem Grundgefühl eine linke Partei an der Seite der SPD sein wollen, die nur in Zeiten von deren Schwäche mit der CDU zusammengeht – oder ob sie, wie es dem Bildungsstand und Geldbeutel ihrer Wähler entspräche, eine verlässlich bürgerliche Kraft sein möchten. Umgekehrt steht die CDU vor der Frage, ob sie der FDP verlässlich das Mitregieren in Aussicht stellen will, wann immer die Wähler das zulassen, oder ob sie das Risiko eingehen soll, die Liberalen der SPD zuzutreiben, falls sie die Grünen als „natürlichen Partner“ behandelte.

Diesbezüglich wird viel vom Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen am kommenden Sonntag und von der Spannungsdynamik in der Berliner Ampelkoalition abhängen. Freilich sind auch dauerhaftere Faktoren zu erwägen. Zu denen gehört, dass die Union vor allem bei älteren und weniger gebildeten Wählern Zuspruch findet, die grüne Partei hingegen bei den jüngeren mit höherer formaler Bildung. Lässt sich daraus eine „neue Mitte“ schaffen? Oder werden umstrittene Themen solche Bündnisse allzu oft entlang von Sollbruchstellen aufsprengen, die mit Lebenserfahrung und Echokammern zu tun haben?

Das Abschneiden der AfD weckt bei ihren Gegnern die Hoffnung, nun wirke endlich die gegen sie hochgezogene Brandmauer. Tatsächlich könnte das jahrelange Wachstum der Partei in ein Schrumpfen übergehen, falls folgende Faktoren weiter von Gewicht sein sollten: Erstens verlangen auch Anhänger einer Protestpartei irgendwann nach politischen Inhalten, die zu realen Problemen passen und in sich stimmig sind. Solche Inhalte wusste die AfD weder bei der Corona-Pandemie noch beim Ukrainekrieg anzubieten. Zweitens fehlen der Partei ihre zwei großen Mobilisierungsthemen: Angela Merkel – und die öffentliche Sichtbarkeit einer Zuwanderung, die nicht aus Flüchtlingen, sondern aus selbstermächtigten Migranten besteht.

Mobilisierungslähmend ist für die Partei auch die offene Frage, ob sich dauer-

haft die rechtsaußen stehende Mitgliedschaft durchsetzt, oder ob sich konservative und ordoliberalen Demokraten die Chance auf eine Kursänderung hin zu einstigen Lucke- oder Petry-Positionen erarbeiten können. Von Relevanz ist auch die Frage, ob die Union sich vielleicht doch wieder als Partei auch derer anbietet, die nicht links oder mittig sind, aber unstrittig innerhalb des Verfassungsbogens stehen. Im Norden jedenfalls verteilten sich die Verluste der AfD zu knapp zwei Dritteln – in dieser Reihenfolge – auf Nichtwähler, CDU und Liberale. Das sind jene Reservoirs, aus denen sich einst bundesweit ihre Erfolge speisten.

Mut zu Flügeln

Für die SPD wiederum stellt sich die Frage, wie gut sie durch Zeiten kommen kann, in denen linke Illusionen an der harten Wirklichkeit zerschellen.

Da zerstreut der Traum vom Frieden dank Friedenswilligkeit und von einer regelbasierten internationalen Ordnung, da platzt die Hoffnung auf „Wandel durch Handel“ am Falle Russlands, mit dem so viele Deutsche eine Art politische Romantik verbindet. Und da wird mehr und mehr die Weiternutzung von Kernenergie zum Silberstreif am dunklen Horizont der Verfügbarkeit und der Kosten fossiler Energieträger, während das Aufstellen von Windrädern und Solarmodulen sich im Unterholz von Planungs-

recht, Verwaltungsjustiz und Widerstand vor Ort verfängt.

Wieviel schadet es der SPD, wenn sich ihre aus Gründen der Geschlechterparität in Ministerämter berufene Damenriege als sachlich hilflos und politisch leichtgewichtig erweist? Und wie geht es weiter, wenn die Grünen ihre politisch profitablere Passfähigkeit zur CDU nicht nur entdecken, sondern bald in immer mehr Bundesländern ausleben?

Dann wird es wohl Zeit, dass die SPD der CDU vormacht, wie nützlich es sein kann, wenn eine Partei mindestens zwei Flügel hat und diese auch politisch nutzt. Die Sozialdemokraten bräuchten einen starken linken Flügel, der – anders als heute – denen in der Partei nicht ihre sozialdemokratische Identität bestritte, die sich auch in der CDU heimisch fühlen könnten. Und die CDU müsste sich wieder trauen, auch einen einflussreichen konservativen Flügel zu haben, der diese Partei von rechts her schwerer angreifbar machte als zu Merkels Zeiten.

Freilich verlangt politisches Fliegen auf weit ausholenden Schwingen große Fähigkeiten zum koordinierten Gewährenlassen und zum Zusammenhalten in unvermeidlichen Spannungszeiten. Derlei Führung darf innerparteiliche Debatten weder ersticken wie zur Zeit der Merkel-CDU noch sie aus dem Ruder laufen lassen wie einst in Willy Brandts SPD. Das ist viel verlangt. Doch die Zeiten fordern das.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Russland-Sanktionen des Westens erzielen bislang kaum die erhoffte Wirkung **Seite 7**

Kultur

Berlin würdigt an gleich zwei Orten den Troja-Entdecker Heinrich Schliemann **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Die LKW-Staus an den Grenzen zum Königsberger Gebiet wachsen dramatisch **Seite 13**

Lebensstil

Mit zweijähriger Verspätung lädt Oberammergau wieder zu seinen Passionsspielen **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Schöne neue Welt Die Gentechnik soll gegen Blutsauger, die Künstliche Intelligenz gegen Krankheiten und die Digitalisierung gegen Kriminalität wie Terror eingesetzt werden. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus?

Mit Gentechnik gegen Schädlinge

Warum der Versuch, die Ägyptische Tigermücke mit der Genschere zu bekämpfen, umstritten ist

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die auch als Gelbfieber- oder Denguemücke bekannte Ägyptische Tigermücke (Aedes aegypti) ist überaus gefürchtet, denn die blutsaugenden Weibchen dieser Spezies übertragen gefährliche virusbedingte Krankheiten wie das Gelbfieber, Zika, Chikungunya und das Dengue-Fieber. Permanent breitet sich die ursprünglich nur in den Tropen beheimatete tagaktive Moskito-Art weiter nach Norden aus. Um sie zu bekämpfen, kamen bislang vor allem Insektizide zum Einsatz, deren Wirksamkeit jedoch zunehmend nachlässt, weil die Mücke offensichtlich immer resistenter wird.

Deshalb hat das im südostenglischen Abingdon-on-Thames ansässige Biotechnologie-Unternehmen Oxitec Limited, das der US-amerikanischen Risikokapitalgesellschaft Third Security gehört, gentechnisch veränderte „Freundliche Moskitos“ vom Typ OX513A gezüchtet. Diese ausschließlich männlichen Insekten produzieren ein Protein, das die Zellentwicklung stört. Laut Oxitec soll das dazu führen, dass die von den OX513A-Exemplaren gezeugten weiblichen Nachkommen im frühen Larvenstadium sterben, wohingegen der männliche Nachwuchs seinerseits dann ebenfalls für die Geburt von nicht lebensfähigen Weibchen sorgt. Auf diese Weise müssten die Tigermücken in den Regionen, wo die „Geheimwaffe“ OX513A zum Einsatz kommt, nach und nach verschwinden.

Groß angelegte Feldversuche

Um die Wirksamkeit des Verfahrens zu testen, führte Oxitec ab 2009 zahlreiche Feldversuche auf der britischen Karibik-Insel Grand Cayman sowie in Brasilien, Malaysia und Panama durch, wobei das Unternehmen auch finanzielle Beihilfen seitens der Bill & Melinda Gates Stiftung erhielt. Dem folgte zwischen April und Oktober 2021 die Freisetzung von fünf Millionen Exemplaren der gentechnisch veränderten Tigermücke auf den Inseln Cudjoe Key, Ramrod Key und Vaca Key im Monroe County des US-Bundesstaates Florida. Anlass hierfür waren zwei Ausbrüche des Dengue-Fiebers in den Jahren 2010 und 2020 mit 68 beziehungsweise 72 Betroffenen. Dem neuerlichen Frei-

landexperiment ging ein jahrelanges Tauziehen um dessen Zulässigkeit voraus, das von März 2010 bis Juni 2020 andauerte und schließlich mit der Genehmigung des Einsatzes der „Freundlichen Moskitos“ durch die Umweltschutzbehörde United States Environmental Protection Agency (USEPA) endete. Außerdem fand 2016 ein Referendum statt, bei dem die Bewohner von 31 der 33 Bezirke der Florida Keys dem Vorhaben von Oxitec zustimmten.

Kritik kam bislang vor allem von Umweltgruppen und Menschen, die in der Nähe der vorgesehenen Tigermücken-Freisetzungspunkte leben. Einige von diesen drohten sogar, die genmanipulierten Tiere an Ort und Stelle mit Insektiziden zu töten. Und tatsächlich birgt das Vorgehen von Oxitec unkalkulierbare Risiken.

Umweltgruppen und Betroffene

So müssen die OX513A-Männchen mehrmals im Jahr an ständig wechselnden Stel-

len ausgesetzt werden, ohne dass es dadurch aber zur vollständigen Vernichtung der Tigermücken-Population in einer bestimmten Region kommt. Denn letztlich sterben doch nicht alle Weibchen, die von den „Freundlichen Moskitos“ abstammen und das „Todes-Gen“ in sich tragen. Das deutet auf die Entstehung von Mutationen hin, die zu Insekten mit völlig neuen, unbekannten Eigenschaften führen.

Der Nutzen ist fraglich

Gleichzeitig ist auch der Nutzen des Ganzen fraglich. Immerhin sind nur vier Prozent der Moskitos auf den Florida Keys Tigermücken, weshalb weiterhin Insektizide benötigt werden, um beispielsweise die in Massen auftretende Schwarze Salzwiesenumücke (Aedes taeniorhynchus) zu bekämpfen. Diese gilt unter anderem als Überträger der Enzephalitis, des Eastern-Equine-Encephalomyelitis-Virus (EEEV), das sowohl Pferde als auch Menschen töten kann, und des ebenfalls für Mensch

und Tier hochgefährlichen Herzwurms Dirofilaria immitis.

Keine klinischen Studien

Darüber hinaus ist keineswegs klar, ob die durch den Einsatz von OX513A erreichte Reduzierung der Tigermücken-Population um rund neun Zehntel tatsächlich zu einer spürbaren Reduzierung der von Aedes aegypti übertragenen Viruserkrankungen führt. Um diese Frage zu beantworten, müsste Oxitec spezielle und recht aufwendige klinische Studien durchführen, wofür es jedoch keinerlei Pläne gibt.

Dessen ungeachtet teilte das britische Unternehmen im vergangenen Monat mit, dass der Versuch in Florida ein voller Erfolg gewesen sei und man nun weitere OX513A-Schwärme im kalifornischen Visalia freisetzen wolle und auch die beiden Malaria übertragenden Mücken-Arten Anopheles stephensi und Anopheles albimanus mittels Gentechnik auszumerzen gedenke.



Überträger von Krankheiten wie Gelbfieber, Zika, Chikungunya und Dengue-Fieber: Die Ägyptische Tigermücke

Foto: Mauritius

ARZNEIMITTELKUNDE

Künstliche Intelligenz als Giftmischer

Wie sich das KI-System MegaSyn missbrauchen lässt

Künstliche Intelligenz (KI) mit lernfähigen Algorithmen wird mittlerweile auch in der pharmakologischen Forschung eingesetzt. Hierbei kann es zu gefährlichen Formen des Missbrauchs kommen, wie einige Wissenschaftler um Fabio Urbina und Sean Ekins von der US-Firma Collaborations Pharmaceuticals in einem aufsehenerregenden Experiment herausfanden. Über dessen Details berichten sie in dem Artikel „Duale Nutzung von auf künstlicher Intelligenz basierender Wirkstoffforschung“ in der April-Ausgabe des Fachblattes „Nature Machine Intelligence“.

Urbina und seine Kollegen setzten das pharmakologische KI-System MegaSyn,

das normalerweise der automatischen Generierung von Molekülen mit potentiell therapeutischer Wirkung dient, versuchsshalber auf entgegengesetzte Weise ein: Statt wie üblich nichttoxische Wirkstoffe zu entwerfen, verwendeten die Forscher die KI dazu, um giftige Substanzen zu kreieren, die in etwa dem berüchtigten russischen chemischen Kampfstoff Novitschok entsprechen.

Dabei kam die Wissenschaftlergruppe zu schockierenden Ergebnissen: Nach weniger als sechs Stunden präsentierte der Algorithmus von MegaSyn um die 40.000, allesamt überaus tödliche chemische Verbindungen. Unter anderem hatte die KI auch die Formel des extrem toxischen

Nervengiftes VX „entdeckt“. Dazu kamen die Rezepturen für viele andere chemische Kampfstoffe, die dem intelligenten Molekül-Generator zuvor ebenfalls unbekannt gewesen waren. Doch damit nicht genug: Neben den bereits in einschlägigen toxikologischen Datenbanken aufgelisteten Verbindungen entwarf MegaSyn gleichfalls noch unzählige weitere, bislang nirgendwo registrierte Giftstoffe von augenscheinlich hoher potentieller Tödlichkeit.

Das Experiment stellt eindrucksvoll unter Beweis, welche neuen Gefahren der Einsatz von KI bergen kann. Daher warnen die Forscher nun eindringlich vor dem Missbrauch pharmakologischer

Wie andere Errungenschaften des Fortschritts kann auch die KI sowohl konstruktiv als auch destruktiv genutzt werden

Algorithmen. Allerdings bleibt bislang offen, inwieweit die von dem „Zauberlehrling“ MegaSyn „erdachten“ Gifte tatsächlich praktisch verwendet werden können.

Denn erfahrungsgemäß „komponieren“ KI-Systeme oft Wirkstoffe, die entweder sehr instabil oder so komplex sind, dass die Herstellung im Labor samt nachfolgender praktischer Verwendung umfangreiche oder gar unüberwindliche Schwierigkeiten birgt. Andererseits dürften sich unter den massenhaft neu generierten toxischen Molekül-Kombinationen auch einige befinden, deren Synthese keine nennenswerten Probleme bereiten würde. W.K.

AFRIKA

Digitalisierung menschlicher Identitäten

Afrika entwickelt sich offenbar zum Experimentierfeld bei der Digitalisierung menschlicher Identitäten. So können seit Anfang vergangenen Monats 73 der über 200 Millionen Nigerianer keine Anrufe mehr mit ihren Mobiltelefonen vornehmen, weil die SIM-Karten der Geräte gesperrt wurden. Das ist die Folge davon, dass die betroffenen Mobiltelefon-Besitzer nicht willens oder in der Lage waren, das Subscriber Identity Module (Teilnehmer-Identitätsmodul) mit der nigerianischen National Identity Number (NIN) verknüpfen zu lassen. Diese elfstellige Identifikationsnummer, die bereits vor zehn Jahren eingeführt wurde und unter der auch biometrische Daten gespeichert sind, benötigt jeder Nigerianer, um zu wählen, ein Bankkonto zu eröffnen, eine Krankenversicherung oder einen Führerschein zu bekommen und seine Steuererklärung einzureichen. Und 2020 teilte die staatliche Telekommunikationsbehörde Nigerian Communications Commission (NCC) dann mit, dass alle Mobiltelefone bis zum 31. März 2022 unter der NIN registriert werden müssten. Als Begründung hierfür diente die Notwendigkeit der effektiveren Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung.

Allerdings hatten viele Nigerianer Datenschutzbedenken oder Probleme, eines der teilweise bis zu 250 Kilometer entfernten Registrierungszentren aufzusuchen. Das hielt die Regierung allerdings nicht davon ab, die Verknüpfung von SIM und NIN gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen. Ähnliches passierte in Sambia und Kenia – und nun will auch Ghana die SIM-Karten der Mobiltelefone seiner Bürger mit anderen persönlichen Datensätzen abgleichen.

Die Speicherung der digitalen Identitäten der betroffenen Afrikaner erfolgt auf Serverfarmen, die größtenteils den US-amerikanischen Hightech-Giganten Google, Amazon und Microsoft gehören. Deshalb fürchten jetzt viele Menschen auf dem Schwarzen Kontinent, diesen Konzernen ausgeliefert zu sein. Dazu kommt die Angst vor einer umfassenden Überwachung durch den Staat. W.K.

Szenarien am Rande des Abgrunds

Die Gefahr eines Einsatzes von Atomwaffen im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg bewegt nicht nur in Deutschland die Gemüter. Wichtiger als die Sorgen der Europäer ist jedoch das Verhalten der US-Amerikaner

VON HARALD KUJAT

Vor einigen Tagen berichteten deutsche Medien, dass russische Streitkräfte nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums in der Oblast Kaliningrad, dem Gebiet um die frühere ostpreußische Hauptstadt Königsberg, Angriffe mit nuklearfähigen Iskander-Raketen simuliert hätten. Es soll sich um einen „elektronischen Start“ auf ein imaginäres militärisches Ziel sowie um die Reaktion auf einen nuklearen Angriff gehandelt haben.

Die Oblast Kaliningrad, das am weitesten westlich gelegene Staatsgebiet der Russländischen Föderation, ist eine strategische Schlüsselregion zwischen den NATO-Staaten Litauen und Polen. In dieser Region sind hochmobile Raketensysteme des Typs Iskander (NATO-Bezeichnung: SS-26) disloziert. Iskander ist ein ballistisches Kurzstreckensystem mit einer Reichweite bis zu 500 Kilometern, das mit konventionellen und nuklearen Gefechtsköpfen eingesetzt werden kann. Das System ist sehr zielgenau und kann durch den Einsatz von Täuschkörpern gegnerische Abwehrsysteme durchdringen. Es können auch Marschflugkörper gestartet werden.

Atomares Säbelrasseln in Russland, aufgeladene Debatten in Deutschland

Die Nachricht des russischen Verteidigungsministeriums soll offensichtlich eine weitere Warnung sein, dass der Einsatz von Nuklearwaffen für die russischen Regierung eine realistische Option im Krieg um die Ukraine ist. Ob es tatsächlich eine ernstzunehmende Drohung ist, wird in den deutschen Medien kontrovers diskutiert. Anlass dazu sind zwei offene Briefe an den Bundeskanzler im Zusammenhang mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages, „schwere Waffen“ – was immer darunter verstanden wird – an die Ukraine zu liefern.

Im Kern geht es darum, ob man in einem eindimensionalen Ansatz die Ukraine mit Waffenlieferungen in die Lage versetzt, einen militärischen Sieg zu erringen (zu den Kriegszielen zählt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in seiner Botschaft zum 9. Mai auch die Rückeroberung der Krim), und das Risiko der Ausweitung des Krieges auf ganz Europa und möglicherweise eine nukleare Eskalation in Kauf nimmt oder in einem dualen Ansatz die Ukraine zwar bei der Verteidigung ihres Landes unterstützt und zugleich das Risiko eines großen europäischen Krieges und möglicherweise einer nuklearen Eskalation durch einen Verhandlungsfrieden verhindert. Im Clausewitzschen Sinne ist das die Frage, ob die Politik in einem Krieg der Logik der Gewalt weicht und der Krieg die Politik ersetzt – oder ob die Politik fortgesetzt und der Krieg mit den Mitteln der Politik beendet wird.

Abschrecken oder innehalten

Die Gegner von Waffenlieferungen sind überzeugt, dass damit eine Grenzlinie zu einem Gebot der politischen Ethik erreicht wird: „... das kategorische Verbot, ein manifestes Risiko der Eskalation dieses Krieges zu einem atomaren Konflikt in Kauf zu nehmen.“ Sie bezweifeln, dass es moralisch verantwortlich ist, durch diese Entscheidung weitere Opfer unter der Zivilbevölkerung zu verursachen.

Die Kritiker dieser Position fragen: „Muss man nachgeben, weil Putin mit dem Atomkrieg droht? Faktisch hieße dies doch, dass man tatenlos zusieht, wie ein souveränes Land seiner Freiheit beraubt wird und die Menschen dort einem totalitären Zwangsregime ausgeliefert werden.“

Dies wäre eine vernünftige Antwort auf eine leere Drohung. Die russische Regierung



Moskauer Säbelrasseln: Bei der diesjährigen Siegesparade am 9. Mai auf dem Roten Platz wurde auch das Raketensystem „Iskander“ gezeigt. Nur wenige Tage zuvor meldete das russische Verteidigungsministerium eine Iskander-Übung im Königsberger Gebiet
Foto: action press

verfügt jedoch über eine große Bandbreite nuklearer Optionen. Und niemand weiß, ob und unter welchen Bedingungen sie Nuklearwaffen einsetzen würde. Jedenfalls sieht die russische Nuklearstrategie den Einsatz von Nuklearwaffen für den Fall einer existenziellen Bedrohung Russlands vor. Russland betrachtet die Krim als russisches Staatsgebiet. Sollte der Westen die Ukraine so stark machen, dass sie den Versuch wagen könnte, die Krim zu erobern, wäre aus russischer Sicht sicherlich eine rote Linie überschritten.

Die Bedeutung der USA und die Interessen der Europäer

Die Befürworter von Waffenlieferungen sagen wiederum: „Die Drohung mit dem Atomkrieg ist Teil der psychologischen Kriegführung Russlands.“ Sie wollen die Drohung jedoch nicht auf die leichte Schulter nehmen und fordern: „Der Gefahr einer atomaren Eskalation muss durch glaubwürdige Abschreckung begegnet werden.“ Zu den zu berücksichtigenden Aspekten gehört auch, dass lediglich die Vereinigten Staaten die Fähigkeit besitzen, Russland vom Einsatz nuklearer Waffensysteme abzuschrecken. Abschreckung ist jedoch nur dann wirksam, wenn zu der Fähigkeit auch glaubwürdig der Wille kommt, nach einem nuklearen Ersteinsatz einen nuklearen Gegenangriff zu führen.

Das nuklearstrategische Gleichgewicht zwischen den Vereinigten Staaten und Russland ist stabil, weil es auf der gesicherten Zweitschlagsfähigkeit beruht. Das bedeutet, dass der Angegriffene auch nach einem Nuklearangriff noch in der Lage ist, dem Angreifer einen vernichtenden Gegenschlag zuzufügen. Das nuklearstrategische Gleichgewicht wird durch überlebensfähige Offensivsysteme (Interkontinentalraketen, Langstreckenbomber und nukleare U-Boote), defensive ballistische Raketenabwehrsysteme und stabilisierende Rüstungskontrollvereinbarungen gesichert.

Die sorgsam abgesicherte strategische Stabilität zwischen den beiden Großmächten bedeutet jedoch nicht, dass damit das Risiko eines auf Europa begrenzten Nuklearkrieges ausgeschaltet wäre. Im Gegenteil: Sollte die russische Führung der Auffassung sein, dass ein Einsatz nuklearer Kurzstreckenraketen keinen nuklearen Gegenangriff der Vereinigten Staaten auslöst, wäre das Risiko eines nuklearen Ersteinsatzes für Russland kalkulierbar. Offensichtlich ist dies der Fall. Denn der ehemalige Präsidentenberater Jelzins und Putins, Sergej Karaganow, erklärte kürzlich: „Ich weiß auch aus der Geschichte der amerikanischen Nuklearstrategie, dass die Vereinigten Staaten Europa wahrscheinlich nicht mit Nuklearwaffen verteidigen werden.“

Die Ukraine verteidigen – oder Russland besiegen?

Die Ausführungen des für den Einsatz amerikanischer Nuklearstreitkräfte verantwortlichen Befehlshabers des US-Strategic Command, Admiral Charles Richard, vor wenigen Tagen im Senatsausschuss für strategische Waffensysteme, scheinen das zu bestätigen: „Wir stehen derzeit vor einer Krise der Abschreckungsdynamik, die wir in der Geschichte unserer Nation nur wenige Male gesehen haben. Der Krieg in der Ukraine ... zeigt, dass wir eine Abschreckungs- und Sicherheitslücke haben, die auf der Androhung eines begrenzten Atomeinsatzes beruht.“ Wir sind möglicherweise einer Situation wie in der Kubakrise näher als viele das für möglich halten. Mit dem Unterschied, dass das Epizentrum nicht in der Karibik, sondern in Europa läge. Es liegt also essenziell im europäischen Interesse, eine Entwicklung des Ukrainekrieges zu verhindern, die uns dieser Gefahr aussetzt.

Immer häufiger betonen westliche Politiker unterdessen, dass die Waffenlieferungen „nicht nur der Verteidigung der Ukraine, son-

Sollte die russische Führung der Auffassung sein, dass ein Einsatz nuklearer Kurzstreckenraketen keinen nuklearen Gegenangriff der Vereinigten Staaten auslöst, wäre das Risiko eines nuklearen Ersteinsatzes für Russland kalkulierbar

dern auch dem ukrainischen Sieg über Russland“ dienen sollen. Der amerikanische Verteidigungsminister Lloyd Austin erklärte sogar kürzlich, dass die Vereinigten Staaten „Russland so weit geschwächt sehen wollen, dass es die Dinge, die es beim Einmarsch in die Ukraine getan hat, nicht mehr tun kann“. Das ist eine bedeutsame Änderung des Schwerpunktes der amerikanischen Strategie im Ukrainekrieg. „Center of Gravity“ ist nicht mehr, die Ukraine in ihrem Abwehrkampf zu unterstützen, sondern Russland als geopolitischen Rivalen zu schwächen.

Keine Alternative zu Verhandlungen

Der bisherige Verlauf des Krieges zeigt jedoch, dass es in diesem Konflikt keinen militärischen Sieger geben wird. Die rationale Konsequenz ist deshalb nicht die Verlängerung des Krieges, indem die strategischen Ziele weiter gesteckt werden, sondern seine Beendigung durch einen Verhandlungsfrieden. Der Appell, einen Verhandlungsfrieden anzustreben, ist auch keine Aufforderung zur Kapitulation der Ukraine. Er richtet sich nicht einmal an die Ukraine.

Denn die Strategieänderung der Vereinigten Staaten – wenn es denn eine war – zeigt, dass die Hauptakteure in diesem Krieg nicht die Ukraine und Russland, sondern die Vereinigten Staaten und Russland sind. Seit Beginn des Krieges hat es zwischen den beiden Großmächten keine Verhandlungen gegeben. Der Krieg ist an die Stelle der Diplomatie getreten. Es ist Aufgabe der Politik und ein Gebot der Vernunft, das Leiden der Ukrainer und die Zerstörung des Landes zu beenden und das Entgleiten des Krieges in eine europäische Katastrophe zu verhindern.

● **General a. D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

● MELDUNGEN

Dritthöchster Wehretat

Berlin – Unter dem Eindruck des Ukrainekriegs soll die Bundeswehr nach dem Willen der Ampelkoalition deutlich mehr Geld erhalten. Bereits im Februar kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ein 100-Milliarden-Sonderprogramm an. Bis 2025 will die Bundesregierung zudem zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung stecken. Nach den Berechnungen der „Wirtschaftswoche“ hätte Deutschland dann mit 80 Milliarden Euro beziehungsweise rund 85 Milliarden US-Dollar wahrscheinlich nach den USA und China den drittgrößten Wehretat der Welt. Wie aus einer Analyse des Militäretats durch die „Wirtschaftswoche“ hervorgeht, „bedeutet das nicht unbedingt viel mehr Waffen“. Demnach sind Personalkosten mit 28,2 Prozent der größte Ausgabenblock. Lediglich 18,2 Prozent fließen in Waffenkäufe. Laut dem Wirtschafts-magazin wird das Geld bevorzugt für Schiffe und Fluggerät ausgegeben, während für die Bewaffnung des Heeres lediglich ein Viertel bleibt. *N.H.*

Investitionen in Brandenburg

Potsdam – Die Bundeswehr will ihre Investitionen in Brandenburg massiv aufstocken. Wie aus der Antwort des brandenburgischen Finanzministeriums auf eine Anfrage aus der CDU-Landtagsfraktion hervorgeht, sollen im Laufe der nächsten zehn Jahre 1,4 Milliarden Euro in die märkischen Standorte der Bundeswehr fließen. In dieser Planung sind Ausgaben für Baumaßnahmen noch nicht enthalten. Nach Angaben des Landesfinanzministeriums waren die Investitionen der Bundeswehr in Brandenburg in den vergangenen Jahren deutlich gesunken. Ohne Baumaßnahmen investierte die Bundeswehr vergangenes Jahr lediglich 18,8 Millionen Euro in der Mark Brandenburg. Die Wehrbeauftragten Eva Högl (SPD) hatte sich bereits in ihrem Jahresbericht 2021 alarmiert über den bundesweit „teils desolaten“ Zustand in den Kasernen der Bundeswehr geäußert. Den Investitionsbedarf bei den Standorten bezifferte Högl bis 2034 auf knapp 20 Milliarden Euro. *N.H.*

Vergewaltigung und Selbstjustiz

Hamburg – Seit dieser Woche müssen sich elf Männer vor einer Jugendkammer am Landgericht Hamburg im Zusammenhang mit einer gemeinsamen Vergewaltigung einer 15-Jährigen, die am 19. September vorletzten Jahres im Hamburger Stadtpark stattgefunden haben soll, unter Ausschluss der Öffentlichkeit verantworten. Bis Ende des Jahres wird das Gericht zwei Mal pro Woche verhandeln, da es sich um einen komplexen Fall handelt. Neben den jungen Männern, von denen sechs ausländische Staatsangehörige sind und die wegen Vergewaltigung des Mädchens, Diebstahls, Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen und Beihilfe vor Gericht stehen, wird auch gegen über Hundert Nutzer des Internets ermittelt, die zur Selbstjustiz gegen die mutmaßlichen Vergewaltiger aufgerufen hatten. *CRS*



Soll noch großzügiger gewährt werden: Asyl in Deutschland

Foto: ddp images

EINWANDERUNG

Grüne fordern das Klima als zusätzlichen Asylgrund

Auf der letzten Integrationsministerkonferenz in Hamburg machte sich neben Bremen auch Brandenburg für „Klimafolgen“ als Abschiebehindernis stark

VON NORMAN HANERT

Bei einer Konferenz in Hamburg haben die Integrationsminister der Länder am 28. April über einen Antrag beraten, der drastische Folgen für das deutsche Asylsystem mit dem Titel „Klimafolgen als Abschiebungshindernis anerkennen“.

Bremens Integrationsssenatorin Anja Stahmann (Grüne) begründete den Antrag: „Wer wegen Klima- und Umweltveränderungen seine Heimat verlassen muss, wird von Schutzinstrumenten wie der Genfer Flüchtlingskonvention derzeit

nicht erfasst.“ Stahmann, die zeitweise auch als Nachfolgerin für die zurückgetretene Anne Spiegel als Bundesfamilienministerin im Gespräch war, wirbt schon seit längerer Zeit dafür, „Klimafolgen“ als einen weiteren Asylgrund anzuerkennen.

Auch die Grünen-Politikerin Claudia Roth hatte sich schon während ihrer Zeit als Bundestagsvizepräsidentin dafür ausgesprochen, sogenannte Klimaflüchtlinge aufzunehmen. Roth schlug in diesem Zusammenhang einen sogenannten Klimapass vor. Dieser könnte den Betroffenen eine selbstbestimmte und frühzeitige Umsiedlung in sichere Länder ermöglichen und ihnen dort staatsbürgerähnliche Rechte garantieren, so Roth im Jahr 2019. Zur Begründung führte die Grünen-Spit-

zenpolitikerin an, Klimaschutz sei eine Frage globaler Gerechtigkeit.

Die von Grünen-Politikern geforderte Neuregelung des Asylrechts könnte die Zahl der Asylberechtigten in Deutschland massiv ansteigen lassen. Der jetzige UN-Generalsekretär António Guterres hatte bereits auf dem Kopenhagener Weltklimagipfel im Jahr 2009 als damaliger Hoher Flüchtlingskommissar prognostiziert: „Der Klimawandel könnte zum Hauptfluchtgrund werden.“

Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks haben allein im Jahr 2020 rund 30,7 Millionen Menschen ihre Heimat „aufgrund von Naturereignissen wie Dauerregen, langanhaltenden Dürren, Hitzewellen und Stürmen“ verlassen. Schät-

GESUNDHEIT

Wieder Engpässe bei Medikamenten

Stockende Lieferketten sorgen auch in Apotheken für leere Regale – Kein Ersatz aus heimischer Produktion

Wie schon zu Beginn der Corona-Pandemie, als der Nachschub aus Asien stockte und die globalen Lieferketten zum Teil ganz kollabierten, bekommen Apothekenkunden jetzt vielfach wieder zu hören, dass ihre Tabletten momentan nicht lieferbar seien. Besondere Schwerpunkte bei den Engpässen gibt es keine. Sie betreffen das Krebsmedikament Tamoxifen ebenso wie das Antibiotikum Staphylex und diverse Schmerzmittel, Antiepileptika, Blutdrucksenker und Psychopharmaka.

Das ist besonders dann fatal für die Patienten, wenn vergleichbare Arzneien nicht existieren oder ein Wechsel zu diesen nicht möglich ist. So wie im Falle von Staphylex, das den Wirkstoff Flucloxacillin enthält, den die Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf ihrer Liste der unentbehrlichen Substanzen führt. Oder im

Falle von Tamoxifen, das Brustkrebspatientinnen vor Rückfällen schützen soll. Zehn bis 20 Prozent aller in Deutschland verordneten Medikamente können kaum substituiert werden. Insofern liegt das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) teilweise falsch, wenn es behauptet, „ein Lieferengpass muss nicht gleichzeitig ein Versorgungsengpass sein“, weil es wirkstoffgleiche Präparate gebe, welche die Apotheken problemlos beschaffen könnten.

Kein Umsatz, keine Produktion

Hamsterkäufe spielen keine Rolle, wenn es um die Ursachen der Misere geht – zumal das Horten ohnehin nur bei den frei verkäuflichen Pharmazeutika möglich wäre. Schon zu den gewichtigen Gründen für den Mangel zählt, dass es im Zuge der

Globalisierung teilweise zu einer Konzentration der Produktion bestimmter Wirkstoffe in den Händen sehr weniger Hersteller kam. Manchmal blieb am Ende sogar nur ein einziger übrig. Und diese Unternehmen befinden sich vielfach im Ausland.

Nur gut 30 Prozent der in der Bundesrepublik benötigten Medikamentenzutaten kommen aus Europa, der Rest stammt zumeist aus Asien. Jegliche Beeinträchtigungen des Herstellungsprozesses dort, die Zurückhaltung von Lieferungen aufgrund von Eigenbedarf sowie die weiterhin auftretenden Störungen der Transporte zwischen den Kontinenten können daher fatale Folgen haben.

Oftmals produziert China die Ausgangsstoffe für die Medikamente. Diese werden dann in Indien weiterverarbeitet.

zungen der Weltbank gehen sogar dahin, dass durch den Klimawandel bis zum Jahr 2050 mehr als 200 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden.

Die Forscher der Weltbank gingen dabei allerdings in einem hohen Maße von einer Binnenmigration innerhalb der betroffenen Länder aus. Setzen sich hierzulande die Forderungen nach Änderung des Asylrechts durch, stünde alternativ zur Binnenmigration Deutschland als attraktives Einwanderungsziel zur Verfügung.

Dass neben Bremen sich auch Brandenburg, das mit Ursula Nonnemacher ebenfalls eine grüne Integrationsministerin hat, dafür stark macht, „Klimafolgen“ als Abschiebehindernis anzuerkennen, wirft bei näherem Hinsehen einige Fragen auf. In der Mark Brandenburg waren in den letzten Wochen das Thema Wassermangel und auch Warnungen vor einem neuerlichen Dürresommer samt Ernteaussfällen wichtige ökologische Schwerpunkte gewesen. Anlass war unter anderem der aktuelle „Dürremonitor“ des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung, der für Grundwasserstände in Teilen von Brandenburg und Sachsen-Anhalt historische Tiefstände ausweist.

Brandenburgs paradoxe Situation

Die seenreiche Mark steckt in einer paradoxen Situation. An sich verfügt Brandenburg über sehr große Grundwasservorkommen, nach Sachsen-Anhalt ist es aber auch das niederschlagärmste Bundesland. Angesichts immer neuer Dürrejahre wird es deshalb immer wichtiger, die Wasserentnahme durch Landwirtschaft, Gewerbe und private Haushalte notfalls zu begrenzen.

Als Konsequenz plant Brandenburgs Landesregierung inzwischen auch schon Einschränkungen bei der Nutzung von Grundwasser. Ebenso wichtig ist es, verstärkt das Versickern von Niederschlägen zuzulassen, damit sich Grundwasser neu bilden kann. Demgegenüber steht eine anhaltende Flächenversiegelung, nicht zuletzt auch durch Wohnungsneubau.

Es ist bemerkenswert, dass immer mehr deutsche Kommunen einen „Klimanotstand“ ausrufen, gleichzeitig aber die Frage, wie viele Bewohner und wie viel Zuwanderung das ohnehin sehr dicht besiedelt Deutschland verkraften kann, in der öffentlichen Diskussion bislang keine Rolle spielt. Gerade Politiker der Grünen verweisen regelmäßig auf den hohen Ressourcenverbrauch oder den hohen „CO₂-Fußabdruck“ der Deutschen. Dessen ungeachtet halten mitunter dieselben Politiker parallel an Forderungen nach mehr Zuwanderung fest, die mit einem steigenden Ressourcenverbrauch und höheren ökologischen Belastungen einhergeht.

Wolfgang Kaufmann

BERLIN-MITTE

Wie eine Stadt verödet wird

Trotz harscher Kritik der Betroffenen: Senat hält an Umgestaltung der Friedrichstraße fest

VON NORMAN HANERT

Bereits in den 1960er Jahren beschrieb Wolf Jobst Siedler in seinem Buch „Die gemordete Stadt“, wie der Städtebau der Nachkriegsjahrzehnte in einer Tabula-rasa-Mentalität ebenso banale wie leblose Neubausiedlungen hervorgebracht und das „Verlöschen des eigentlich Städtischen“ gefördert habe. Wolf Jobst Siedlers Abrechnung hatte ihren Anteil an der Wiederentdeckung großstädtischer Bau-traditionen in den 80er Jahren und in der späteren Ära des Berliner Senatsbaudirektors Hans Stimmann.

Inzwischen liefert der Berliner Senat am Beispiel der Friedrichstraße neues Anschauungsmaterial, wie ideologiesteuerte Stadtplanung Urbanität auslöscht und Ödnis hinterlässt. Im Zuge eines Verkehrsversuchs „Flaniermeile Friedrichstraße“ hat die Senatsverkehrsverwaltung seit August 2020 einen Teilabschnitt der Friedrichstraße zwischen Leipziger Straße und Französischer Straße für den privaten Autoverkehr gesperrt. Freie Fahrt räumte die Verkehrsverwaltung unter Grünen-Führung dafür Radfahrern ein. Diese konnten während des Versuchs einen vier Meter breiter Fahrradstreifen nutzen, der mitten auf der Straße verläuft. Bereits bei einer Zwischenauswertung im vergangenen Herbst hatten die Senatsverkehrsverwaltung und der Bezirk Mitte das Projekt als Erfolg bezeichnet.

Selbst Senatorin räumt Fehler ein

Vor Kurzem legte Verkehrssenatorin Bettina Jarasch (Grüne) nun ihre weiteren Pläne für die Friedrichstraße vor: „Mein Wunsch ist eine Piazza, so wie man sie aus Italien kennt“, so Jarasch. Dauerhaft soll nach dem Willen der Senatorin der autofreie Zustand bleiben: „Der fließende Verkehr bleibt draußen. Sonst wird der ganze Verkehrsversuch ad absurdum geführt“, so die Grüne.

Die Senatorin selbst räumte am 2. Mai bei der Präsentation ihrer Pläne ein, die Idee einer Flaniermeile in dem Teilstück zwischen Leipziger und Französischer Straße habe bisher nicht funktioniert. Der Versuch habe vielmehr gezeigt, dass der Fahrradstreifen in der Mitte der Fried-



Einst eine quirlige Einkaufsmeile, jetzt so gut wie tot: Die verkehrsberuhigte Friedrichstraße

Foto: *imago images/Bernd Friedel*

richstraße die Menschen daran hindere, auch die Straße zu nutzen oder zu überqueren. Als Konsequenz will Jarasch nun den Radverkehr in die parallel verlaufende Charlottenstraße verlegen.

Die Grünen-Politikerin reagiert damit auf die immer wieder vorgebrachte Kritik, dass statt der angekündigten Flaniermeile eine Fahrradrennstrecke entstanden sei. Die Kritik von Anrainern geht allerdings noch viel weiter. Ein Aktionsbündnis „Rettet die Friedrichstraße!“ fordert von Jarasch neben einem sofortigen Stopp des Projekts ein Gesamtkonzept für die Friedrichstraße und auch den angrenzenden Gendarmenmarkt ein. Das Bündnis strebt dabei zudem an, dass ein Verkehrs- und Tourismuskonzept unbedingt auch den Lieferverkehr berücksichtigt und aufzeigt, wie künftig Taxis und Touristenbusse ohne Stau durch Berlins historische Mitte kommen. Das Aktionsbündnis hat überdies das Ergebnis einer professionel-

len Datenauswertung vorgelegt. Demzufolge ist die Besucherfrequenz in der Friedrichstraße seit der Einführung des Verkehrsversuchs um ein Drittel zurückgegangen. Der Verein „Die Mitte e. V.“, in dem sich 150 Gewerbetreibende zusammengeschlossen haben, fordert sogar den sofortigen Stopp des Verkehrsversuchs. Zur Begründung sagt Conrad Rausch, der Vorsitzende des Vereins: „Mittlerweile sind diese 800 Meter des Versuchs optisch traurig und peinlich für die Stadt. Die Optik des Verkehrsversuchs wertet die gesamte historisch bedeutende Friedrichstraße ab.“

Bei Dunkelheit nahezu ausgestorben

Tatsächlich weckt die Friedrichstraße aus Sicht vieler Anrainer und Berlin-Besucher nicht einmal mehr entfernt Erinnerungen an eine Flaniermeile. Auf dem für Autos gesperrten Abschnitt sind Schaufenster von mittlerweile geschlossenen Geschäft-

ten abgeklebt. Nach Angaben von Gewerbetreibenden haben seit der Sperrung der Straße bereits 15 Filialen dicht gemacht. Verschärft wird das Bild der Trostlosigkeit noch von Schaukästen, die im Zuge des Verkehrsversuchs aufgestellt wurden.

Ursprünglich sollten Geschäftsinhaber die Schaukästen zur Werbung nutzen. Tatsächlich stehen aber mittlerweile viele der Schaukästen leer, sind zum Teil auch schon demoliert. Daneben nutzen Obdachlose die neu aufgestellten Holzbänke als Schlafstätte. Vor allem in den Abendstunden erweckt die Friedrichstraße einen Eindruck – für eine zentrale Innenstadtstraße einer Millionenmetropole eher untypisch. In den 1920er Jahren galt die Friedrichstraße geradezu als Inbegriff für ein quirliges Nachtleben. Heutzutage wirkt die einstige Prachtstraße in dem autofreien Abschnitt nach Einbruch der Dunkelheit geradezu wie ausgestorben.

KOLUMNE

Berlin ohne Thälmann?

VON VERA LENGSEFELD

Leider wurde Anfang der 90er Jahre versäumt, das überdimensionierte Thälmann-Denkmal am immer noch so genannten Thälmann-Park abzureißen. Der entsprechende Beschluss von 1993 der Bezirkspolitiker in Prenzlauer Berg wurde niemals umgesetzt. Stattdessen wurden Denkmal, Wohnviertel und Park unter Denkmalschutz gestellt. Dann kümmerte sich jahrzehntelang kaum jemand um das Monument. Es wurde bald mit Graffiti eingesprüht und fügte sich damit in die allmähliche Verwahrlosung des einstigen Vorzeigeprojekts der SED.

Erst 2014 kamen die Bezirksparlamentarier mehrheitlich zu der Auffassung, dass dem Denkmal eine kritisch-historische Kommentierung zur Seite gestellt werden müsse, in Form eines Kunstprojekts, das im November 2021 eingeweiht wurde. Nun aber will die CDU Pankow die mächtige Skulptur von der Denkmalliste streichen, einschmelzen und die Bronze der Ukraine für den Kampf gegen Russland zur Verfügung stellen.

Zeitgleich lud das Museum Pankow zu einer Diskussion ein. Die Veranstaltung zeigte, wie heftig das aus der Zeit gefallene Monument immer noch verteidigt wird. Als die Historikerin Annette Leo berichtete, wie sie in der DDR als Schülerin von der Thälmann-Tochter Irma gelangweilt wurde, stand im Publikum deren Tochter auf und verlangte, dass sich Leo für die angebliche Verunglimpfung ihrer Mutter entschuldige. Dabei war das Podium sehr zurückhaltend mit Thälmann umgegangen. Erst aus dem Publikum kam der Hinweis, dass der KPD-Chef ein Stalinist war, verantwortlich für die Säuberung der KPD und die Anzettelung von Aufständen in Hamburg und Mitteldeutschland, die blutig niedergeschlagen wurden.

Stalin hat ihn zum Märtyrer gemacht, als er darauf verzichtete, ihn im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes auszutauschen. Er war nur ein Held wider Willen, kein Vorbild.

MELDUNG

Nachwuchsstar als Antisemit

Berlin – Laut Recherchen der „Bild“-Zeitung soll Mohammad Eliraqui, einer der Hauptdarsteller des Anti-Extremismus-Films „Nasser Hund“, an antisemitischen Demonstrationen teilgenommen haben. Der auf einem autobiographischen Roman basierende Film war 2021 erschienen und thematisiert den grassierenden Antisemitismus in muslimischen Immigrantenumilieus. Wie „Bild“ berichtet, zeigen Videos, die auf Twitter und TikTok veröffentlicht worden waren, den im Libanon geborenen Eliraqui auf einer palästinensischen Anti-Israel-Demo in Berlin-Neukölln. Videos, die der Schauspieler laut dem Bericht auf TikTok postete und danach wieder löschte, sollen seine Anwesenheit auf den israeli-feindlichen Demos am 16. und 18. April belegen. Wie weiter berichtet wurde, zeigen die Aufnahmen den Schauspieler auch neben einer Gruppe von Männern, die sich als Verehrer des Hamas-Terroristen Mohammed Deif zu erkennen geben. *N.H.*

ODER-REGION

Das Oderbruch zum Welterbe erhoben

Die Unesco zeichnet die alte preußische Kulturlandschaft mit dem begehrten Titel aus

Die Kulturlandschaft Oderbruch ist als Unesco-Welterbe anerkannt worden und erhält das europäische Kulturerbe-Siegel. Das teilte die EU-Kommission in Brüssel mit. Ausgezeichnet werde Europas größte besiedelte Polderlandschaft, weil die Ideale und Geschichte der EU hier in besonderer Weise symbolisiert würden, hieß es von der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Kulturerbe Oderbruch (KAKO).

In Letschin, dem Zentrum des Oderbruchs, entstand 2011 der Verein „Wir im Oderbruch“ zum Erhalt der im 18. Jahrhundert erschaffenen Kulturlandschaft. Der Verein erhob als erster die Forderung, das Oderbruch auf die Liste des Unesco-Weltkulturerbes zu setzen. 36 Oderbruch-Orte hatten sich dem Vorhaben angeschlossen. Die KAKO hatte die Bewerbung entwickelt. Das Oderbruch-Museum Altranft fungierte als Koordinationsstelle. Mit der Auszeichnung wird das Bruch an

öffentlicher und politischer Aufmerksamkeit gewinnen. Der ansonsten eher wenig bekannte Landstrich zwischen Küstrin und Bad Freienwalde in Brandenburg kann jetzt auf eine höhere Förderung hoffen und mit den Schlössern und Gärten in Berlin und Brandenburg und der Museumsinsel in guter Welterbegesellschaft mithalten.

Ein Kind Friedrichs des Großen

Der Welterbetitel ist vor allem eine Verneigung vor der Leistung des Preußenkönigs Friedrich II., der ab 1747 die berühmte Sumpflandschaft trockenlegen und durch ein ausgeklügeltes Wassersystem als Lebensraum erhalten ließ. Der Lauf der Oder zwischen Güttele und Hohensaaten wurde um 20 Kilometer verkürzt, Gräben, Drainagen und Deiche wurden angelegt.

Am 1. Juli 1753 war das gewaltige Werk vollbracht. In Letschin steht ein Denkmal für Friedrich den Großen als sichtbares

Zeichen des Dankes, das schon zu DDR-Zeiten wieder an seinen Platz gestellt wurde. Die Trockenlegung war nur der erste Schritt, auf den ein gewaltiges Kolonisierungsprojekt folgte. Auf der gewonnenen Fläche wurden 1300 Kolonistenfamilien „angesetzt“, wie es Theodor Fontane nannte. Sie waren aus allen Teilen Deutschlands an die Oder geholt worden, darunter Pfälzer, Schwaben, Franken, Westfalen, Vogtländer, Mecklenburger, Österreicher und Böhmen; aber auch Polen und Hugenotten zogen her.

Das Oderbruch hat ein einzigartiges Gewässersystem und eine Siedlungsstruktur mit ihren Loose-Gehöften, wie sie nur dort vorhanden sind. Das Bruch ist nicht die einzige deutsche Landschaft, der die Unesco den Welterbetitel zugestanden hat. Insgesamt 48 Stätten europaweit haben bisher das Siegel erhalten, in Deutschland sind es fünf. So trägt seit dem Jahr 2000 die Gartenlandschaft

Dessau-Wörlitz diesen Titel. Auch das Mittelrheintal und das Wattenmeer sind Welterbestätten der Unesco. Gleiches gilt für den Pückler-Park in Bad Muskau und das Erzgebirge als Bergbaulandschaft, das diesen Titel gemeinsam mit der Region auf der böhmischen Seite der Grenze trägt.

Das Oderbruch blieb nicht das Einzige, das Friedrich II. im 18. Jahrhundert trockenlegen ließ, auch in den Niederungen der Warthe in der heutigen Republik Polen hatte der König Land für Kolonisten geschaffen. Allerdings blieb das Warthebruch ein unvollendetes Werk.

Nach der Trockenlegung nach dem Siebenjährigen Krieg (1756-1763) mangelte es an Geld, deshalb wurde nur der östliche Teil verbessert. Der westliche vom heutigen Sonnenburg bis Küstrin blieb eine natürliche Auenlandschaft, die jedes Jahr im Frühling vom Hochwasser überflutet wird. *Bodo Bost*

● MELDUNGEN

Getreide vernichtet

Pontivy – Wie erst jetzt bekannt wurde, verübten rund 50 in Pseudo-Uniformen gekleidete Aktivisten der beiden Gruppierungen Bretagne gegen Massentierhaltung und Extinction Rebellion Frankreich am 19. März nahe Pontivy einen Anschlag auf die dortige Eisenbahnstrecke: Mithilfe von auf den Gleisen platzierten Hindernissen stoppten sie einen Güterzug und vernichteten dann dessen Weizenladung im Umfang von 1500 Tonnen und mit einem Wert von zwei Millionen Euro. Zur Veranschaulichung: Die Menge Getreide hätte für das Backen von sechs Millionen Baguettes gereicht. Irrtümlich nahmen die militanten Umwelt- und Tierschützer an, es handele sich statt um Getreide um Soja aus Südamerika für die Verfütterung an Nutzvieh. Die Aktion fand im Beisein eines Fotografen der französischen Nachrichtenagentur AFP statt. Diese ist auffallend häufig mit Journalisten vor Ort, wenn Öko-Terroristen zuschlagen. *W.K.*

Kein „Geist von Kiew“

Kiew – Die Luftstreitkräfte der Ukraine haben bestätigt, dass es sich bei dem „Geist von Kiew“ um eine Legende handelt. In sozialen Medien wie Youtube und Twitter waren seit Ende Februar unter dem Schlagwort „Geist von Kiew“ Videos von einem ukrainischen Piloten einer Mikojan-Gurewitsch MiG-29 veröffentlicht worden, der eine ganz Reihe von russischen Kampfflugzeugen abgeschossen haben soll. Entsprechende Videoaufnahmen wurden im Internet millionenfach angesehen. Wie aus einem Facebook-Beitrag des Kommandos für Öffentlichkeitsarbeit der ukrainischen Luftstreitkräfte vom 30. April hervorgeht, soll es sich bei dem „Geist von Kiew“ jedoch um keinen tatsächlich existierenden einzelnen Piloten handeln, sondern um „eine Superhelden-Legende, deren Charakter von Ukrainern geschaffen wurde“. Luftfahrtspezialisten und Wissenschaftler hatten bereits in den vergangenen Wochen verstärkt Zweifel an den Darstellungen über den „Geist von Kiew“ und der Echtheit der Videos geäußert. *N.H.*

Ungläubige US-Lkw-Fahrer

Washington – Die globale Knappheit bei Dieselmotoren wirkt sich immer stärker auch auf die USA aus. Dort hat der Dieselpreis an den Tankstellen mit 5,32 USD pro Gallone (rund 3,78 Liter) inzwischen ein Rekordhoch erreicht. Vor einem Jahr kostete Diesel noch 3,08 US-Dollar pro Gallone. Besonders starke Auswirkungen hat der gestiegene Dieselpreis auf die Landwirte und die Lkw-Fahrer in den USA. In einer Reportage für den TV-Kanal „Fox Business“ berichtet der US-amerikanische Fernsehmoderator Mike Rowe von Lkw-Fahrern, die derzeit für eine Tankfüllung Diesel 1100 bis 1200 Dollar bezahlen, während vor einem halben Jahr nur 700 Dollar fällig waren. Laut Rowe, der in den USA für Alltagsreportagen wie „Dirty Jobs“ und „How America Works“ bekannt ist, würde von den Truckern, die er kennt, keiner an US-Präsident Joe Bidens „Putin's price hike“-Narrativ glauben. *N.H.*

GEOPOLITIK

NATO strebt Dominanz in der Arktis an

Das Europäische Parlament kritisiert hingegen einseitig das Vorgehen Russlands

VON WOLFGANG KAUFMANN

Unter Hinweis auf den russischen Einmarsch in die Ukraine hat die NATO eine stärkere Präsenz in der Arktis angekündigt. Dabei ist das transatlantische Bündnis schon seit Längerem in der Region präsent. So hat sich die Zahl der NATO-Militärmanöver im Hohen Norden in den letzten fünf Jahren fast verdoppelt, wobei zunehmend auch Länder teilnahmen, die nicht zu den Arktis-Anrainern gehören. Parallel hierzu erließ der US-Kongress am 24. Juni 2021 den Arctic Security Initiative Act. Darin heißt es unter anderem: „Beharrliche Bemühungen des Verteidigungsministeriums, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten in der Arktis neu auszurichten und zusätzliche Mittel für die Arktis zu binden und Investitionen in die Arktis zu erhöhen,

sind notwendig, um ein robustes Engagement der Vereinigten Staaten für die Arktis aufrechtzuerhalten.“

EU im Fahrwasser der NATO

Das Ziel des Ganzen ergibt sich aus einem Strategiepapier der Army, in dem offen gefordert wird: „Die Dominanz in der Arktis zurückgewinnen“ (Regaining Arctic Dominance). Hierzu wurde am 16. April vergangenen Jahres ein Abkommen mit Norwegen über die Errichtung von vier US-Militärstützpunkten in dem skandinavischen Land geschlossen. Dies begründete der norwegische Verteidigungsminister Odd Roger Enoksen, der kurz darauf wegen seiner sexuellen Beziehung zu einer Schülerin zurücktreten musste, mit den Worten: Die NATO müsse ihre „Präsenz im Hohen Norden ausweiten“. Ähnlich forsche Aussagen kamen in letzter Zeit aus Großbritannien und Kanada.

Die Europäische Union scheint nun ebenfalls nach der Arktis greifen zu wollen, obwohl sie bislang weder zu den Mitgliedern des Arktischen Rates gehört noch über einen Beobachterstatus dort verfügt. Von den diesbezüglichen Ambitionen der EU zeugt insbesondere die am 7. Oktober 2021 verabschiedete Resolution des EU-Parlaments mit dem Titel „Die Arktis: Chancen, Bedenken und Sicherheitsanforderungen“. In dieser wird die strategische und politische Bedeutung der Region für die EU sowie auch das Interesse der Gemeinschaft an der Nutzung der arktischen Ressourcen betont. Der Beschluss des US-Kongresses und die Aktivitäten der NATO finden zwar Erwähnung, aber nicht etwa aus einer kritischen Perspektive.

Ganz anders äußerte sich das EU-Parlament hingegen zu Russland. Mit 506 zu 36 Stimmen nahm es bei 140 Enthaltungen eine Resolution an, der zufolge die

Russische Föderation „die Souveränität und territoriale Integrität seiner friedlichen Nachbarstaaten verletzt hat, gegen die Freiheit der Schifffahrt im Asowschen Meer, im Schwarzen Meer und in der Ostsee verstößt, was bei der Bewertung künftiger Szenarien für die Aufrechterhaltung der derzeitigen friedlichen Koexistenz in der Arktis nicht außer Acht gelassen werden darf“. Darüber hinaus wird die angebliche Remilitarisierung der Arktis durch Russland beklagt. Es sei „zu vermehrten Manövern, Truppenstationierungen, Patrouillen und Investitionen in die militärischen Fähigkeiten im Arktisraum“ gekommen. Und dies widerspreche dem Geist der Zusammenarbeit in der Arktis, bei der Maßnahmen gegen den Klimawandel sowie zum Schutz der Umwelt und der indigenen Bevölkerung im Norden im Mittelpunkt stehen sollten.

SWP entlastet Russland

Für die Annahme der Resolution stimmten auch deutsche Abgeordnete wie der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident David McAllister (CDU/EVP), seit Januar 2017 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des EU-Parlaments.

Damit ignorierten sie jedoch die Ergebnisse einer Studie der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), die unter anderem den Bundestag und die Bundesregierung berät und zu den renommiertesten deutschen Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik gehört. Das Papier kommt zu der Einschätzung, dass das russische Vorgehen in der Arktis „prinzipiell defensiv ausgerichtet“ sei. Durch das zunehmende Abschmelzen des Eises im Hohen Norden erhalte Russland „gewissermaßen neue Außengrenzen, die es vor einem potentiellen Aggressor zu schützen gilt“, denn „der Rückgang des Eises eröffnet ... eine neue Angriffsfront“. Hieraus ergebe sich die Notwendigkeit, nach 1990 aufgegebenen Stützpunkte zu reaktivieren und zusätzliche Marine- und Luftwaffeneinheiten in die Arktis zu verlegen. Des Weiteren erfüllten die russischen Streitkräfte im Bereich der Nordgrenze des Landes aber auch eine Reihe von eigentlich zivilen Aufgaben, wozu beispielsweise die Seerettung gehöre. Daraus schlussfolgert die SWP: „Die zunehmende militärische Präsenz muss also kein Anzeichen für ein expansives Vorgehen sein.“



„Präsenz im Hohen Norden ausweiten“: Norwegens Verteidigungsminister Odd Roger Enoksen (links) mit seinem britischen Amtskollegen Ben Wallace beim diesjährigen NATO-Großmanöver am Polarkreis Cold Response *Foto: ddp images*

UKRAINEKRIEG

Edward Snowden schweigt

Der US-amerikanische Whistleblower meldet sich nicht mehr aus seinem russischen Asyl

Edward Snowdens letztes Lebenszeichen stammt vom 27. Februar auf Twitter. Manche glaubten schon, dass mit dem Einmarsch der Russen in der Ukraine drei Tage zuvor auch Snowden unter die russischen Räder geraten sei. Damals sagte er, dass er jegliches Vertrauen verloren habe, dass es weiterhin nützlich sei, sich Gedanken zu „diesem speziellen Thema“ zu machen, weil seine Vorhersagen falsch gewesen seien. Mit „diesem speziellen Thema“ meinte Snowden die Ukraine-Krise, die am 24. Februar zum Ukraine-Krieg geworden war. Zuvor hatte der US-amerikanische Whistleblower immer wieder behauptet, dass die Ankündigungen der US-amerikanischen Regierung, Russlands Präsident Wladimir Putin würde das Nachbarland in Kürze überfallen, gelogen seien.

Seit mittlerweile zwei Monaten hat Snowden nichts mehr geschrieben, geteilt oder geliked. Das ist ungewöhnlich. Normalerweise äußert sich Snowden, dem auf Twitter mehr als 5,2 Millionen Menschen folgen, regelmäßig zu allen möglichen Themen, vor allem zur US-amerikanischen Außenpolitik und zu Bürgerrechten außerhalb Russlands. Doch seit Putins Einmarsch in die Ukraine herrscht Funkstille. Solidaritätsbekundungen gaben es bislang weder mit den Ukrainern noch mit den Russen.

Seit einem Dreivierteljahr in Moskau, das ihm Asyl vor der Verfolgung durch die USA gewährt, richtete sich seine Kritik vor allem gegen diese und deren Verbündete. Viele seiner Tweets in den Wochen vor Beginn der Funkstille drehten sich um das Vorgehen der kanadischen Behörden

gegen Lastwagenfahrer, welche die staatliche Impfpflicht ablehnten und mit ihren Lastern die Hauptstadt Ottawa blockierten. Möglicherweise hat der russische Versuch eines Regime Change in der Ukraine Snowdens Weltbild ins Wanken gebracht und ihn sprachlos gemacht.

Der ehemalige Mitarbeiter des US-Geheimdienstes National Security Agency (NSA) und Verfechter der Pressefreiheit, der seit 2013 im Moskauer Exil lebt, hat sich nicht öffentlich zu Russlands Pressepolitik geäußert. Am 19. Februar hatte Snowden getwittert, dass die Möglichkeit eines Angriffs auf Kiew für ihn schwer vorstellbar sei. Snowden reagierte damit auf die Aussage von US-Präsident Joe Biden, dass ein Angriff auf die ukrainische Hauptstadt nur noch wenige Tage entfernt sei.

Snowden ist Präsident einer Wohltätigkeitsorganisation, die Verletzungen der Pressefreiheit in den Vereinigten Staaten aufspürt. Snowden hat sich jedoch nicht öffentlich geäußert, nicht zum aktiven Widerstand aufgerufen gegen das russische Gesetz, das lange Haftstrafen für die Verbreitung von Fake News vorsieht. Als letztere gelten in den Augen der russischen Regierung alle Berichte über die Invasion in der Ukraine, die nicht direkt vom russischen Verteidigungsministerium stammen. Das Gesetz hat dazu geführt, dass zahlreiche westliche Nachrichtenagenturen ihre Berichterstattung in Russland eingestellt haben. Snowden hatte im Vorfeld der russischen Invasion in der Ukraine die US-amerikanischen Medien als „Kriegshetzer“ geißelt. *Bodo Bost*

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Mit dem gerade beschlossenen sechsten Sanktionspaket gegen Russland versucht die EU, Putins Regierung bis ins Mark zu treffen. Mit einem weitgehenden Ölembargo will Brüssel verhindern, dass Russland sein Öl in Drittstaaten exportiert. Ob diese Rechnung aufgeht, wird sich jedoch erst langfristig zeigen.

Bei den bisherigen Sanktionen hat sich die damit verbundene Hoffnung, dass die Bevölkerung wegen der wirtschaftlichen Einschnitte Präsident Putin die Unterstützung entziehen würde oder es gar zu einem Umsturz kommen könnte, nicht erfüllt. Im Gegenteil: Laut aktuellen Umfragen unterstützen 80 Prozent der Russen ihren Präsidenten weiterhin.

Dabei zeigen die Maßnahmen grundsätzlich bereits Wirkung: Die Exporte sind seit Jahresbeginn um 30 Prozent, die Importe um 35 und die Investitionen in Russland um 17 Prozent gefallen. Laut Finanzminister Anton Siluanow beträgt das Defizit im Staatshaushalt 20,4 Milliarden Euro.

600.000 Russen befinden sich derzeit im Zwangsurlaub und müssen mit ihrer Entlassung rechnen. In erster Linie handelt es sich um Angestellte ausländischer Unternehmen. Betroffen ist auch der Automobilmarkt. Schon seit Beginn der Corona-Pandemie haben sich die Autopreise verdoppelt. Im März wurden 64 Prozent weniger Autos verkauft. Gab es Ende 2021 Probleme mit der Beschaffung von Mikrochips, so fehlt es jetzt an allem. Ersatzteile für ältere Autos sind zwar noch erhältlich, kosten aber 25 bis 30 Prozent mehr als im Januar. Eine Autobatterie für ein herkömmliches Auto kann in Moskau bis zu 1000 Euro kosten. Wegen des Rückzugs ausländischer Hersteller fehlen etwa 800.000 Autos.

Da wegen harter Lockdowns der Nachschub aus China stockt und die russischen Hersteller von ausländischen Komponenten abhängig sind, wird Moskau Parallelimporte zulassen müssen, damit der russische Automarkt überleben kann. Russlands Wirtschaft bewegt sich damit in eine Grauzone. Parallelimporte meint den Import über Drittländer und de facto die Aushebelung des Rechtsinhabers und die Umgehung von Sanktionen. Die USA erwägen, durch die Verhängung von Sekundärsanktionen gegen die Beteiligten solche Geschäfte zu unterbinden.

Inflation und Rubelverfall

Für dieses Jahr wird mit einer Inflationsrate von 20 bis 25 Prozent gerechnet. Durch den Verfall des Rubelwerts zu Beginn des Ukrainekriegs stiegen die Verbraucherpreise steil in die Höhe. Panikartig hoben die russischen Kunden ihre Bankguthaben ab und tauschten sie in Eu-



Dank des Parallelimports sind West-Produkte in russischen Läden noch vorhanden: Rasierartikel in einem Moskauer Supermarkt

RUSSLAND-POLITIK

Die Sanktionen des Westens verfehlen bislang ihr Ziel

Hohe Exporteinnahmen und Ersparnisse – Russland kann es sich auch langfristig leisten, einem Embargo von USA und EU zu trotzen

ro oder Dollar um, was sich auf den Rubelwert negativ auswirkte. Mit strikten Beschränkungen des Umtauschs sowohl von Geschäftsleuten als auch Privatpersonen konnte Zentralbankchefin Elvira Naibullina den Rubelverfall aufhalten. Inzwischen hat er gegenüber Dollar (69,69 Rubel) und Euro (70,95 Rubel) den Vorkriegswert sogar überschritten.

Zwar haben sich der starke Rückgang der Importe, die Unterbrechung der Lieferketten und die Schwierigkeit, Importwaren nach Russland zu bringen wegen der Blockade der Schiffe und dem Fehlen von Transportflügen, schon negativ ausgewirkt. Die Gaslieferungen gingen um 27 Prozent zurück, was Russland aber eher nützt als schadet. Wegen der Importbeschränkungen wächst aber paradoxerweise die positive Handelsbilanz, was den Rubel wiederum stärkt. Durch die steigenden Rohstoffpreise erhöhen sich Russlands Er-

löse aus den verbliebenen Energieexporten, was bei einem gleichzeitigen Rückgang der Importe um 50 Prozent zu einem erwartbaren Handelsbilanzüberschuss von bis zu 240 Milliarden US-Dollar führen dürfte. Im April hat sich der Preisanstieg bereits verlangsamt. Die Weltbank sieht die russische Wirtschaft in diesem Jahr um 11,2 Prozent einbrechen. Trotz der Sanktionen verfügt Russland jedoch immer noch über genügend Finanzmittel. Durch den Handelsüberschuss kann die Zentralbank die Wirtschaft mit Rubel-Krediten versorgen, ohne Einnahmen zu generieren.

So sieht es auch das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW). Russland habe in den vergangenen Jahren eine stabile Finanzlage erreicht, sagte der Handelsexperte Rolf Langhammer. Darüber hinaus liege die öffentliche Verschuldung bei niedrigen 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und Russland habe hohe Ersparnisse. Mit einer

zurückhaltenden Ausgabenpolitik, einer starken Reservebildung sowie Preiskontrollen, Einkommenshilfen und der Bekämpfung eines Schwarzmarktes könnte es Moskau gelingen, noch lange durchzuhalten. Russlands Erfolg hängt allerdings langfristig davon ab, inwieweit es gelingt, den Export in Drittstaaten, die die West-Sanktionen nicht unterstützen, wie China und Indien zu erhöhen, und wie sich der Einfluss des Westens auf diese auswirkt.

Vorbild Iran

Wie man Sanktionen langfristig trotzt, weiß Mohsen Karimi, Manager bei der iranischen Zentralbank. Er schlug den Russen vor, die „reiche iranische Erfahrung in der Umgehung von Sanktionen“ zu nutzen. Tatsächlich haben die seit 1979 verhängten Sanktionen gegen das islamische Regime im Iran weder zu dessen Sturz noch auch nur zu dessen Schwächung geführt.

WIRTSCHAFTSKLIMA

Verhalten optimistisch zwischen den Krisen

Die Corona-Krise scheint überwunden. Die Ukraine-Krise hat die Wirtschaft noch nicht voll erreicht

Nach der Aufhebung der meisten Corona-Restriktionen war die Hoffnung innerhalb der deutschen Wirtschaft groß, dass sich die Situation bessern und dieses sich auch auf den Arbeitsmarkt auswirken werde. Doch dann kam die Ukraine-Krise und mit ihr neue Befürchtungen. Doch nun zeigt sich, die Lage ist erstaunlich stabil.

Ende des vergangenen Monats gab es in Deutschland 45,2 Millionen Arbeitnehmer und Selbstständige. Damit wurde erstmals wieder der „Vor-Corona-Wert“ erreicht. Ende April suchten nur noch 2,3 Millionen Bürger einen Arbeitsplatz, 50.000 weniger als im Monat zuvor. „Mit der Frühjahrsbelegung und den Lockerungen der Corona-Maßnahmen

setzt sich die Erholung am Arbeitsmarkt fort“, sagt Detlef Scheele, Chef der Bundesagentur für Arbeit.

Doch die Auswirkungen der militärischen Auseinandersetzung in Osteuropa sind noch nicht spürbar. Der Aufschwung betrifft erst einmal vor allem Bereiche, die besonders unter dem Dauer-Lockdown zu leiden hatten. Das gilt für das Dienstleistungsgewerbe genauso wie für die Gastronomie oder auch die Fitness-Branche. „Am Arbeitsmarkt dominiert derzeit, dass sich die Unternehmen von der Pandemie erholen“, erklärt Dominik Groll vom Institut für Weltwirtschaft (IfW) und fügt hinzu: „Der Ukraine-krieg verlangsamt die Zunahme der Beschäftigung, aber er stoppt sie nicht.“

Allerdings rechnet auch die Bundesagentur für Arbeit damit, dass viele Beschäftigte die Folgen des Ukrainekrieges noch stärker spüren werden. So dürfte die Zahl der Menschen in Kurzarbeit deutlich steigen. Dies gilt vor allem für die Industrie und dort speziell für Branchen wie die Chemie. Angst vor einem Ausfall der Gaslieferungen würden dort ebenso vor Neueinstellungen zurückschrecken lassen wie der generelle Anstieg der Energiepreise.

Die Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft dürften sich aber in Grenzen halten. „Etliche Betriebe sind durch Lieferengpässe, Exportausfälle und Energiepreissteigerungen betroffen. Aber viele negative Arbeitsmarkteffekte können nötigenfalls durch Kurzarbeit abgedeckt werden.

Gleichzeitig schreitet auch die Erholung von der Corona-Krise weiter voran“, sagt Enzo Weber vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Doch es gibt auch Unwägbarkeiten. Das Konsumklima sei relativ schlecht, betonen nahezu alle Arbeitsmarktexperten. Dies hängt vor allem mit den allgemeinen Preissteigerungen zusammen. Viele gastronomische Betriebe meldeten sich mit satten Preiserhöhungen zurück. Einerseits steckt da der Wunsch dahinter, Einnahmeausfälle zu kompensieren, andererseits sind Nahrungsmittel, aber auch Getränke wie Bier deutlich teurer geworden. Dennoch blicken vor allem die Dienstleister optimistisch in die Zukunft.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Malaysia will einspringen

Moskau – Der malaysische Botschafter in Moskau, Datuk Bala Chandran Tharman, hat gegenüber russischen Nachrichtenagenturen und Medien die Bereitschaft seines Landes signalisiert, „jede Anfrage der russischen Seite“ bezüglich der Lieferung von Halbleitern uneingeschränkt positiv zu beantworten, denn „die malaysische Industrie ist marktorientiert“. Er sei sich „absolut sicher“, dass Malaysia alles exportieren werde, was Russland bestelle. Die konstitutionelle Wahlmonarchie in Südostasien, die eine „umfassende strategische Partnerschaft“ mit China pflegt, ist einer der weltweit größten Hersteller von Halbleiterbauelementen für elektronische Geräte. Und Russland droht aufgrund der internationalen Sanktionen ein Mangel an Halbleitern, weil sich andere wichtige Halbleiterproduzenten wie Taiwan den Strafmaßnahmen anschlossen. Dieses Problem scheint nun aber durch die Versicherungen von Tharman nicht mehr sonderlich akut zu sein. W.K.

Nach Intel nun auch Avnet

Magdeburg – Nach dem Chiphersteller Intel hat sich auch der Elektronikkonzern Avnet für eine Investition in Sachsen-Anhalt entschieden. Das US-Unternehmen will in Bernburg (Saale) auf rund 56.000 Quadratmetern Logistikfläche ein Distributionszentrum für Halbleiterelektronik und andere elektronische Bauteile errichten. Das Investitionsvolumen beträgt nach Angaben des Unternehmens über 225 Millionen Euro. Baubeginn soll bereits diesen September sein. Nach der Inbetriebnahme des Distributionszentrums im Jahr 2024 will Avnet von Bernburg aus täglich bis zu 19.000 Pakete an seine über 30.000 Kunden weltweit ausliefern. Nach Angaben von Slobodan Puljarevic, Präsident der Avnet EMEA, war für die Standortentscheidung vor allem die zentrale Lage in Europa sowie die verkehrsgünstige Anbindung an den DHL-Hub am Flughafen Leipzig-Halle ausschlaggebend. N.H.

Hoffnung auf Neuanfang

Kopenhagen – Tage Pedersen, Vorsitzender des Branchenverbandes Danske Minkavlere, hofft darauf, dass die Nerzzucht in Dänemark einen Neustart erlebt. Dänemark war vor der Corona-Krise weltweit führend in der Nerzzucht, bis im Herbst 2020 rund 17 Millionen Nerze getötet wurden, weil man fürchtete, die Tiere könnten COVID-19 auf den Menschen übertragen. Diese Massentötung hatte weltweit Aufmerksamkeit erregt. Das vom dänischen Parlament beschlossene Verbot der Nerz-Haltung gilt vorläufig bis 2023. Die Nerzzüchter werden für diesen Verlust von staatlicher Seite entschädigt. 1246 Nerzfarmen in Dänemark liegen seither still. Die meisten wollen den Betrieb nicht wieder aufnehmen. Nur 13 Betriebe erwägen 2023 eine Wiederaufnahme. Die zehn Futterzentralen für Nerze, die 650.000 Tonnen Futter jährlich produzierten, sind alle geschlossen. Die Beschaffung von gesunden Zuchttieren könnte auch schwer werden. F.B.

ANALYSE

Eine dänische und eine türkische Überraschung

BODO BOST

Bislang galt die historische dänische Minderheit in Schleswig-Holstein eher als ein Bestandteil der Folklore. Sie hat zwar etwa 40 Grundschulen und fast ebenso viele dänischsprachige Kirchengemeinden, aber politisch war ihr Dasein bislang eher bescheiden. Deshalb war die Partei der Dänen und Friesen, der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), bei Wahlen von der Fünf-Prozent-Klausel ausgenommen.

Bei den Landtagswahlen vom vergangenen Sonntag brauchte der SSW diese Ausnahme nicht, denn mit seinen sechs Prozent hätte er erstmals seit seiner Gründung am 30. Juni 1948 die Fünf-Prozent-Hürde locker genommen. Mit dem Wahlsieger Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) könnte er eine Koalitionsregierung bilden. Zwischen 2012 und 2017 war der SSW zwar bereits mit SPD und Grünen Teil einer Regierungskoalition gewesen, aber da die Partei bei der Landtagswahl 2012 mit 4,6 unter fünf Prozent gelegen hatte, hatte sie noch keine eigene Fraktion bilden können.

SSW weit über fünf Prozent

Der Erfolg der Dänenpartei bei den Wahlen zum 20. Landtag hatte sich bereits angekündigt. Nach den letzten Bundestagswahlen vergangenes Jahr konnte erstmals seit den 1950er Jahren wieder ein Abgeordneter des SSW in den Bundestag einziehen. Wie der Aufstieg des SSW zu erklären ist, darüber wird noch gerätselt. Es könnte sein, dass die Pandemie, deretwegen erstmals seit 1945 die Grenze zu Dänemark wieder geschlossen wurde, daran nicht unbeteiligt gewesen ist.

Eine zweite große Überraschung bot das Duell der beiden türkischstämmigen Kandidatinnen Serpil Midyatli (SPD) und Seyran Papo (CDU) im Wahlkreis Kiel-Ost. Nicht dass die Türken in Schleswig-Holstein wie etwa die autochthonen Dänen oder Friesen als eigene nationale Minderheit anerkannt oder besonders zahlreich wären, aber immerhin gibt es im nördlichsten Bundesland mehr Bürger türkischer Nationalität als in ganz Dänemark zusammen. Umso mehr war man gespannt auf das Duell der beiden Türkinnen, von denen die

Sozialdemokratin immerhin seit März 2019 Landesvorsitzende und seit Dezember 2019 stellvertretende Bundesvorsitzende ihrer Partei ist.

Midyatli trat mit Papo gegen eine türkischstämmige CDU-Newcomerin an. Außer den Türken, deren Aussagen die vereidigte Gerichtsdolmetscherin übersetzt hat, kannte wohl niemand sie so richtig.

Midyatli von Papo geschlagen

Aber Papo gewann in der einstigen SPD-Hochburg mit gut drei Prozentpunkten vor Midyatli, die so neben dem vernichtenden Ergebnis auf Landesebene auch ein noch vernichtenderes persönliches Ergebnis zu verkraften hatte.

Die Sozialdemokratin bekam 26,2 Prozent der Erststimmen, die Christdemokratin 29,4. Midyatli bekam damit 5,7 Punkte mehr Erststimmen als ihre Partei Zweitstimmen. Bei Papo war es umgekehrt. Die bekam 4,7 Punkte weniger Stimmen als die CDU im Landtagswahlkreis Kiel-Ost.

Vergangenes Jahr hatte Midyatli freiwillig als Landesvorsitzende auf den Spitzenplatz beim Wahlkampf zugunsten des von den Grünen stammenden Parteiwechslers Thomas Losse-Müller verzichtet. Architekt dieser Aufstellung war wohl Midyatlis Vorgänger als SPD-Landesvorsitzender von 2007 bis 2019, Ralf Stegner. Dem Parteilinken erschien die einstige Catering-Unternehmerin an der SPD-Spitze für einen Wahlkampf mit dem Themen Niedriglohn und soziale Ausgrenzung zu wenig glaubhaft. Am Wahlkampfabend brachte Stegner deshalb auch gleich Losse-Müller als neuen SPD-Fraktionsvorsitzenden ins Spiel, ohne sich mit Midyatli abgesprochen zu haben, die seit dem vergangenen Jahr Stegners Nachfolgerin als SPD-Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführerin ist.

Wenn die CDU sich für eine Koalition mit der FDP oder dem SSW entscheiden sollte und damit gegen eine schwarz-grüne, dann würde die SPD noch nicht einmal den Oppositionsführer stellen können, denn zweitstärkste Kraft im neuen Landtag sind die Grünen. Erstaunlicherweise war vom Rücktritt eines Obergenossen, der das Wahldebakel auf sich nehmen wollte, keinerlei Rede.



Wer hat Einfluss auf Wladimir Putin und zugleich die Weisheit, den Westen zu einem Verzicht auf einen totalen Sieg über Russland zu bewegen? Eine mögliche Antwort ist der greise Henry Kissinger
Foto: Kreml / Twitter

LEITARTIKEL

Wege aus dem Wahnsinn

RENÉ NEHRING

Seit Montag rätselt die Welt, wie die russischen Feiern zum „Tag des Sieges“ zu deuten sind: Waren in den Tagen zuvor alle denkbaren Eskalationsschritte seitens des russischen Präsidenten Putin erwartet worden, verlief der 9. Mai 2022 auffallend nüchtern: Weder erklärte Putin – wie zum Teil befürchtet – der Ukraine formell den Krieg noch verkündete er eine Generalmobilmachung seiner Streitkräfte.

Besonders auffallend war, dass der russische Präsident mehr als zehn Wochen nach dem Angriff auf die Ukraine seinem Volk keinerlei Trophäe präsentieren konnte: weder den Sturz des Regimes in Kiew noch die Eroberung des Donbass, ja noch nicht einmal die vollständige Einnahme des seit Monaten in Schutt und Asche gelegten Mariupol. Stattdessen vermeldeten die Ukrainer auch noch, dass sie die Russen bei Charkiw zurückgedrängt hätten.

Angesichts der Tatsache, dass Putin in den vergangenen Jahren sich und die vermeintlichen Erfolge seiner Politik gern zur Schau gestellt hat, und angesichts der starken Worte, die der Präsident bei Ausbruch des Krieges gebrauchte, lässt sein Auftreten am 9. Mai durchaus den Schluss eines stillen Eingeständnisses zu, dass er selbst mit dem bisherigen Verlauf der von ihm ausgerufenen „militärischen Spezialoperation“ nicht zufrieden ist.

Bei aller Solidarität mit der angegriffenen Ukraine – ein Grund zum vorbehaltlosen Jubeln ist dieser Befund freilich nicht. Im Gegenteil: Was Russland von anderen Militärmächten unterscheidet, die ihre Ziele auf dem Schlachtfeld nicht erreicht haben, ist sein Status als Atommacht. Egal, wie viele Soldaten, Panzer, und Schiffe das Land in der Ukraine verlieren mag, und egal, ob es den Ukrainern gelingen mag, die Russen aus ihrem Land zu drängen – am Ende haben die Russen noch immer die Möglichkeit zu einem atomaren Erst- oder Zweitschlag, mit dem sie Europa in den Abgrund ziehen könnten.

Die Weisheit eines alten Mannes

So paradox es klingen mag: Die Frage ist also, ob und wie es gelingen kann, den Angriff auf die Ukraine mit aller Kraft zurückzudrängen und den Russen zugleich die Möglichkeit zu geben, sich gesichtswahrend vom Schlachtfeld zurückzuziehen.

Hier sind vor allem die US-Amerikaner gefragt, die es mit ihrer auf vielen Ebenen geleisteten Unterstützung für die Ukraine überhaupt erst ermöglicht haben, dass die Ukrainer den Russen widerstehen konnten. Auch wenn das Bestreben in Washington groß sein mag, dem jahrzehntelangen Gegner im Kalten Krieg nicht nur in der Ukraine eine Niederlage beizubringen, sondern Russland – wie es unlängst US-Verteidigungsminister Lloyd Austin erklärte – so weit zu schwächen, „dass es die

Dinge, die es beim Einmarsch in die Ukraine getan hat, nicht mehr tun kann“. Klug und zielführend ist das nicht. Vielmehr liegt in diesem Anspruch schon jetzt der Nährboden für künftige Konflikte.

Die US-amerikanische Russland-Expertin Angela Stent, die als CIA-Analystin in den vergangenen Jahren etliche lange persönliche Gespräche mit Putin führen konnte, nannte bei Ausbruch des Krieges auf die Frage, welchem Politiker im Westen sie überhaupt noch zutraue, Einfluss auf Putin zu nehmen, sofort Henry Kissinger. Für den greisen ehemaligen Chefdiplomaten habe Putin stets eine hohe Verehrung empfunden. Und Kissinger wiederum habe im Laufe der Jahre häufig für eine ausgewogene Machtbalance zwischen den USA und Russland plädiert.

Mit Blick auf die Ukraine hatte Kissinger sowohl den Westen als auch die Russen dazu gemahnt, auf eine Eingliederung des zweitgrößten Landes Europas zu verzichten. Kiew wiederum warnte er davor, sich einer Seite zuzuschlagen. Stattdessen empfahl er dem Land, sich als Brücke zwischen Ost und West zu entwickeln.

Vielleicht können diese Gedanken nach einem Zurückdrängen der Russen bei der Suche nach einer langfristigen Lösung für die Ukraine hilfreich sein. Ein Bestehen auf einen totalen Sieg jedenfalls wird niemandem nützen, sondern allenfalls in einer Katastrophe enden, die noch größer ist als der bisherige Kriegsverlauf.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte oder der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de anzeigen@paz.de vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PORTRÄT

Nordirische Zeitenwende

In der britischen Provinz Nordirland gibt es seit jeher eine klare konfessionelle Front: königstreue Protestanten vs. republikanische Katholiken. Solange die pro-britischen Unionisten eine Mehrheit bildeten, war ihre Macht gesichert. Doch die gebärfreudigeren Katholiken sowie Zuwanderer aus dem katholischen Polen haben das Verhältnis gekippt. Die Katholiken, die eine Vereinigung mit der Republik Irland anstreben, liegen jetzt vorn.

Ein Ausdruck dieses Wechsels der Mehrheitsverhältnisse ist der Sieg der Sinn-Féin-Politikerin Michelle O'Neill bei den jüngsten Wahlen zum nordirischen Regionalparlament. Mit 29 Prozent siegte sie knapp vor den anderen, meist unionistischen Parteien.

Dass die katholische Sinn Féin – im gälischen Irisch steht es für „wir selbst“ – jetzt die Regierung stellen kann, kommt im nördlichen Landesteil der Grünen In-

sel einer wahren Zeitenwende gleich. 1905 gegründet trat sie für die Unabhängigkeit Irlands vom Vereinigten Königreich ein. Nach der von England erzwungenen Abspaltung Nordirlands vom größeren Rest der Landes galt Sinn Féin im Norden als der politische Arm der bewaffneten Irisch Republikanischen Armee (IRA), die viele blutige Anschläge verübt hat.

Seit dem Karfreitagsabkommen, dem Friedensabkommen in Nordirland von

1998, engagiert sich O'Neill für Sinn Féin. Die 45-jährige geschiedene Mutter zweier Kinder ist seit 2007 Abgeordnete im nordirischen Parlament, war ein Jahr lang eine der jüngsten Bürgermeisterinnen im Distrikt Dungannon and South Tyrone, ehe sie erst zur Agrar- dann zur Gesundheitsministerin und schließlich zur stellvertretenden Regierungschefin aufstieg.

Die durch eine Regierungskrise ausgelöste Neuwahl verschafft ihr nun den möglichen Sprung an die oberste Spitze des Landes. Dazu muss sie jedoch Partner auch aus dem unionistischen Lager finden, die mit ihr koalieren wollen. Ihr Eintreten für das Nordirland-Protokoll, das eine innerirische und damit zollfreie EU-Grenze vorsieht, dürfte bei den pro-britischen Brexit-Befürwortern allerdings auf wenig Gegenliebe stoßen, befürchten sie damit doch einen ersten Schritt zur Wiedervereinigung Irlands.
H. Tews



Wahlsiegerin: Michelle O'Neill

Goldene Zeiten der Archäologie

Berlin würdigt den Troja-Entdecker Heinrich Schliemann mit einer imposanten Präsentation an gleich zwei Ausstellungsorten

VON HARALD TEWS

Es wäre ein frommer Wunsch gewesen, die originalen Teile des „Schatzes des Priamos“ in der neuen Berliner Schliemann-Ausstellung vorzeigen zu können. Gerade nach dem Ukrainekrieg wird es ein dauerhafter Wunschtraum bleiben, denn der Goldschatz, den der Archäologe Heinrich Schliemann bei seinen Ausgrabungen in Troja im Jahr 1873 entdeckte, befindet sich im Moskauer Puschkin-Museum. Die Russen hatten ihn nach dem Zweiten Weltkrieg in die Sowjetunion verschleppt, wo er seitdem als Beutekunst unter Verschluss ist. Völlig undenkbar, dass Putin daran etwas ändern wird.

Immerhin befinden sich im Schliemann-Saal des im Neuen Museum beheimateten Museums für Vor- und Frühgeschichte Berlin eine originalgetreue Nachbildung sowie einige Originalteile, die man zu DDR-Zeiten und kurz nach dem Zerfall der Sowjetunion gnädigerweise aus Moskau zurückerhalten hat. In der Ausstellung „Schliemanns Welten. Sein Leben. Seine Entdeckungen. Sein Mythos“, die vom 13. Mai bis 6. November auf der Berliner Museumsinsel in der James-Simon-Galerie und im Neuen Museum präsentiert wird, stehen sie wieder im Vordergrund.

Anlass dieses Ausstellungs Doppels ist die 200. Wiederkehr von Schliemanns Geburtstag am 6. Januar dieses Jahres (die PAZ berichtete). Mit rund 700 Objekten – darunter viele internationale Leihgaben – steht neben spektakulären Ausgrabungsfunden auch erstmals der „unbekannte“ Schliemann vor seiner Hinwendung zur Archäologie im Fokus einer Ausstellung. Anhand aktueller Forschungsergebnisse setzt sie sich jetzt kritisch mit den archäologischen Methoden seiner Zeit auseinander.

Dabei nähert man sich der schillernen und umstrittenen Persönlichkeit in



In passender antiker Gestalt: Schliemann-Büste im Neuen Museum

Foto: bpk/Hans Christian Krass

zwei Kapiteln: Während sich der Ausstellungsteil in der James-Simon-Galerie rein biographisch mit der ersten Lebenshälfte Schliemanns befasst und lebhaft Einblicke in die Lebenswelt des 19. Jahrhunderts gibt, steht im Neuen Museum mit spektakulären Funden der Königsgräber in Mykene und der Trojanischen Sammlung Schliemanns archäologisches Schaffen im Mittelpunkt.

Schliemanns „Sammlung Trojanischer Altertümer“ umfasst über 10.000 Objekte, zu denen neben den bekannten Goldfunden Keramikgefäße, Metallgeräte, Spinnwirtel und diverse andere Kleinfunde sowie Botanikproben gehören, von denen ein Großteil ausgestellt ist. Dass

Schliemann mit der bronzezeitlichen mykenischen Kultur die früheste Hochkultur Europas entdeckt hat, wird erst lange nach seinem Tod deutlich und jetzt entsprechend gewürdigt. Zu sehen sind vollständig erhaltene Tongefäße aus dieser Zeit, aber auch spätere Goldappliken mit Schmetterlingsmotiven aus Mykene.

Leihgaben sogar aus St. Petersburg

Schliemann musste lange auf die wissenschaftliche Anerkennung in Deutschland warten. Erst die Förderung durch Rudolf Virchow, Mitbegründer der Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte sowie des Museums für Völkerkunde (heute Ethnologisches Mu-

seum), verhalf ihm zu positiverer Rezeption in seiner Heimat. Virchow ist 1881 auch Schliemanns Schenkung der Sammlung Trojanischer Altertümer nach Deutschland und die Verleihung der Berliner Ehrenbürgerschaft zu verdanken. Heute gehört die berühmte Sammlung zu den herausragenden Beständen des Museums für Vor- und Frühgeschichte. Nur die goldenen Objekte wie der legendäre „Schatz des Priamos“ werden bis heute in Russland als Beutekunst zurückgehalten.

Schliemanns Nachlass umfasst über 50.000 Dokumente, die in der Athener Gennadius-Bibliothek aufbewahrt werden und die einen Einblick in die Persönlichkeit des vielfach umstrittenen Ausgrä-

bers geben. Neben Massen an Tagebüchern, Reisedokumenten, Briefen, Fotografien, Rechnungen und Publikationen, die nun nach und nach auch digitalisiert zur Verfügung stehen, stellen auch die 17 Sprachen – unter anderem Englisch, Französisch, Russisch, Arabisch, Farsi und Altgriechisch –, in denen Schliemann kommunizierte, die Forschung bis heute vor Herausforderungen.

Auf Basis der Forschungsergebnisse ist die Sonderausstellung daher bewusst in zwei Bereiche unterteilt und präsentiert gleichwertig Schliemanns biografische und archäologische „Welten“. Neben herausragenden Objekten aus zahlreichen Sammlungen der Staatlichen Museen zu Berlin – darunter das Ethnologische Museum, das Museum für Asiatische Kunst, das Kunstgewerbemuseum, das Münzkabinett, die Kunstbibliothek sowie die Antikensammlung und das Ägyptische Museum und Papyrussammlung – runden internationale Leihgaben aus der Eremitage St. Petersburg, die man glücklicherweise noch vor Kriegsbeginn organisieren konnte, oder dem Katsigras-Museum in Larissa die Ausstellung ab.

Von herausragender Bedeutung sind Exponate aus dem Nationalmuseum Athen: Die spektakulären Goldschmiedearbeiten aus den sogenannten Königsgräbern von Mykene sowie Fragmente der Wandmalereien aus Tiryns bilden die Höhepunkte des archäologischen Teils.

● **Schliemanns Welten** James-Simon-Galerie und Neues Museum, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 14 Euro. Telefon (030) 266424242, Internet: www.smb.museum. Der Ausstellungskatalog ist im E. A. Seemann Verlag erschienen (320 Seiten, 250 farbige Abbildungen, 36 Euro)



KINO

Nostalgisches Imponiergehabe

Leander Haußmann schließt mit seiner „Stasikomödie“ seine Filmtrilogie über die DDR ab

Gibt es *den* besten Zeitpunkt für eine Komödie über ein diktatorisches Regime? Wohl nur dann, wenn die Tyrannen noch an der Macht sind. Charlie Chaplins „Der große Diktator“ oder Ernst Lubitschs „Sein oder Nichtsein“ entstanden zu einer Zeit, als Hitlers Krieg bereits voll im Gang war. Trotzdem kann man sich über den schwarzen Humor amüsieren.

So gesehenen kommt Leander Haußmanns „Stasikomödie“, die am 19. Mai in den Kinos anläuft, um mindestens 33 Jahre zu spät. Nach dem Fall der Mauer lässt es sich gut über den Überwachungsstaat DDR witzeln, ohne dass einem das Lachen im Halse stecken bleibt.

Wenn es denn nur genug zu Lachen gäbe. Haußmanns neuer Film, der nach „Sonnennallee“ (1999) und „NVA“ (2005) den Abschluss seiner persönlichen DDR-Trilogie bildet, müht sich von Gag zu Gag so dahin, ohne dabei so richtig von der Stelle zu kommen.

Das humoristische Pulver hat Haußmann, der auch das Drehbuch schrieb, schon gleich zu Beginn mit einer einzigen gelungenen Pointe verschossen, wenn der

Protagonist Ludger (David Kross) bei Rot an einer menschenleeren Berliner Kreuzung steht und geduldig minutenlang wartet, bis die Fußgängerampel auf grün umspringt. Was er nicht ahnt: Die Stasi schaut in Gestalt des von Henry Hübchen gespielten, hochprozentig dauerlallenden Verbindungsoffiziers mit zu, der den vor-

bildlichen jungen Staatsbürger flugs in die Stasi-Familie aufnimmt.

Weil danach der Film nur noch auf kleiner Humor-Flamme köchelt, versucht Haußmann seinen Satire-Herd mit einer geballten Ladung Quatsch zur Explosion zu bringen. Ein korpulenter Stasi-Chef Mielke lässt sich dabei als Mischung von

Göring und Sonnenkönig bei einem Barockfest auf einer goldenen Pferdestatue feiern. So viel Albernheit hat selbst die Stasi nicht verdient.

Der ältere Ludger wird in einer Rahmenhandlung von Jörg Schütttauf als ein nach der friedlichen Revolution gefeierter Schriftsteller gespielt. Seine von der Stasi fingierte Opferakte erwähnt dabei natürlich nicht, dass seine mit Schreibmaschine getippten Spitzelberichte ihn überhaupt erst zum Autor gemacht haben.

Haußmann setzt seine Schauspieler gekonnt in Szene. Dumm nur, dass ihm sein theaterhaftes Imponiergehabe ständig in die Quere kommt. So schiebt er wie schon in den Vorgängern seinen Regiefreund Detlev Buck als Polizeiclown, der dienstbeflissen nach Ausweisen verlangt, wieder völlig überflüssig in Szene. Dieser nostalgische Rückblick auf den Überwachungsstaat will uns weismachen, dass es in der DDR trotzdem irgendwie schön war. Bleibt die Frage, wie solch eine Verniedlichung der Stasi beim Publikum ankommt, wenn ein KGB-Staat namens Russland gerade Krieg führt. H. Tews



Die Stasi sieht alles: Ein Spitzel (Karl Schaper) bei der Observation vom Kirchturm aus

FOTO: CONSTANTIN FILM

● MELDUNG

Böhmisches Glas in Berlin

Berlin – Die Ausstellung „glass – hand formed matter“ stellt im Bröhan-Museum vom 5. Mai bis 7. August Glasobjekte junger Künstler vor. In dem von Hochschulen, Glashütten und Kulturinstitutionen getragenen Projekt wird auch an ein Stück Heimattradition aus den deutschen Vertreibungsgebieten erinnert. Denn mit der Migrationsgeschichte der sudetendeutschen Glasarbeiter und dem Einfluss ihrer Handwerkskunst auf die deutsche und schwedische Glasindustrie beschäftigt sich die Projektstipendiatin Ingela Johansson in der künstlerischen Forschungsarbeit „Cut off Colliers“, die in Form einer Installation mit Videos und Glasobjekten gezeigt wird. Sie erzählt eine Geschichte über böhmischen Modeschmuck und traditionelle Glastechniken. Daneben steht mit Lauscha ein Ort im Mittelpunkt, dessen Tradition der Christbaumschmuckproduktion ein aus Schweden stammenden Künstlerkollektiv zu neuen Formen inspirierte. Infos: www.broehan-museum.de tws

STAR ALLIANCE

Erste und größte Allianz der Luftfahrt

Wettbewerber zu sein, schließt gemeinsame Interessen und damit auch partielle Zusammenarbeit nicht aus. Strategische Kooperationen versprechen nicht selten Synergieeffekte sowie die Möglichkeit, Projekte zu stemmen und der Kundschaft Angebote zu machen, für die ein einzelner Anbieter zu klein und schwach wäre. Auf dem Gebiet der Seefahrt hat der Deutsche Albert Ballin als Generaldirektor der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft (HAPAG) die Idee strategischer Kooperationen zwischen Wettbewerbern in der Kaiserzeit zu einer Blüte gebracht.

Inzwischen ist die Idee auch in der Luftfahrt angekommen. Am 14. Mai 1997 wurde die Star Alliance gegründet. Ihr Logo ist ein aus fünf Tetraedern gebildeter stilisierter fünfzackiger Stern. Fünf Gründungsmitglieder hat die Star Alliance, und alle fünf lassen sich als Stars ihrer Region bezeichnen: die Air Canada aus Kanada, die United Airlines aus den USA, die SAS Scandinavian Airlines aus Skandinavien, die Thai Airways aus Thailand und schließlich auch die Lufthansa aus Deutschland. Anlässlich der Gründungszeremonie wurden auf dem Flughafenvorfeld in Frankfurt eine Boeing 747-400 von Thai Airways, eine Boeing 777-200 von United Airlines, eine Boeing 767-300 von SAS und je ein Airbus A340-300 der Air Canada und der Lufthansa zu einem fünfzackigen Stern in Anlehnung ans das Star-Alliance-Logo formiert (siehe Foto).

Mittlerweile ist die Star Alliance nicht mehr allein. 1999 kam die von American Airlines, British Airways, Canadian Airlines International, Cathay Pacific und Qantas Airways gegründete Oneworld Alliance hinzu. Zwei Jahre später folgte SkyTeam, gegründet von Aeroméxico, Air France, Delta Air Lines und Korean Air. SkyTeam hat mit mittlerweile 18 Mitgliedern Oneworld mit 13 überholt, aber die Star Alliance ist nach wie vor nicht nur die älteste Luftfahrtallianz, sondern mit 26 Mitgliedsunternehmen auch die größte. Mit 4338 Flugzeugen, 439.232 Mitarbeitern, 637,62 Millionen Passagieren, 1269 Flugzielen, 18.043 Flügen und einem Umsatz von 173,12 Milliarden US-Dollar übertrumpfte sie 2014 mit Ausnahme der Mitarbeiterzahl bei entscheidenden Parametern die beiden jüngeren Allianzen.



Nachgestelltes Logo der Star Alliance

Konkret soll die Effizienz gesteigert werden durch gemeinsame und kompatible Angebote für Vielflieger, gemeinsame Lounges und später auch Terminals an den Flughäfen, aufeinander abgestimmte Linienflüge mit dem Aufbau eines weltweiten Netzwerkes, einheitliche Tickets für Flüge bei mehreren Mitgliedsfluggesellschaften, Angleichung der Qualitätsstandards, gemeinsame Flotten- und Ersatzteilbestellungen, gemeinsames Flottenleasing sowie gemeinsame Streckenrechte und Slots.

Manuel Ruoff



Auf der Gedenkveranstaltung im Adalbert-Stifter-Saal des „Sudetendeutschen Hauses“ in München: Olivia Schubert, stellvertretende Vorsitzende der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen

Foto: Matern

DEUTSCHUNGARN

„Wir, alle Ungarn, haben die Pflicht, uns zu erinnern“

Ungarn ist das einzige Land mit einem eigenen Gedenktag für die vertriebenen, deportierten und ermordeten Deutschen. Bei der Festveranstaltung in München ging es diesmal um deutschungarische Kirchenmusik

VON NORBERT MATERN

Im Gegensatz zu Polen und der Tschechoslowakei war bei den Konferenzen der Alliierten in Jalta vom 4. bis 11. Februar und Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945 zunächst nicht an eine Vertreibung der Deutschen aus Ungarn gedacht worden. Auf Drängen der kommunistischen Partei in Budapest kam es dann aber beginnend im März 1945 und in größerem Umfang ab dem 19. Januar 1946 zur Vertreibung von Ungarndeutschen vor allem nach Südwestdeutschland. Als die US-Amerikaner in ihrer Zone niemanden mehr aufnehmen wollten, gelangten etwa 50.000 Ungarndeutsche in die sowjetische Besatzungszone. 20.000 kamen nach Österreich. Insgesamt mussten rund 210.000 Ungarndeutsche ihre Heimat verlassen.

In Ungarn verbleiben durften 100.000 Ungarndeutsche, auf deren Arbeitskraft der Staat nicht verzichten woll-

te. Sie waren entrechtet und galten bis 1950 als staatenlos.

Ursprünglich nicht vorgesehen

Bereits kurz nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft in der östlichen Hälfte Europas entschuldigten sich in Budapest im Gegensatz zu Warschau erst das Parlament und später auch die Regierung offiziell für die Vertreibung. Seit einem einstimmigen Beschluss des ungarischen Parlaments im Jahre 2012 ist Ungarn das erste und bislang einzige Land, das mit dem 19. Januar den bei und nach Kriegsende vertriebenen, deportierten und ermordeten Deutschen einen eigenen jährlichen Gedenktag gewidmet hat. Mit der Entscheidung für einen besonderen Gedenktag kam Budapest sogar Berlin zuvor, das sich erst drei Jahre später dazu durchrang, den 20. Juni als Tag des Erinnerns an Flucht und Vertreibung zu bestimmen.

Wegen Corona verspätet lud dieses Jahr der ungarische Generalkonsul in

Bayern, Gabor Tordai-Lejko, zusammen mit dem Direktor des „Hauses des Deutschen Ostens“, dem Professor Andreas Otto Weber, für vorletzten Dienstag zu einer Gedenkveranstaltung im Adalbert-Stifter-Saal des „Sudetendeutschen Hauses“ in München ein. Der Generalkonsul begann seine Ansprache mit Versen der ungarndeutschen Dichterin, Pädagogin und Philosophin Valeria Koch: „Man hat uns betrogen, vertrieben, wir wollen vergeben den Trieben belogener Freunde und Feinde: Vertrauen bestrahlt die Gemeinde.“

Tordai-Lejko sparte nicht mit Lob und Anerkennung für die Ungarndeutschen, auf die der Staat stolz sei, die er wertschätze. Auch weiterhin würden ihre Bildungseinrichtungen stark unterstützt. „Die Verschleppung der Deutschen ist ein unrühmliches Kapitel der Nachkriegszeit – heute jedoch erlebt in Ungarn die Pflege deutscher Nationalität eine Renaissance.“ Die Hauptsorge aber gelte derzeit den

650.000 Flüchtlingen, die sein Land aus der Ukraine erreicht hätten.

Einfluss der KP

Olivia Schubert, stellvertretende Vorsitzende der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, gedachte in ihrem sehr persönlich gehaltenen Redebeitrag zur Gedenkveranstaltung der Heimatvertriebenen mit Blick auf ihre eigenen Großeltern. Ungarndeutsche lebten im ganzen Land, zweisprachige Ortsschilder bewiesen das. „Wir, alle Ungarn, haben die Pflicht, uns zu erinnern.“

Nach Meinung von Georg Hodolitsch, Vorsitzender der Bundesdelegiertenversammlung der Ungarndeutschen in der Bundesrepublik, ist der Regierung Orbán von den insgesamt 13 Minderheiten die deutsche als die zweitgrößte nach den Roma am wichtigsten, auch wenn sie bei rund 185.000 Mitgliedern im Parlament nur einen Abgeordneten stelle. Er gehöre Orbáns Fidesz an. Nach dem im Königreich Ungarn geborenen, aber eigentlich als österreichischer Schriftsteller geltenden Nikolaus Lenau sei das Kulturzentrum in Fünfkirchen (Pecs) benannt. Dort befände sich auch die Schulzentrale – vom Kindergarten bis zum Gymnasium. „Wir feiern mit heißen, versöhnenden Tönen“, heiße es auf einer Inschrift.

Entschuldigung nach der „Wende“

Nachdem 2019 der Beitrag der Ungarndeutschen zur ungarischen Kultur im Mittelpunkt der traditionellen Gedenkveranstaltung gestanden hatte, sollte in diesem Jahr ein Aspekt davon besonders behandelt werden, die Kirchenmusik der Ungarndeutschen. Zu dem Thema hielt Franz Metz den Kurzvortrag. Der Organist, Musikwissenschaftler und Dirigent gilt als ausgewiesener Experte der deutschen Musikgeschichte in Südosteuropa. Bis zu seiner Aussiedlung nach Deutschland 1985 war er als Kirchenmusiker und Organist in Temeswar tätig. Längere Zeit war er Organist auf der Burg Hohenzollern und Stiftskantor in Hechingen. Seit 2000 ist er Organist an der Kirche St. Pius in München.

In dem von ihm gegründeten Münchner Verlag „Edition Musik Südost“ hat er Werke vieler Banater und südosteuropäischer Komponisten herausgegeben. Zu seinen zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen gehören „Eine Reise in den Orient. Johann Strauß und seine Konzerte im Banat, in Siebenbürgen und in der Walachei“ aus dem Jahr 2021 und „Mit frohem Herzen will ich singen. Zur Musikgeschichte der Ungarndeutschen“ aus dem Jahr 2020. Aus letztgenanntem Werk las denn auch der Referent.

Verspätung wegen Corona

Das erste deutsche Liederbuch sei 1696 aus Landshut zu den „Donauschwaben“ gekommen. Erwähnt wurden die den Ungarndeutschen vertrauten Kirchenmusiker wie Franz Krommer, Franz Novotny oder Georg Lickl, vorgestellt wurden berühmte Orgeln und ihre Erbauer. Neuerdings stünden auch die ungarischen Domarchive für die musikwissenschaftliche Forschung zur Verfügung. Anhand vieler Bilder konnte Metz beweisen, dass deutschsprachige Denkmäler und Inschriften in den ungarischen Kirchen nicht beseitigt wurden – im Gegensatz zu denen in der Republik Polen und der Tschechischen Republik. Metz erinnerte daran, dass es in Ungarn 19 ungarndeutsche Kirchenchöre gibt, bei deren Veranstaltungen bis zu 400 Sänger und ihre Blaskapellen mit deutschen wie ungarischen Volks- und Kirchenliedern auftreten.

Nach seinem Vortrag brillierte der aus Rumänien stammende, Ungarn sehr verbundene und heute in München lebende Wissenschaftler an der Orgel mit der Einleitung von Franz Liszts Oratorium „Die Legende von der Heiligen Elisabeth“. Dass diese sowohl eine ungarische Prinzessin als auch eine deutschen Landgräfin war, machte das Stück besonders geeignet für eine Veranstaltung der deutsch-ungarischen Verständigung.

VON ERIK LOMMATZSCH

Reichlich unverblümt wusste Konrad Adenauer zu sagen, warum er seinen christdemokratischen Parteifreund Theodor Blank eifrig in Ämter beförderte. Auf Wunsch des späteren Bundeskanzlers wurde Blank im Sommer 1947 vom nordrhein-westfälischen Landtag als Abgeordneter in den Frankfurter Wirtschaftsrat entsandt, weil er ihn dort als „aufgeschlossenen Gewerkschaftler“ brauchte.

Im Oktober 1950 betraute Adenauer, inzwischen Regierungschef der Bundesrepublik, Blank mit den Vorbereitungen zum Aufbau der Bundeswehr. Dazu erklärte der Kanzler im Rückblick, maßgebend gewesen sei nicht Blanks „Eigenschaft als CDU-Abgeordneter; maßgebend war vielmehr für mich, außer seinen persönlichen Eigenschaften, die Tatsache, daß er Stellvertretender Vorsitzender einer der wichtigsten Industrie-Gewerkschaften war. Ich wollte damit den Widerstand der Gewerkschaften paralisieren. Ich glaube, daß das auch gelungen ist.“

Äußerer Glanz sucht man in Blanks politischer Karriere in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik vergebens. Dennoch handelt es sich um den bemerkenswerten Weg eines hart arbeitenden, prinzipienfesten Aufstiegers. Geboren wurde er am 19. September 1905 im mittelhessischen Elz. Später zog die Familie nach Bochum. Er absolvierte Ausbildungen zum Modellschreiner und zum Metallarbeiter. Als Katholik stand er der Zentrumsparterie nahe.

1930 wurde er hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär beim Zentralverband der christlichen Fabrik- und Transportarbeiter. 1933 entlassen, machte sich der stets um Weiterqualifikation bestrebt Blank daran, sein Abitur nachzuholen. Zweimal nahm er ein Studium auf, erst eines der Naturwissenschaften, dann eines des Ingenieurwesens. Beide Male musste er abbrechen, zunächst aus finanziellen Gründen, 1939 aufgrund der Einberufung zur Wehrmacht wegen des bevorstehenden Zweiten Weltkrieges. Dort diente er bis Kriegsende, zuletzt als Oberleutnant.

„Aufgeschlossener Gewerkschaftler“

Bei einer Dortmunder Firma, die ihn auch schon zuvor beschäftigt hatte, fand er nach kurzer US-amerikanischer Gefangenschaft wieder eine Anstellung. Vor allem aber widmete er sich bald erneut der Gewerkschaftsarbeit. 1948 wurde er Dritter Vorsitzender der IG Bergbau. Zur seinerzeit entstehenden CDU war er bereits im Herbst 1945 gestoßen. In Nordrhein-Westfalen wurde er Landtagsabgeordneter, 1949 wurde er in den Bundestag gewählt.

Wenn Blank Aussagen tätigte wie „Meine politische Arbeit gilt der freien Persönlichkeit, eingegliedert in die Gemeinschaft und ausgerichtet auf den höchsten Wert: Gott“, handelte es sich um weit mehr als Lippenbekenntnisse. Der Historiker Hans-Otto Kleinmann urteilt über Blank: Kaum jemals sei „konkrete Politik in der Bundesrepublik mit einer so eindeutigen Standortbestimmung betrieben worden, wie von ihm, und kaum auch ist politisches Handeln so weltanschaulich fundiert ... begründet und vertreten worden“.

Die katholische Soziallehre war bei Blank mit ordoliberalen Ideen verbunden, die soziale Marktwirtschaft vertrat er vehement. Sympathien mit dem „Christlichen Sozialismus“ blieben Episode. In der Bildung, hier wohl auch an seinen eigenen Weg denkend, sah Blank die „Sozialchance Nummer Eins“. Arbeitnehmermitbestimmung und die Förderung von Arbeitnehmer Eigentum waren für ihn wesentlich.

Der Sozialpolitiker Blank, der dem älteren Fraktionskollegen Anton Storch den Vortritt gelassen hatte, als es 1949 um die Besetzung des Bundesarbeitsministeriums ging, obwohl Adenauer ihn gern in

dieser Position gesehen hätte, wurde im Folgejahr „Beauftragter des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“. Aufgabe der Arbeitsstelle mit der sperrigen Bezeichnung, die als „Amt Blank“ zum Begriff wurde, war es, die Voraussetzungen für die Remilitarisierung Westdeutschlands zu schaffen. Zum einen oblagen Blank damit die Verhandlungen mit den Westmächten, zum anderen galt es, das Vorhaben innenpolitisch – gegen heftigen Widerstand – zu vertreten.

An einen tatsächlichen Aufbau westdeutscher Streitkräfte war allerdings erst mit den Pariser Verträgen von 1954 zu denken. Gegen die damals verbreitete „Ohne-mich-Haltung“ verwahrte sich Blank mit klaren Worten. Er war beteiligt an der Etablierung der Leitidee, die den Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“ betrachtet.

Einerseits von seinen Mitarbeitern geschätzt, stand er andererseits unter erheblichem Druck. Die unvoreilhaft öffentliche Vermittlung einer Notwendigkeit der Aufstellung einer Armee und das deutliche Verfehlen der angestrebten

Truppenstärke – innerhalb von drei Jahren eine halbe Million – waren nicht die einzigen Defizite. Allerdings erfuhr er aus der Regierung auch kaum die erforderliche Unterstützung.

Namensgeber eines ganzen Amtes

Als er im Juni 1955 erster Bundesverteidigungsminister wurde, war es eine Ernennung auf Abruf, zumal der ehrgeizige Franz Josef Strauß auf die Position drängte. Adenauer gab dem stets loyalen, sich auch immer wieder unbequemen Aufgaben stellenden Blank keinen Rückhalt. Zu dessen Entlassung im Oktober 1956 im Zuge der großen Kabinettsumbildung Adenauers bemerkte Hans Speidel, später Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte in Mitteleuropa bei der NATO, Blank habe sich „um die Bundeswehr hochverdient gemacht“. Der Kanzler seinerseits habe es verstanden, sich der Fähigkeiten seiner Mitarbeiter zu bedienen, konnte sie aber auch, sobald entbehrlich geworden, „kühl fallenlassen“.

Im Oktober 1957 wurde Blank für acht Jahre Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, nicht nur unter Adenauer,

sondern auch noch im ersten Kabinett von Ludwig Erhard. Damit war er in sein ursprüngliches Metier zurückgekehrt. Es komme darauf an, so Blank, „eine Sozialpolitik zu treiben, die den Willen zur Selbsthilfe ermuntert und das Gefühl für Verantwortung und Gemeinnutzen wachruft“. Mit seinen Reformplänen, etwa zur gesetzlichen Krankenversicherung, bei der Novellierung des Bundesversorgungsgesetzes oder mit dem „Sozialpaket“ von 1962/63, die allesamt unpopuläre Kürzungen enthielten, konnte er sich nur sehr bedingt durchsetzen. Aus den eigenen Reihen versagte man ihm abermals die Unterstützung.

Auch hier war es insbesondere Adenauer, der seinen Minister bei „seinem Sozialpaket, einer schon damals notwendigen systematischen Remedur der Sozialgesetzgebung, im Stich ließ“, wie der langjährige Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, ebenfalls CDU, später beklagte.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Ministeramt im Oktober 1965 wirkte Blank weiter in der Fraktion und der Partei. Am 14. Mai 1972 ist er in Bonn gestorben.



Die Loyalität war eher einseitig: Kanzler Konrad Adenauer (links oben) und sein Minister Theodor Blank (rechts unten)

THEODOR BLANK

Adenauers Mann für das Unpopuläre

Vor 50 Jahren starb der Gewerkschafter, der die Bundeswehr aufbaute. In der Sozialpolitik konnte er sich mit notwendigen Reformen nur sehr bedingt durchsetzen

ALEXANDRA

Eine legendäre Sängerin

Am 19. Mai würde die beliebte Sängerin Alexandra ihren 80. Geburtstag feiern. Anlässlich dieses runden Ehrentags wird der Künstlerin in zahlreichen Veranstaltungen und Radiosendungen gedacht. Die Termine sind auf der Seite des Alexandra-Freunde e.V. (www.alexandra-welt.de) veröffentlicht.



Vor 80 Jahren geboren: Alexandra

Bekanntheit erreichte Alexandra mit Titeln wie „Sehnsucht“, „Mein Freund der Baum“ und ihrem bekanntesten Hit „Zigeunerjunge“. Zur großen Trauer ihrer Fangemeinde wurde der kometenhafte Aufstieg der gebürtigen Memelländerin jedoch am 31. Juli 1969 auf einer Urlaubsfahrt nach Sylt bei einem Verkehrsunfall im schleswig-holsteinischen Tellingstedt jäh beendet. Sie starb mit nur 27 Jahren.

Ihr Leben war geprägt von Erfolgen, aber auch herben Enttäuschungen. Alexandra kam als Doris Treitz 1942 in Heydekrug zur Welt, und nur zwei Jahre später musste die Familie aus Ostpreußen fliehen. Als der Vater aus dem Krieg zurückkam, fand die Sängerin mit den Eltern und ihren beiden Schwestern in Kiel eine Bleibe. Schon während der Schulzeit stellte sie ihr musikalisches und schauspielerisches Talent unter Beweis. Bevor sie sich diesem widmen konnte, bestand der Vater jedoch auf einer bodenständigen Ausbildung. So begann sie eine Graphiker-Lehre.

Nach der Scheidung der Eltern zog die Mutter mit ihren Töchtern nach Hamburg, der Wiege des späteren Erfolgs ihrer Jüngsten. Dort lernte Alexandra den 30 Jahre älteren Russen Nikolaj Nefedov kennen, den sie zum Entsetzen ihrer Familie heiratete. Aus der Ehe ging der Sohn Alexander hervor. Die ehrgeizige und durchsetzungsstarke junge Frau strebte jedoch weder Heim noch Herd an, sondern sie wollte singen und Schauspielerin werden.

Bei einer Veranstaltung ihres Chefs, des Verlegers Alfons Semrau, trat sie als Doris Nefedov mit selbst komponierten Liedern auf. Unter den Gästen war der Plattenproduzent Fred Weyrich, der von dem Ausdruck der russischen Seele in ihren Liedern so begeistert war, dass er sie gleich unter Vertrag nahm. Das war der Auftakt einer ebenso atemberaubenden wie kurzen Karriere. Alexandra wurde, wie es vielen Stars der 60er Jahre ging, „vermarktet“. Sie hetzte von Termin zu Termin und hatte kaum noch Zeit für ihren Sohn. Dass sie beinahe auf einen Heiratschwindler hereingefallen wäre, ließ sie misstrauisch gegenüber anderen Menschen werden. Sie spürte, dass sie dringend Urlaub benötigte. Die Fahrt mit dem eigenen, selbst gesteuerten Auto von München, wo sie zuletzt lebte, nach Sylt wurde ihr zum Verhängnis.

Geblieben sind ihre zu Herzen gehenden melancholischen Lieder und Chansons, die Ende der 60er Jahre wie aus der Zeit gefallen schienen. Ein paar Jahre später wäre ihr als „Liedermacherin“ sicher weiterer Erfolg beschieden gewesen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

VON ERIK LOMMATZSCH

Dem Historiker Gerhard Oestreich (1910-1978) verdankt die Forschung den Begriff der Sozialdisziplinierung. Ausgangspunkt war für ihn die Vielzahl von Vorschriften, die mit dem ausgehenden Spätmittelalter erlassen wurde, um mitunter bis in geringfügige Details hinein das Leben der Menschen zu reglementieren. Durch Zwänge und Sanktionen bei Verstößen sollten langfristige Verhaltensänderungen erreicht werden, die Überwachung und Kontrolle in allen gesellschaftlichen Bereichen weitete sich aus. Die Sozialdisziplinierung ist einer der wesentlichen Aspekte, um wissenschaftlich die um 1500 beginnende Neuzeit gegenüber den vorangegangenen Epochen abzugrenzen.

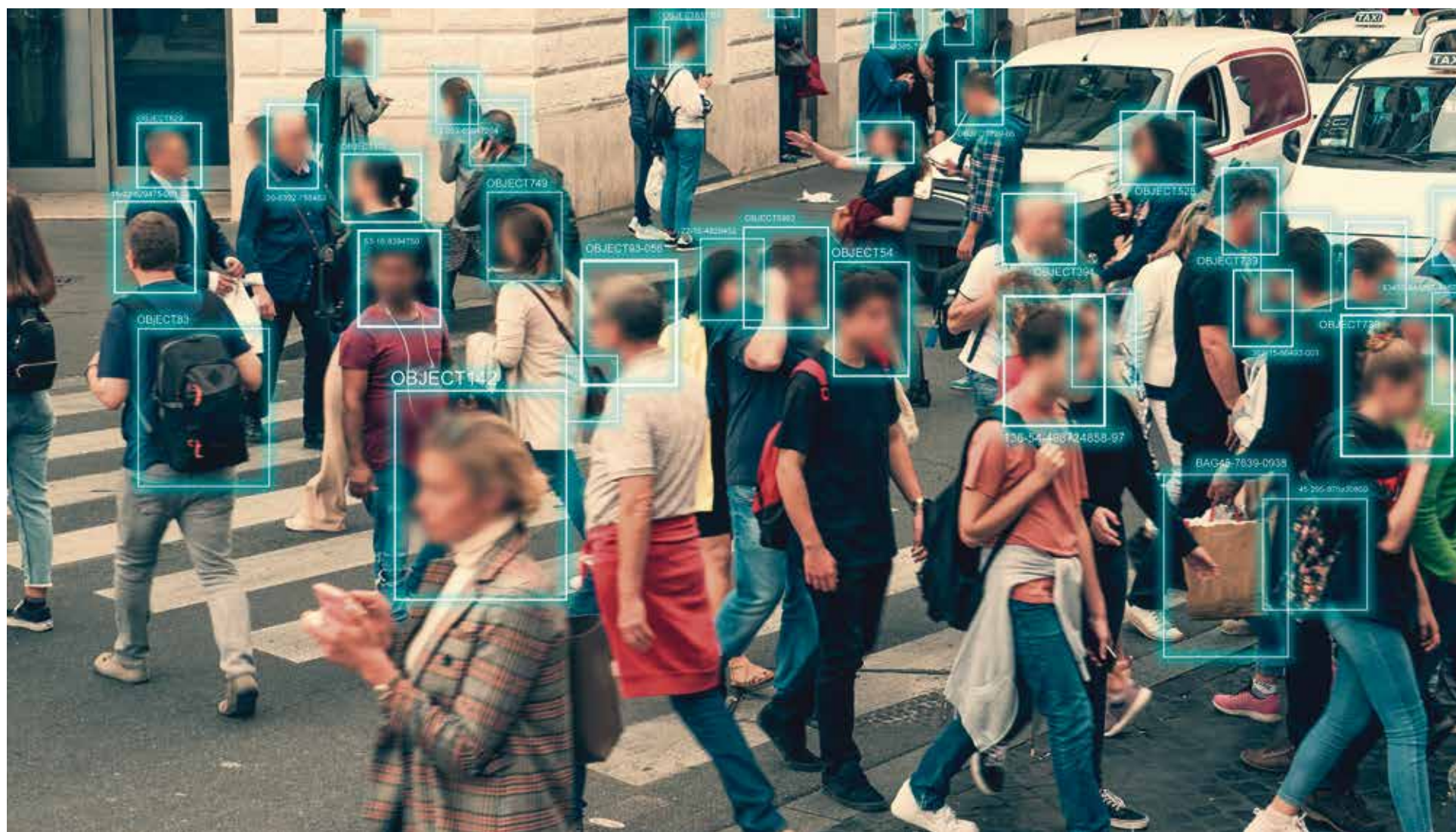
Das Streben nach extremer Überwachung und Normierung vonseiten eines Staates, vonseiten eines politischen Systems wurde immer weiter perfektioniert, wobei der Rückhalt in der Bevölkerung durchaus differierte. Hält man sich die beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts vor Augen, fällt auf, dass es der NS-Staat nicht nötig hatte, ein überbordendes Spitzelwesen mit „Inoffiziellen Mitarbeitern“ wie in der DDR zu schaffen – die bereitwillige Denunziation, oft ohne greifbaren Nutzen für den Informanten, war deutlich stärker ausgeprägt.

„Big Brother“ zeigt den Weg

In der dystopischen Literatur wurden die Überwachungs- und Strafsysteme noch weitergedacht. Das heute wohl bekannteste Werk, der Roman „1984“ des englischen Schriftstellers George Orwell (1903-1950), machte den Begriff des „Gedankenverbrechens“ bekannt. Sprichwörtlich für die allgegenwärtige Überwachung wurde der „Big Brother“, der „Große Bruder“ aus dem in der Handlung immer wieder auftauchenden Slogan „Der Große Bruder sieht Dich“.

In den jüngsten Jahren wurde „Big Brother“ in der Öffentlichkeit wohl am ehesten mit einer peinlichen, allerdings äußerst erfolgreichen Fernsehshow verbunden, die Einblicke in intimste Privatangelegenheiten von Personen gestattete, welche sich dem Ganzen allerdings freiwillig aussetzten. Nahezu zeitgleich und wirklich entwickelte sich in der Wirtschaft und vor allem in der Politik das sogenannte „Social Scoring“, eine moderne und effektive Methode der Überwachung und Sozialdisziplinierung.

Eine einheitliche Definition existiert nicht. Nach einem Vorschlag der Universität Oldenburg handelt es sich um „das Bewerten des Verhaltens von Menschen innerhalb einer Gesellschaft“. Ein „Social Scoring“-System – „score“ steht im Englischen für „punkten“ – dient dazu, einzelnen Personen für bestimmte Handlungen oder deren Unterlassung Punkte zuzu-



Wenn der Staat alles sieht: Einer digitalen Rundum-Überwachung können die Bürger praktisch nicht entkommen

Foto: shutterstock

„SOZIALPUNKTE“

Mit Zuckerbrot und Peitsche

Früher sollten Gesetze erwünschtes Verhalten erzwingen. Im digitalen Zeitalter sollen die Menschen mit „Social Scoring“ erzogen werden. China preschte vor, doch auch in Europa laufen erste Pilotprojekte

ordnen beziehungsweise zu entziehen. Das Ergebnis bietet dann, im positiven Fall, bessere oder auch preiswertere Zugangsmöglichkeiten zu vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, im negativen Fall ist der Zugang schwieriger oder es erfolgt ein gänzlicher Ausschluss.

Offizielle Begründung für die Einführung solcher Systeme ist in der Regel, dass es sich um einen Akt der Gerechtigkeit handle, da sozial rücksichtsvolles Verhalten zu Vorteilen führe. Die Tatsache, dass es sich um eine Einschränkung von Freiheiten handelt, wird gern übergangen. Der französische Sozialphilosoph Pierre Bourdieu (1930-2002) sprach von „Benennungsmacht“, der Berliner Soziologe Steffen Mau unterstreicht bezüglich des Punktekontos das „kalte Charisma der Zahlen“. Diese hätten „eine gewisse Attraktivität, weil sie objektiv und neutral erscheinen“.

Am weitesten fortgeschritten, wenn auch nicht flächendeckend und vielfach noch in Pilot- und Testphasen, ist das

staatliche „Social Scoring“ in China. Wie die Nachrichtenseite „heise.de“ berichtet, erhalten die Einwohner von Fuzhou, einer Hafenstadt mit gut acht Millionen Einwohnern, Punktgutschriften beispielsweise für Blutspenden, die Übernahme von freiwilligen Diensten oder die Sorge für die Eltern. Verbreitet ist die positive Bewertung des Kaufs von Windeln, von der man sich eine Familienförderung verspricht. Gute Abschlüsse und qualifizierte Berufe sind von Vorteil, ebenso die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei.

Es sind Dammbrüche

Verhält man sich gesellschaftskonform und wie vom Staat erwünscht und sammelt eine entsprechend hohe Punktzahl, wird man belohnt. Angefangen von kostenloser Fahrradausleihe über besseren Zugang zu einem Kindergartenplatz bis hin zu einem höheren Gehalt. Ein niedriger Punktestand hingegen, beispielsweise wegen ausgebliebener Unterhaltszahlungen,

aber auch infolge von Kritik an der Regierung, kann zum Verlust des Arbeitsplatzes führen, zum Reiseverbot mit Schnellzügen und Flugzeugen oder zum Einfrieren des Bankkontos. Selbst Bürger, die sich mit Personen mit niedrigem Punktestand treffen, erhalten ihrerseits Punktabzüge. Privatwirtschaftliche und staatliche Systeme der Punktvergabe sind in China vielfach miteinander verbunden. Auch Unternehmen werden bewertet und erhalten dementsprechend Spielraum.

Dass diese Entwicklungen in der „Volksrepublik“ China stattfinden, die damit klar auf einen totalitären Weg einschwenkt, dürfte weniger erstaunen, als dass auch im „freien Westen“ bereits Anfänge eines staatlichen „Social Scoring“ auszumachen sind. So weist Soziologe Mau darauf hin, dass in Großbritannien in „kommunalen Kontexten“ Daten über „die Bibliotheksleihe und das Parkverhalten im öffentlichen Raum mit Informationen zu Steuerschulden oder Sozialleis-

tungsbezug zusammengeführt“ würden. Die Wiener Wochenzeitung „Falter“ berichtete Anfang 2020 über eine in der österreichischen Hauptstadt entwickelte App, „die klimafreundliches Verhalten mit Kulturgutscheinen belohnt“.

Und in diesem Sommer soll im italienischen Bologna eine „Smart Citizen Wallet“ eingeführt werden. Diese auf dem Smartphone installierte „Brieftasche“ („Wallet“) vermerkt positives Verhalten, das honoriert wird, die Teilnahme ist freiwillig. Dennoch handelt es sich um Dammbrüche. Die Bereitschaft, sich gegen Corona impfen zu lassen, war vielfach von der Aussicht auf – eigentlich in der Verfassung verbrieft – Freiheiten motiviert, nicht vom Bestreben einer Immunisierung. Dies lässt vermuten, dass wohl nur wenig Widerstand gegen umfassende „Social Scoring“-Systeme mit Belohnungsanreizen und Strafen für Verweigerer, gegen die bislang modernste Form der Sozialdisziplinierung, zu erwarten wäre.

KRISEN-PROFITEURE

Ein Turbo für die Grünen-Agenda

Preisschübe und Umbau der Wirtschaft: Viele schon lange verfolgte Ziele werden plötzlich als Folge des Ukrainekrieges verkauft

Im Interview mit dem großen US-Sender ABC sprach Samantha Power, die Chefin der Entwicklungshilfebehörde USAID, sehr offen aus, was hierzulande bislang noch kein großes Thema in der öffentlichen Diskussion ist. Angesprochen auf die Auswirkungen des Ukrainekrieges auf die globale Nahrungsmittellage wies die Behördenchefin auch auf die Knappheit von Düngemitteln hin.

Als Folge arbeite USAID nun mit Ländern an natürlichen Lösungen wie Stallmist und Kompost. Dies könne einen Umstellungsprozess beschleunigen, der letztendlich ohnehin im Interesse der Landwirte sei, so die Chefin der US-Entwicklungshilfebehörde.

Power hat damit offengelegt, was auch hierzulande insgeheim als Motto über vielen Sanktionsmaßnahmen gegen Russland stehen könnte. Faktisch verstärken und beschleunigen insbesondere die Energiesanktionen eine Entwicklung, die unter dem Etikett „Klimaschutz“ ohnehin von vielen Akteuren in der Politik angestrebt wird. Speziell bei den Grünen steht die möglichst zügige Verteuerung fossiler Energieträger in allen Lebensbereichen bereits seit Jahren auf dem Programm.

Faktisch laufen die nun angedachten Sanktionen, vor allem der freiwillige Verzicht auf relativ preiswerte russische Öl- und Gaslieferungen und der Rückgriff auf Lieferanten in den USA oder dem Nahen

Osten mit wesentlich höheren Preisen, auf eine Umsetzung der „Klimaziele“ im Schnelldurchlauf hinaus. Drastisch höhere Marktpreise für Gas, Benzin, Diesel, Heizöl und Flugkerosin werden Verbraucher und Unternehmen durch die Macht des Faktischen zwingen, den Verbrauch solcher Energieträger dauerhaft massiv einzuschränken.

US-Bürger durchschauen den Trick

Inzwischen ganz offen kommuniziert wird ebenso, dass die Sanktionen für die Deutschen mit dem Verlust von Wohlstand einhergingen. In einer bemerkenswerten Umdeutung des Begriffs Sanktionen räumte Grünen-Protagonist Robert

Habeck unlängst ein: „Wir werden uns aber natürlich selbst schaden. Das ist ja völlig klar. Der Sinn von Sanktionen ist, dass eine Gesellschaft, in diesem Fall die europäische Gesellschaft, Lasten trägt.“

Die Befürworter der Dekarbonisierung der Wirtschaft profitieren nicht nur von den hohen Energiepreisen, die sich innerhalb von Monaten und sogar noch vor dem Anlaufen der Energiesanktionen eingestellt haben. Derzeit besteht auch die Gelegenheit, die Sanktionen zu nutzen, um die negativen Begleiterscheinungen des Umbaus zur „Klimaneutralität“ als Folgen der russischen Invasion darzustellen. Bei den US-Amerikanern ist dies allerdings schwieriger als bei den Deutschen.

Bereits im April hatte Präsident Joe Biden versucht, die hohe Inflation in den USA als direkte Folge des Ukrainekrieges darzustellen. Medien wie die „Washington Post“ berichteten allerdings, dass die Amerikaner Biden die Darstellung vom „Putin Price Hike“ nicht abkaufen.

Bei einer aktuellen Umfrage des Senders NBC gaben nur sechs Prozent der Befragten an, sie machten Putin für die drastisch gestiegenen Energiekosten verantwortlich. Offenbar war vielen Verbrauchern in den USA noch gut in Erinnerung, dass die ersten großen Preissprünge bereits im vergangenen Herbst, Monate vor dem Ukrainekrieg, eingestetzt hatten.

Norman Hanert



EYDTKAU-KIBARTEN

Will Litauen Königsberg abwürgen?

Seit Wochen bilden sich kilometerlange Lkw-Staus an den Grenzen - Fahrer verärgert

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Der Ukrainekrieg wirkt sich auch auf die Lage im Königsberger Gebiet aus. Da die Exklave von EU-Nachbarn umschlossen liegt und sich nicht selbst versorgen kann, ist sie auf Importe und somit auf den Transit von Waren und Lebensmitteln über das Gebiet der Europäischen Union angewiesen. Politiker wie der Gouverneur Anton Alichanow versuchen, den Ernst der Lage herunterzuspielen. Teilweise gelingt auch tatsächlich der Ersatz durch einheimische Produkte – in erster Linie landwirtschaftliche –, aber das meiste muss eingeführt werden. Gerade beim Transit kommt es seit dem Ausbruch des Ukrainekriegs immer wieder zu Behinderungen. Bis zu 17 Kilometer lange Staus am Grenzübergang Eydtkau-Kibarten [Tscherenyschewskoje-Kybartai] melden Augenzeugen, die unendlich scheinende Lkw-Schlangen filmen und ins Netz stellen.

Obwohl Litauen sich verpflichtet hat, die Lieferwege ins Königsberger Gebiet offenzuhalten, kommt es seit Kriegsbeginn vermehrt zu Engpässen an den Grenzübergängen. Sowohl die Ein- als auch die Ausreise in die beziehungsweise aus der Exklave erfolgt nur schleppend. Am 4. Mai standen nach russischen Angaben 500 Lastwagen auf der litauischen Seite des Übergangs und warteten auf ihre Abfertigung, um ihre Fracht ins Königsberger Gebiet zu bringen. 193 Lkw sollen demnach in die Russische Föderation gefahren sein, und in umgekehrter Richtung passierten 192 Fahrzeuge den Zollkontrollpunkt.

Wenn das Warteterminal in Kirbaten zu voll ist, werden die Fahrzeuge in einer Warteschlange vor dem provisorischen Posten im 3,5 Kilometer vor Kibarten gelegenen Wirballen abgestellt und müssen darauf warten, von einem Sicher-



Kilometerlange Lkw-Schlangen: Vor dem Grenzübergang Eydtkau-Kibarten

Foto: imago images/ITAR-TASS

heitsbeamten zum Warteterminal vorge lassen zu werden.

Ein Grund für die Zunahme der Staus in Eydtkau-Kibarten ist die Sperrung der Königin-Luise-Brücke in Tilsit Ende April wegen Reparaturarbeiten sowie die Tatsache, dass der neue Grenzübergang Dubki, einer der modernsten seiner Art, der eine Riesenerleichterung im Transitverkehr bringen sollte, immer noch nicht in Betrieb genommen wurde, obwohl er auf russischer Seite laut offiziellen Angaben bereits seit 2020 fertiggestellt ist. Schäden durch Hochwasser auf der litauischen Seite hatten aufwendige Reparaturarbeiten notwendig gemacht.

Für die Lkw-Fahrer bedeutet dies nicht nur einen Umweg zum stark frequentierten Grenzübergang Eydtkau-Kibarten, sondern auch eine quälende Zeit

500

Lkw warteten Anfang Mai auf litauischer Seite auf ihre Abfertigung für die Einfahrt in die Königsberger Exklave.

des Wartens, in der jegliche Versorgung fehlt. Aktuell beträgt die Wartezeit bis zu 60 Stunden, eine Woche zuvor waren es noch 15 Stunden gewesen. Die Fahrer klagen über fehlende Toiletten ebenso wie über die Schwierigkeit, sich mit Lebensmitteln zu versorgen. Die Bankkarten der Russen funktionieren in Litauen wegen der verschärften Sanktionen nicht mehr,

und die meisten von ihnen verfügen nicht über genügend Euro.

In Eydtkau seien nur sechs Schalter an der Grenze geöffnet, obwohl doch durch die Grenzschießung in Tilsit genügend Personal vorhanden sein müsste, das einspringen könnte, um die Autos schneller abzufertigen, klagt ein Lkw-Fahrer. Außerdem könnte man dann die Pkw-Spuren für Lastwagen öffnen, da diese fast immer frei seien.

Zu Stockungen kommt es auch beim Fernverkehr an der weißrussisch-litauischen Grenze. Das weißrussische Grenzkomitee kritisiert, dass die litauische Seite die Vereinbarung nur zu einem Viertel bis zur Hälfte einhalte und die Abfertigung verzögere. Zudem arbeite der litauische Zoll am Wochenende nicht, was zu langen Warteschlangen führe.

ALLENSTEIN

Erweiterung der E-Mobilität mit Leihrädern

Mietstationen in drei Städten der Polnischen Republik – Die estnische Firma Bolt plant, den europäischen Markt zu erobern

Waren auf den Straßen von Allenstein bislang schon Elektromopeds und Elektroroller zu sehen, so gibt es seit Ende April ein weiteres Angebot der E-Mobilität. Die Firma Bolt, ein estnisches Unternehmen, setzt in drei Städten der Republik Polen elektrische Leihfahrräder ein. In Allenstein, Krakau und Bromberg sind sie bereits erhältlich. In diesem Jahr plant Bolt die Einführung von 16.000 Elektrofahrrädern in ganz Europa. Jedes Fahrrad ist mit einem funktionellen Display ausgestattet, auf dem der Benutzer Informationen über die Geschwindigkeit, den Ladestand der Batterie und die Geschwindigkeit abrufen kann.

16.000 E-Räder in ganz Europa

Die Benutzer können ihr Mobiltelefon mit dem kabellosen Ladegerät aufladen, das sich bequem am Lenker befindet. Darüber hinaus sind die Bolt-Elektrofahrräder mit einem hochpräzisen GPS-Sender ausgestattet, sodass die Benutzer den Abstellort des Fahrrades leicht finden können. „Wir freuen uns, dass wir gleich in drei

polnischen Städten Elektrofahrräder anbieten können. Auf diese Weise bieten wir

ihren Bewohnern eine neue Möglichkeit, sich schnell, bequem und umweltfreund-

lich in der Stadt zu bewegen. Dies ist unser nächster Schritt zur Förderung des Umstiegs vom privaten Pkw auf emissionsfreie Verkehrsmittel, der auch zur Verbesserung der Luftqualität in den Städten und zur Verringerung der Staus auf den Straßen beitragen wird“, so Valerii Romanov, Manager von Bolt in Polen.

Lange Lebensdauer der Akkus

Das eingeführte Elektrofahrradmodell hat eine Lebensdauer von bis zu fünf Jahren. Außerdem wurden die Fahrräder aus 100 Prozent recycelbarem Aluminium hergestellt, und die Verwendung eines austauschbaren Akkus im Fahrrad, der eine Reichweite von bis zu 90 Kilometern hat, senkt den CO₂-Fußabdruck der Fahrräder, da sie nicht so oft zum Aufladen in ein Lager gebracht werden müssen.

Die Bolt-Elektrofahrräder erreichen eine Geschwindigkeit von bis zu 20 Kilometern pro Stunde. Der Minutenpreis für die Fahrt beträgt umgerechnet zirka zehn Eurocent, und auch wenn dieser Preis nicht so niedrig erscheint, so muss

man doch anerkennen, dass angesichts der Energiekrise und der steigenden Treibstoffpreise eine Form des umweltfreundlichen Verkehrs entstanden ist.

Städter lassen das Auto stehen

Sowohl Motorroller als auch Elektrofahrräder, die über eine Mobiltelefon-App gemietet werden können, sind bei den Stadtbewohnern sehr beliebt. Die Menschen in Allenstein sind zunehmend bereit, ihr privates Auto in der Garage zu lassen und das öffentliche Verkehrsnetz zu nutzen.

Einerseits ist dies sicherlich auf den Anstieg der Kraftstoffpreise zurückzuführen, während der Preis für eine Bus- und Straßenbahnmonatskarte unverändert geblieben ist, andererseits besteht ein Problem darin, sich im städtischen Raum reibungslos zu bewegen, wo der Autoverkehr an vielen Stellen durch die laufenden Bauarbeiten im Zusammenhang mit der Verlängerung der Straßenbahnlinie behindert wird.

Dawid Kazański



Neu in Allenstein: Elektrische Mietfahrräder

Foto: D.K.

● MELDUNGEN

Finanzierung der Hilfe

Allenstein – Ende April fand im Allensteiner Woiwodschaftsamt eine Pressekonzferenz statt, bei der es um die Überweisung von Mitteln an die Kommunalverwaltungen durch die Regierung zur Unterstützung von Kriegsflüchtlings aus der Ukraine ging. Die Gelder zur Versorgung der ukrainischen Bürger werden den Lokalbehörden auf der Grundlage eines Sondergesetzes zur Unterstützung von Kriegsflüchtlings zur Verfügung gestellt. Der Woiwode von Ermland und Masuren, Artur Chojecki, teilte mit, dass bis zum 25. April 22.676 Sozialnummern an ukrainische Flüchtlinge in der Region vergeben worden seien. Das Woiwodschaftsamt hat den lokalen Gemeinden bisher fast sieben Millionen Euro für die Aufnahme von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. Über vier Millionen Euro wurden für Zahlungen an Personen bereitgestellt, die Flüchtlinge bei sich zu Hause aufgenommen haben, und zwar in Höhe von 8,50 Euro pro Tag der Flüchtlingshilfe. In den von der Woiwodschaftsbehörde betriebenen Sammelunterkünften seien noch über 2500 Unterkunftsplätze frei. D.K.

Übung mit Iskanderraketen

Königsberg – Bei einer Militärübung im Königsberger Gebiet wurden mehr als hundert Soldaten an 20 militärischen Ausrüstungsgegenständen trainiert. Die Besatzungen des Raketenystems Iskander simulierten einen Atomangriff auf feindliche Stellungen. Nach der Durchführung von elektronischen Abschussvorgängen übten sie auch, einem Vergeltungsschlag zu entgehen. Angehörige der Baltischen Flotte übten ferner den Umgang mit radioaktivem und chemischer Kontamination. MRK



ZUM 104. GEBURTSTAG

Brinkmann, Gisela, geb. **Pyritz**, aus Köslin, Heimatkreis Stettin, Pommersche Landsmannschaft, am 10. Mai

ZUM 102. GEBURTSTAG

Voss, Gertrud, aus Denkheim, Kreis Angerburg, am 17. Mai

ZUM 101. GEBURTSTAG

Ziamba, Elisabeth, geb. **Müller**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 18. Mai

ZUM 100. GEBURTSTAG

Bernitzki, Margarete, geb. **Jurzeniuk**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Sareik, Hilde, geb. **Niedzkowski**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 18. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Joneleit, Irmgard, geb. **Emmenthal**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 19. Mai
Schmidt, Elsbeth, geb. **Lange**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 18. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Achenbach, Werner, aus Ebenrode, am 18. Mai
Behnert, Margot, geb. **Scheffler**, aus Neidenburg, am 15. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Loh, Elsa, aus Keipern, Kreis Lyck, am 13. Mai
Rauch, Susanne, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 19. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Borgmeier, Gertrud, geb. **Wisotzki**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 14. Mai
Bruns, Erna, geb. **Wieberneit**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 17. Mai
Michaelis, Ursula, geb. **Berger**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 13. Mai

Wirth, Walter, aus Simnau, Kreis Mohrungen, am 17. Mai
Woggon, Ruth, geb. **Palluck**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Budesheim, Eva, geb. **Naschokin**, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 16. Mai
Heinius, Walter, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Katzsch, Ilse, geb. **Hantel**, aus Glandau, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Mai
Rogge, Else, geb. **Kannenberg**, aus Treuburg, am 16. Mai

ANZEIGE

Ostpreußentreffen vom 10.6 bis 12.6.2022 in Wolfsburg!
3 Tage Busfahrt inkl. 2 Übernachtungen und Halbpension. Ab: Wuppertal, Iserlohn, Unna, Hamm, Gütersloh, Bielefeld, Herford. Zum Ostpreußentreffen und Lüneburg ins Ostpr. Landesmuseum.
Information: Tel. 0176 2220 1847
E-Mail: info@scheer-reisen.de

Tuma, Elli, geb. **Rücklies**, aus Imten, Kreis Wehlau, am 14. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brost, Günter, aus Seubersdorf, Kreis Mohrungen, am 17. Mai
Jellonnek, Margarete, geb. **Sobolewski**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 19. Mai
Lasarzik, Helga, geb. **Murawski**, aus Lyck, am 19. Mai
Pantel, Anneliese, geb. **Mahnke**, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrungen, am 14. Mai
Pierlings, Luzie, geb. **Szielenkewitz**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Ratmann, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Scheffler, Ilse, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Schmid, Ruth, geb. **Nogga**, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 18. Mai
Wenig, Anne-Eva, geb. **Philipp**, aus Kirschnehhnen, Kreis Fischhausen, am 13. Mai
Wiesner, Ruth, geb. **Dormeyer**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 16. Mai

Woelk, Hertha, geb. **Oschlies**, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 15. Mai
Wotzke, Elisabeth, geb. **Orginowski**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 14. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Benter, Margot, geb. **Hoff**, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Blum, Christa, geb. **Wieczorrek**, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 15. Mai
Buttler, Gerda, geb. **Demski**, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 15. Mai
Christiansen, Doris, geb. **Mat-schulat**, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 16. Mai
Füseke, Elly, geb. **Dohmann**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 13. Mai
Oimann, Ursula, geb. **Prawdzik**, aus Lyck, Danziger Straße 18, am 17. Mai
Rentzsch, Hildegard, geb. **Henseleit**, aus Ebenrode, am 14. Mai
Rintelen, Anne, geb. **Stock**, aus Loppöhhnen, Kreis Fischhausen, am 18. Mai
Zniniewicz, Renate, geb. **Schwarz**, aus Kuppen, Kreis Mohrungen, am 17. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brockmann, Edith, geb. **Merchel**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. Mai
Dempke, Melitta, geb. **Döscher**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 14. Mai
Edler, Heinz, aus Sechshuben, Kreis Wehlau, am 15. Mai
Lassek, Hubert, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 19. Mai
Olbrisch, Waltraud, geb. **Grabusch**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 13. Mai
Riedel, Helga, geb. **Klein**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 17. Mai
Schuppenies, Helmut, aus Parnehhnen, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Sembritzki, Herbert, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Spannaus, Else, geb. **Koschorrek**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 14. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Arnold, Edith, geb. **Szybalski**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Fölsch, Charlotte, geb. **Wanagat**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 19. Mai
Janz, Bruno, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Lokowandt, Gerhard, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 15. Mai
Przetat, Otto, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 16. Mai
Ramm, Gerda, geb. **Aukthun**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Rogowski, Helmut, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 16. Mai
Steinert, Horst, aus Schodehnen, Kreis Mohrungen, am 15. Mai
Wachtel, Gundola, geb. **Schinz**, aus Ebenrode, am 14. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bergsch, Anna, geb. **Laniewski**, aus Saffronken, Kreis Neidenburg, am 17. Mai
Bernhard, Lydia, geb. **Rattay**, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 14. Mai
Beyer, Eva, geb. **Lange**, aus Sonnenborn, Kreis Mohrungen, am 16. Mai
Braam, Christel, geb. **Gorska**, aus Alt Petersdorf, Kreis Neidenburg, am 15. Mai
Braunsberg, Otto, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 15. Mai
Czypull, Gisela, geb. **Matz**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 14. Mai
Drewes, Ruth, geb. **Lask**, aus Maihof, Kreis Lyck, am 13. Mai
Karpinski, Kurt, aus Großrosen, Kreis Johannisburg, am 9. Mai
Klatt, Ingrid, geb. **Seidler**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 16. Mai
März, Frieda, geb. **Schröter**, aus Liebwalde, Kreis Mohrungen, am 18. Mai
Nitsch, Rudi, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 15. Mai
Rekowski, Erich, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 17. Mai
Seidensticker, Helmut, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 13. Mai
Semkat, Gerd, aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, am 13. Mai
Tubenthal, Barbara, geb. **Kirs-ten**, Kreis Treuburg, am 18. Mai
Weber, Liesbeth, geb. **Spohde**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 18. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bräuer, Kurt, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 17. Mai
Carlson, Erika, geb. **Sareyko**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 15. Mai
Katt, Gisela, geb. **Groß**, aus Lyck, am 19. Mai

ANZEIGE

60 Jahre Patenschaft der Stadt Wetzlar für das Ostdeutsche Lied

Auf Anregung des heimatvertriebenen Stadtverordneten Edgar Hobinka hat die Stadt Wetzlar im März 1962 eine Patenschaft für das Liedgut aus den ostdeutschen Vertreibungsgebieten übernommen. Auch heute nach 60 Jahren wird diese Patenschaft, deren Aufgabe es ist, diese Lieder vor der Vergessenheit zu bewahren, im Sinne des Initiators gepflegt. In Wetzlar entstand eine zentrale Auskunfts- und Sammelstelle für diese Lieder. Informationsblätter über die Tätigkeit der Patenschaftsstelle, deren Dienstleistungen unentgeltlich sind, können dort angefordert werden. Auch sind unter anderem zwei Liederbücher („Ostdeutsches Liederbuch“ und „Brücke zur Heimat“) sowie die Broschüre von Edgar Hobinka „In meinem Leben spielten Musik und Gesang eine wichtige Rolle“ zu je 5,00 Euro erhältlich.

STADT WETZLAR

Patenschaft der Stadt Wetzlar für das Ostdeutsche Lied

Hauser Gasse 17, 35578 Wetzlar
Telefon: 06441 99-1031
Fax: 06441 99-1034
E-Mail: ostdeutscheslied@wetzlar.de

Kirstein, Victor, aus Freiwalde, Kreis Mohrungen, am 14. Mai
Kowalewski, Arno, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, am 19. Mai
Safrin, Elfriede, aus Lyck, am 14. Mai
Samlinski, Siegfried, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 16. Mai
Sattler, Gerhard, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 19. Mai
Schlausch, Karin, geb. **Szesniak**, aus Willgaiten, Kreis Fischhausen, am 18. Mai
Sommerfeld, Astrid, geb. **Bartz**, aus Waltershausen, Kreis Neidenburg, am 15. Mai
Teske, Alfred, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 15. Mai
Weinreich, Lothar, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Mai
Willamowski, Kurt, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 18. Mai
Zukowska, Elzbieta, geb. **Bro-dowski**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 18. Mai

Reuter, Joachim, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 13. Mai

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Ostpreußisches Landesmuseum

Die Kabinettausstellung **„Königsberger Rot – Erinnerung-sarchäologie. Arbeiten von Frank Popp (1941-2020)“** läuft noch bis zum 7. August.

Das Begleitprogramm umfasst eine Lesung der Fundgeschichten von Frank Popp am 15. Juni, eine Kuratorenführung im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“ am 5. Juli sowie einen Kunstworkshop für Erwachsene und einen Theaterworkshop für Kinder. Weitere Informationen unter Internet: www.ol-ig.de.

Zusendungen für die Ausgabe 21/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 21/2022 (Erstverkaufstag 27. Mai) **bis spätestens Dienstag, den 17. Mai**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg
25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)
1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin

7. bis 9. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in

Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html



Internationaler Museumstag

Stade – Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a, 21680 Stade, von 11 Uhr bis 16.30 Uhr: Führung – Ausstellung – Bücherflohmarkt – Ostpreußenshop zum Internationalen Museumstag. Eintritt ist frei.

12. 30 Uhr: „75 Jahre Niedersachsen – Aus Fremde wird Heimat“, Ausstellungseröffnung mit Videoclip und Gesprächsrunde mit Annelies Trucewitz.

14.45 Uhr: Fotovortrag zu „Aus Fremde wird Heimat“ im Landkreis Stade, Fotopräsentation mit begleitenden Texten von Annelies und Gerhard Trucewitz.

Pandemiebedingt wird die Ausstellung „75 Jahre Niedersachsen – Aus Fremde wird Heimat“ erst in diesem Jahr gezeigt. Anhand von Schicksalswegen zweier Familien aus dem ostpreußischen Kreis Goldap – Herkunft-Ankunft-Zukunft – werden den

Besuchern die Nachkriegsjahre im Landkreis und der Stadt Stade anschaulich in Erinnerung gebracht. Zur Eröffnungsführung um 12.30 Uhr wird ein Videoclip „Aufgewachsen mit Flüchtlingen“ gezeigt, der Fotovortrag um 14.45 Uhr zeigt mit vielen privaten Fotos und einschlägigen Dokumenten wie „Aus Fremde Heimat wurde!“

Das Goldap Museum lädt zum Internationalen Museumstag ein.



Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

Preußische Tafelrunde Landesgruppe – Mittwoch, 25. Mai, 18 Uhr, Parkhotel Pforzheim, Deimlingstraße 36: 148. Preußischen Tafelrunde, die Landesgruppe Baden-Württemberg e.V. und die Landsmannschaft Ost- / Westpreußen Kreisgruppe Pforzheim/Enzkreis im BdV laden ein. Anmeldungen an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, E-Mail: uta.luettich@web.de



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Treffen Wiesbaden – Sonnabend, 21. Mai, 15 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden: Heimatnachmittag „Nun will der Lenz uns grüßen“, Gedichte, Geschichten und Gesang zur Maienzeit mit Kaffee und Kuchen. Bitte bis zum 17. Mai anmelden unter (0611) 373581, Helga Kukwa, oder (06122) 504583, Ilse Klausen.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Vortrag Holzminden – Freitag, 20. Mai: Vortrag über „Alt-Holzminden“, der Ort, der nach dem Krieg für viele neue Zukunft und Zuhause wurde.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhnke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Bericht und Termine Essen - In der Corona-Zeit haben nur ganz wenige Veranstaltungen unserer Gruppe stattgefunden, deshalb konnte die Jahreshauptversammlung auch erst in diesem Jahr im März stattfinden. Die Jahreshauptversammlung ist harmonisch verlaufen. Das Alter und der Tod haben die Gruppe auf 19 Mitglieder schrumpfen lassen. Bei den Wahlen hat es nur eine Veränderung gegeben. Sabine von Grumbkow wurde einstimmig zur

stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die finanzielle Situation unserer Gruppe ist zufriedenstellend. In diesem Jahr sind noch die folgenden Versammlungen geplant: Freitag, 20. Mai, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Wir singen Mai und Frühlingslieder und sehen Bilder von einer Hausbootfahrt auf den ostpreußischen Seen bis nach Steinort. Freitag, 17. Juni, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Der Vogel des Jahres „Der Wiedehopf“. Im Juli und August ist Sommerpause. Freitag, 16. September, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Wie haben Sie die Sommerpause erlebt? Was ist in der Welt geschehen? Freitag, 21. Oktober, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Erntedank. Freitag, 18 November, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Hier steht das Programm noch nicht fest. Freitag, 9. Dezember, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Advents- und Weihnachtsfeier mit Gänsebraten-Essen. Bitte notieren Sie sich diese Termine dick in Ihrem Kalender. Wir freuen uns auf Ihren Besuch. **Bernhard Kehren**

Jahrestreffen Gütersloh – Sonnabend, 11. Juni, CongressPark Wolfsburg: Jahrestreffen der Ostpreußen. Es wird eine Busfahrt organisiert. Preis 25 Euro, der Preis beinhaltet den Eintritt. Abfahrt ab 7 Uhr, es werden verschiedene Zustiegemöglichkeiten angeboten. Rückfahrt ist für 18 Uhr in Gütersloh geplant. Anmeldung und nähere Infos unter www.ostpreussen-guetersloh.de oder bei Herrn Block unter Telefon (05241) 34841.



Angerapp

Kreisvertreter: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Tel. (04102) 823300, Fax (04102) 4739608, Handy: (0151) 1846100, E-Mail@gmx.net

Jahrestreffen Handeloh/Nordheide – Sonnabend, 28. Mai, ab 10 Uhr, Hotel Fuchs, Hauptstraße 35: Jahrestreffen der Angerapper. Bitte melden Sie sich per gelber Anmeldekarte (im Heimatbrief vorhanden) oder telefonisch bei der Kreisvertreterin an, damit die Teilnehmerzahl für das Mittagessen kalkuliert werden kann. Eventuell gewünschte Hotelübernachtungen können direkt unter Telefon (04188) 414 mit dem Hinweis „Ostpreußentreffen“ erfolgen. Zu diesem Treffen laden wir Sie, Ihre Kinder, Enkelkinder und auch Gäste ganz herzlich ein. Wir freuen uns auf ein gesundes Wiedersehen nach so langer Zeit.



Ebenrode

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Mitgliederversammlung Kassel – Sonnabend, 21. Mai, 14 Uhr, Saal des Philipp-Scheidemann-Hauses, Holländische Straße 74, 34127 Kassel: ordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen). Der Vorstand lädt die Vereinsmitglieder herzlich mit folgender Tagesordnung ein: 1. Begrüßung, Protokoll, Beschlussfähigkeit, 2. Berichte der Vorstände, 3. Diskussion der Vorstandsberichte, 4. Kassenprüf-

richt und Antrag auf Entlastung des Vorstandes, 5. Neuwahlen des Vorstandes, 6. Verschiedenes. Am gleichen Tage und am gleichen Ort findet ab 10 Uhr das 300-jährige Stadtgründungsjubiläum in unserer Patenstadt Kassel statt. Wegen noch möglicher Pandemiebeschränkungen wird um Anmeldung bei Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, gebeten per E-Mail: gerhard.kuebart@gmail.com oder unter Telefon (05261) 88139. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen. *Gerhard Kuebart, Daniela Wiemer, Winfried Daunicht*



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, **Gst.:** Doris Biewald, Blümnierstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Museumstag Büdelsdorf – Sonntag, 15. Mai, 10 bis 17 Uhr, Heimatsube, Neue Dorfstraße 67 A (ehemalige Emil-Nolde-Schule), Büdelsdorf: Anlässlich des Internationalen Museumstages wird unsere neu eingerichtete Heimatsube den ganzen Tag für Besucher geöffnet sein. Von 10 bis 17 Uhr kann die Ausstellung mit Erinnerungsstücken, die auf der Flucht aus dem Kreis Gerdauen gerettet wurden, Dokumenten, Landkarten, Ortsmodellen und historischen Aufnahmen der Städte Gerdauen und Nordenburg sowie aller Kirchspiele des Kreises Gerdauen besichtigt werden. Zu sehen sind außerdem originale Haushaltsgeräte und -gegenstände vom Spinnrad über Tafelsilber und den ostpreußischen Paartopf bis hin zum Butterfass, darüber hinaus handgewebte Aussteuerware und originalgetreue Volkstrachten. Der Eintritt ist frei. Unsere Hei-

matstuben-Betreuer führen Sie gern durch die Ausstellung und stehen für Fragen und Anregungen zur Verfügung.



Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@do-kom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart:** Arnold Hesse, Am-selstraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Siegfried Dreher Die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil gratuliert Siegfried Dreher herzlichst zum 85. Geburtstag am 11. Mai. Seit Jahrzehnten ist er mit Herzblut für unsere Kreisgemeinschaft tätig. Bereits als Jugendlicher besuchte er mit seinen Eltern die Treffen der Kreisgemeinschaft und arbeitete schnell in verschiedenen Bereichen mit. Viele Jahre übte er leitende Funktionen in unserer Kreisgemeinschaft aus. 17 Jahre lang war er Kreisvertreter und lange Jahre Schriftleiter unseres Heimatblattes. Seine Frau Marlene stand dabei immer unterstützend an seiner Seite. Heute ist er Ehrenvorsitzender und Stadtvertreter von Zinten, seiner Heimatstadt, für die er sich nach wie vor besonders engagiert. Wir wünschen ihm alles Gute, vor allem Gesundheit und bauen weiterhin auf seinen Rat und seine

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

ANZEIGE

ANZEIGE

Dittchenbühne

Noch am 15. und am 22. dieses Monats jeweils ab 16 Uhr ist in der Dittchenbühne in Elmshorn bei Hamburg das neue Stück „... und die Großen lässt man laufen“ zu sehen. Es handelt sich dabei um eine Eigenproduktion, für die der erste Vorsitzende des

Vereins Forum Baltikum-Dittchenbühne verantwortlich zeichnet. Raimar Neufeldt führt auch Regie und spielt den General Halder. PAZ-Redakteur Manuel Ruoff hat sich das Stück angesehen und wird in der kommenden Ausgabe darüber berichten.

Forum Baltikum-Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de, Internet: www.dittchenbuehne.de

Auf nach Wolfsburg!

Ostpreußen aus allen Teilen Deutschlands und aus der Heimat werden am 11. Juni im CongressPark Wolfsburg zum Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen erwartet. Die Besucher können sich auf ein reichhaltiges und kurzweiliges Programm freuen.

Das Ostpreußentreffen beginnt mit einer Kranzniederlegung am Mahnmal für die deutschen Heimatvertriebenen auf dem Klieversberg. Der nur wenige Gehminuten von dem CongressPark errichtete 14 Meter hohe Obelisk gehört zu den beeindruckendsten Denkmälern für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung im gesamten Bundesgebiet.

Ab 10 Uhr beginnt das musikalische Vorprogramm mit der Siebenbürger Blaskapelle Wolfsburg. Es folgt die Festveranstaltung, die traditionell mit dem Glockengeläut des

Königsberger Domes und dem stimmungsvollen Einmarsch der Fahnen der ostpreußischen Kreise eröffnet wird. Das geistliche Wort übernimmt der aus Nidden gebürtige Pfarrer Manfred Schekahn und für die heimatverbliebenen Ostpreußen wird Heinrich Hoch, der Vorsitzende der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen, das Wort ergreifen. Höhepunkt des Vormittags ist die Ansprache des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Eine zweistündige Mittagspause schließt sich an, die zur kulinarischen Stärkung einlädt und Gelegenheit bietet, sich die Stände und Ausstellungen der Kreisgemeinschaften sowie der Aussteller im Foyer anzuschauen.

Der Nachmittag steht ganz im Zeichen der ostpreußischen Kultur. Auftreten werden auch die Volkstanzgruppe Saga aus

Bartenstein, der Chor Heide aus Heydekrug, eine Gesangsgruppe des Hermann-Sudermann-Gymnasiums aus Memel und der bekannte Heimatsänger BernStein, der durch das Programm führt.

Es gibt also viele Gründe, nach Wolfsburg zu kommen und der Öffentlichkeit gegenüber zu dokumentieren, dass die Ostpreußen auch 77 Jahre nach Flucht und Vertreibung eine vitale Gemeinschaft sind.

Karten können im Vorverkauf zum Preis von 10 Euro (Versand zusätzlich 1 Euro) bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: selke@ostpreussen.de und an der Tageskasse in Wolfsburg erworben werden. Aktuell gibt es seitens der Behörden oder durch den Veranstalter keine Corona-Auflagen.

Sonnabend, 11. Juni 2022
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Jahrestreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg

Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg

(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Zeitzeugen und Berichte gesucht

Der Autor des Buches „Rheinwiesen-Lager 1945-1948“ plant eine Ergänzung seines Buches. Durch weitere Recherchen und Rückmeldungen von Buchlesern musste er zur Kenntnis nehmen, dass es neben den 23 Rheinwiesen-Lagern noch viele sogenannte Politische Lager in den von den USA besetzten Zonen gab. Er hat bisher 101 solcher Lager bei weiteren Recherchen und seinen Vorträgen mit Buchlesern namentlich feststellen können. In diesen Lagern, die ebenso wie die Rheinwiesen-Lager auf Äckern und Wiesen mit Stacheldraht-Umzäunung bestanden, waren Frauen und Männer inhaftiert, die Mitglieder der NSDAP und deren Gliederungen waren oder politische Funktionen hatten. Dazu gehören auch Hitlerjungen, Rotkreuz-Schwestern und Telefonistinnen. Solche Lager gab es in in Ziegenhain (heute Trutzhain), Schwarzenborn, Neustadt, Marburg, Wildungen und Kassel.

Vor der Neuauflage der vierten erweiterten Ausgabe seines Buchs bittet er die Leser der PAZ um Hinweise auf mögliche weitere Lager per E-Mail: horstgoempel@gmx.de oder unter Telefon (06691) 21562.

Horst W. Gömpel

Der richtige Weg, anderen vom Tode eines lieben Menschen Kenntnis zu geben, ist eine Traueranzeige.

Preußische Allgemeine
Buchstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de

Der Tod ist das Tor zum Licht am Ende eines mühsam gewordenen Weges.
Franz von Assisi
Plötzlich und unerwartet verstarb mein Bruder
Rüdiger Sakuth
* 5. 3. 1939 † 22. 4. 2022
fernab seiner Heimat Ostpreußen/Memelland.

In liebevoller Erinnerung
Deine Schwester Karin
Alexander mit Dominique
Andrea mit Marvin und Elli
Mt. Tamborine, Australien

Alfred Wermke
* 14. 12. 1928 † 9. 4. 2022
in Stallupönen in Göttingen

Träger des Bundesverdienstkreuzes und der Goldenen Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen
Wir nahmen Abschied von unserem Ehrenvorsitzenden, der seit 1992 im Vorstand der LMO Gruppe Göttingen war. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Unsere Gedanken sind bei seiner Familie.

Dirk Harling i. Vorsitzender
Anorthe Nilson Kassenwartin



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Alfred Wermke
* 14. Dezember 1928 † 9. April 2022
in Stallupönen in Göttingen

Der Verstorbene war langjähriger Vorsitzender der örtlichen LO-Gruppe in Göttingen und Träger des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese
Stellv. Sprecher

Stephan Grigat
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister



Georg Baltrusch
* April 1933 † April 2022
Königsberg Travemünde

Wir trauern um unseren langjährigen stellvertretenden Vorsitzenden Georg Baltrusch.

Drei Legislaturperioden hindurch hat er sich im Landesverband der Ostpreußen in Schleswig-Holstein mit großem Engagement und viel Herz für seine Landsleute eingesetzt.

Wir haben mit ihm einen aufrechten Ostpreußen verloren. Georg Baltrusch hat sich um unsere Landsmannschaft verdient gemacht!

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Landsmannschaft der Ostpreußen e.V.
Landesgruppe Schleswig-Holstein
Edmund Ferner Dieter Wenskat
Hans-Albert Eckloff Heiko Wermke Edwin Falk

BDV-JAHRESEMPFANG

Ein „wichtiger Teil unserer Gesellschaft“

Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik hat einen festen Platz – Innenministerin Nancy Faeser beim Jahresempfang des BdV in Berlin

Es war der erste Besuch der im letzten Jahr neu ins Amt gekommenen Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, beim Bund der Vertriebenen (BdV) auf Bundesebene. Aber es war nicht der erste Kontakt mit dem BdV, wie sie zu Beginn ihrer Ansprache deutlich machte. Unverkrampt begrüßte sie die Vertreter des Landesverbandes Hessen, mit denen sie auch als Vorsitzende der hessischen SPD-Landtagsfraktion schon „viele gute Gespräche“ gehabt habe. Dass ihr vertriebenenpolitische und aussiedlerspezifische Probleme nicht neu sind, wurde im Verlauf ihrer Ansprache deutlich, in der sie viele aktuelle Probleme ansprach und dabei auch Lösungen aufzeigte.

Dank an Fabritius

Ihr Dank galt BdV-Präsident Bernd Fabritius für seine Leistungen als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten – ein Amt, das er von 2018 bis 2022 innehatte. Besonders hob sie sein Engagement für die Flüchtlinge aus der Ukraine hervor und machte deutlich, welche dramatischen Auswirkungen der Krieg für die deutsche Minderheit in der Ukraine hat. Die Ministerin verwies auf die „besondere Empathie und Hilfsbereitschaft“ der deutschen Heimatvertriebenen und dankte Fabritius und dem Verband für den Spendenaufruf „Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine“, die hier wie dort sehr geschätzt werde.

Die Ministerin nutzte die Gelegenheit, Fabritius' Nachfolgerin als Bundesbeauftragte, die Bundestagsabgeordnete Natalie Pawlik, vorzustellen, die seit dem 14. April mit dem Amt betraut ist. Pawlik wurde 1992 in Wostok in Russland geboren. Mit sechs Jahren kam sie gemeinsam mit ihrer Familie als Spätaussiedlerin nach Deutschland. Ihr politisches und gesellschaftliches Engagement in Hessen führte sie 2021 in die SPD-Bundestagsfraktion.



Schätzt die Arbeit des scheidenden BdV-Präsidenten: Nancy Faeser mit Bernd Fabritius

Foto: BdV/BILDKRAFTWERK

Der BdV, so die Ministerin, sei seit seiner Gründung in den 1950er Jahren „ein wichtiges Sprachrohr in die deutsche Politik“. Der BdV sei dabei nicht nur Träger der Erinnerung, sondern habe auch als Brückenbauer in Europa gewirkt. „Ihre Aussöhnungsleistung und kulturelle Spurensuche kommen der Gesellschaft als Ganzes zugute und deshalb herzlichen Dank für ihr Engagement“, so Faeser. Die Bundesregierung bekenne sich auch in Zukunft zur besonderen Bedeutung dieses Politikbereichs. „Für die Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik kann ich Ihnen versichern: Sie hat ihren festen und selbstverständlichen Platz in der Abteilung Heimat, Zusammenhalt und Demokratie, also in der gesellschaftspolitischen

Abteilung meines Hauses, und sie bildet auch einen besonderen Schwerpunkt in unserem Arbeitsbereich des gesellschaftlichen Zusammenhaltes“, so die Ministerin. „Der Bund der Vertriebenen und seine Landsmannschaften sind ein wichtiger Teil unserer Zivilgesellschaft und damit auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Denn ihre Arbeit umfasst mehr als nur die klassische Interessenvertretung der deutschen Vertriebenen, der Aussiedler und Spätaussiedler. Sie wirkt über die Aktivitäten ihrer Mitglieder in die Mitte unserer Gesellschaft hinein und damit ist es ein wesentlicher Teil unserer Heimatpolitik und wird deshalb weiterhin ein ganz fester Bestandteil unserer Arbeit bleiben.“

Faeser ging auch auf den geplanten Härtefallfonds im Rentenbereich ein und bekräftigte: „Die Bundesregierung will dabei helfen, die wahrgenommenen Härten und enttäuschten Erwartungen in der Alterssicherung von Spätaussiedlern und jüdischen Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion anzuerkennen und abzumildern“, so die Ministerin. „Wir werden deshalb den geplanten Härtefallfonds, mit dem Härten aus der Ost-West-Rentenüberleitung abgemildert werden sollen, auch für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler umsetzen.“

Zugleich erklärte die Ministerin, dass ein besonderes Bekenntnis der Bundesregierung zum kulturellen Erbe der deutschen Heimatvertriebenen und Spätaus-

siedler im Koalitionsvertrag enthalten sei. Archive, Museen und Bibliotheken würden mit 31 Millionen Euro jährlich gefördert. Der BdV werde institutionell für seine verständigungspolitischen Maßnahmen und seine Ausstellungstätigkeit gefördert, ebenso wie die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland eine Strukturförderung erhalte. Zudem gebe es eine substanzielle Förderung der etwa eine Million Menschen deutscher Abstammung in Mittel- und Osteuropa sowie im asiatischen Raum. Diese Förderungen sollen beibehalten werden. Auch vor diesem Hintergrund sei „die geplante Kürzung des Deutschunterrichts als Minderheitensprache in polnischen Schulen nicht zu akzeptieren“. Faeser versprach, sich dafür einzusetzen, dass diese rückgängig gemacht werde.

Erinnerung an Rentenproblematik

BdV-Präsident Fabritius brachte seine Freude zum Ausdruck, nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause die zahlreichen Gäste wieder zum Jahresempfang begrüßen zu können. In deren Anwesenheit benannte Fabritius die dringlichsten Probleme im Themenbereich der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler und appellierte an die Bundesregierung, sich dieser anzunehmen. Vor allem auf die Rentenproblematik und der sich ausweitenden Altersarmut der Betroffenen schaue der BdV „mit großer Sorge“. Der geplante Härtefallfonds für Spätaussiedler, für jüdische Zuwanderer sowie in der Rentenüberleitung müsse endlich beschlossen, aber gleichzeitig im Hinblick auf „vorhandene Unwuchten berichtigt und dann umgesetzt werden. Die schreienden Ungerechtigkeiten im Fremdenrentengesetz sind damit zwar noch immer nicht beseitigt, auf keinen Fall darf es – etwa durch Ausgrenzung der deutschen Aussiedler aus dem Härtefallfonds – zu weiteren derartigen Ungerechtigkeiten kommen“, so Fabritius. *PM BdV*

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Zerbrechliche Fügungen

Auf Umwegen ist Borowski-Glas an der deutsch-polnischen Schnittstelle angekommen

Bunte Geschöpfe, Vögel mit überdimensionalen Schnäbeln, Fische oder Chamäleons – die phantasievollen Skulpturen aus Glas sind weltbekannt. Namhafte Galerien, Sammlungen und Museen, darunter das „Corning Museum of Glass“ in New York, das wichtigste Glasmuseum der Welt, zeigen Borowski-Glaskunst.

Die mundgeblasenen Glaskulpturen finden Abnehmer in aller Welt. „Dieser Tage hatte ich einen Kunden aus dem Iran“, sagt Katarzyna Borowski, die in der Thomaswaldauer [Tomaszów Boleślawiecki] Glasmanufaktur Borowski-Studio bei Bunzlau für Kundenbetreuung und die Produktion verantwortlich ist. Die Germanistin aus Hirschberg [Jelenia Góra] ist mit dem Gründer des Borowski-Studios und Leiter der Glasmanufaktur Paweł Borowski verheiratet. Wenn es auch Borowski-Galerien in vielen deutschen Großstädten wie Düsseldorf oder Hamburg gibt, so wollte Katarzyna Borowski immer nach Görlitz.

Diesen Wunsch erfüllte ihre langjährige Freundin, die Laubanerin [Lubań Śląski] Katja Wasilewska. Am Muttertag öffnete sie in der Görlitzer Neißstraße 28 ihre Borowski-Galerie. „Es ist wie eine Fügung“, sagt Wasilewski, denn sie fand

im denkmalgeschützten Haus in der Görlitzer Altstadt ein Haus, das sich perfekt für eine Galerie eignet. „Das Haus verfügt auch über eine Küche, und so können wir neben Borowski-Kunst sogar warme Küche anbieten“, sagt die resolute Frau und ruft nach Iman, dem persischen Koch. Er teilt sich die Küche mit einer Polin, die ihm das Piroggenkochen beibringt. „Jedes Mal, wenn Iman die Füllung auf seine Art verfeinern wollte, bekam er auf die Pfoten“, lacht Katja, die letztendlich beschlossen hat, zweimal pro Woche Persische Küche anzubieten. So bevölkerten am Eröffnungstag Besucher bei Ghormeh Sabzi, einen iranischen Kräutereintopf mit Rindfleisch, oder dem veganen Kokoo Sabzi das Renaissancehaus mit seinem perfekt erhaltenen Holzgebälk und vor allem natürlich Borowski-Glas.

Den Grundstein der Borowski-Glaskunst legte der 1944 in Frankreich geborene Stanisław Borowski. Als Sohn eines Bergwerksarbeiters, der in Frankreich Arbeit fand, musste er sein zeichnerisches und plastisches Talent vor dem Vater verbergen.

Nachdem die Borowksis 1948 zurück ins Karpatenvorland gingen, machte Stanisław eine Lehre als Mechaniker. Mit



FOTO: WAGNER

Teilen ihre Eindrücke: Katja Wasilewska (Mitte), Katarzyna Borowski (rechts) und MDR-Radioredakteurin Peggy Wolter bei der Eröffnung der Borowski-Galerie in Görlitz

20 Jahren fand er Arbeit in der Glashütte Krosno im Karpatenvorland, wo er als Glasschleifer tätig war. Dort lernte er die verschiedenen Glasgestaltungstechniken kennen. Doch sein Talent konnte er erst in seiner eigenen Werkstatt, in der Garage seiner Tante, entfalten.

Seine künstlerische Ausrichtung entdeckte Borowski 1977 in Coburg beim ersten „Wettbewerb für Modernes Glas in Europa“. Dort knüpfte er Kontakte zu

deutschen Glaskünstlern und Galerien. Drei Jahre später sandte er seine Entwürfe dem weltweit größten Glasmuseum, dem New Yorker Corning Glasmuseum. Während die Welt der Glaskunst auf Borowski aufmerksam wurde, verschärfte sich die politische Lagen in Polen. Systemkritiker unter den Künstlern hatten es schwer, und so nutzte Borowski 1981 die Reisegenehmigung zum Glassymposium ins niederbayrische Frauenau, um in der

Bundesrepublik zu bleiben. 1987 zog die Familie Borowski nach Hennef. Dort richtete der Vater mit seinen beiden älteren Söhnen Paweł und Wiktor das „Glasstudio Borowski“ ein.

1992 wechselten die Borowskis erneut ihr Lebenszentrum, diesmal ins niederschlesische Thomaswaldau, wo Stanisław, Paweł und der jüngste Stani Jan eine Glasmanufaktur gründeten. Wiktor Borowski blieb in Deutschland und kümmert sich als Manager von Königswinter aus um das Familienunternehmen. „Es war wichtig, dass die neue Manufaktur nahe zur deutschen Grenze gelegen war. Bunzlau war auch für eine Zeit lang Station für Stanisław auf dem Weg von Frankreich nach Krosno. Er kannte die Gegend, und so fand er in Thomaswaldau ein passendes Gebäude für seine Glashütte“, so Katarzyna Borowski. Jetzt sind 26 Mitarbeiter in der Glashütte beschäftigt. Schwiegervater Stanisław (76) betreut engagiert Besucher. Katarzyna freut sich nun, Görlitz als einen Ort zu begreifen, an dem man sich an den Werken der Borowskis erfreuen und bei einem Gläschen Wein und persischer Küche nicht nur über die Glaswelt diskutieren kann.

Chris W. Wagner

MUZEUM TECHNIKI STETTIN

Stoewer – Technikpioniere einst in Stettin

Die Sammlung des Pommern Manfred Bauer ging 2019 von Hessen zurück in die Heimat

VON ERWIN ROSENTHAL

Die Stettiner Automarke Stoewer ist weitgehend in Vergessenheit geraten. Der gekrönte pommersche Greif als Kühlerfigur, jahrzehntelang Statussymbol einer sehr noblen Automobilmarke, ist nur noch in Museen oder bei Oldtimer-Rallies zu bewundern. Heute existieren noch zirka 240 Stoewer-Automobile.

dustriegeschichte überfordert. Bauer hat daher sieben Stoewer Automobile, acht Fahrräder, 90 Näh- und Schreibmaschinen sowie weitere 800 Stoewer-Exponate an jene – heute polnische Stadt – verkauft, in der vor 160 Jahren die Produktion der Stoewerschen Nähmaschinen, Fahrräder, Schreibmaschinen und etwas später auch der Automobile begann.

Stettins Stadtpräsident Piotr Krzystek begründete seine Kauf-Entscheidung so:

in ihre Pkw einen Vierzylindermotor und später einen Achtzylindermotor einbauen. Ein Höhepunkt war auch der im Jahr 1921 vorgestellte, von einem Sechszylinder Stoewer-Flugzeugmotor angetriebene Stoewer D7, zu dieser Zeit das anzugsstärkste Automobil Deutschlands. Mit einem Hubraum von elf Litern leistete der Motor 120 PS. Zu den bleibenden Leistungen der Stoewers gehörte auch die Einführung des Aluminium-Motorblocks, des Frontantriebs und der Schwingachse.

Dabei hatte alles klein angefangen. Der Gründer der Firma, Bernhard Stoewer (1834–1908), geboren im hinterpommerschen Pyritz, war gelernter Mechaniker und Büchsenmacher. Mit 24 Jahren gründete er in Stettin eine Feinmechanische Reparaturwerkstatt. Kurze Zeit später begann er mit der Produktion von Nähmaschinen nach dem System Singer. Die „Nähmaschinen-Fabrik und Eisengießerei Bernhard Stoewer“ war die zweite Nähmaschinenfabrik Deutschlands. Wurden im ersten Jahr nur drei Nähmaschinen ausgeliefert, waren es 1877 zweitausend, 1890 achtzehntausend und 1905 gar siebzigtausend. Ein Großteil der Maschinen ging in den Export.

Fahrräder und Nähmaschinen

1893 begann Bernhard Stoewer mit dem Bau von Qualitätsfahrrädern der Marke „Stoewer's Greif“. Im Jahre 1896 wandelte der Unternehmer das Stammwerk unter dem Namen „Nähmaschinen- und Fahrräder Fabrik Bernhard Stoewer“ in eine Aktiengesellschaft um. Ab 1903 wurden auch Schreibmaschinen produziert. Nach Stoewers Tod leiteten seine beiden Schwiegersöhne das Unternehmen. Als die Firma infolge der Weltwirtschaftskrise 1931 in Liquidation ging, waren insgesamt 1.868.500 Nähmaschinen, 310.000 Fahrräder und 134.600 Schreibmaschinen hergestellt worden.

Die Stoewerschen Patente nutzten fortan andere Firmen. Die Rheinmetall-Werke in Sömmerda in Thüringen übernahmen einen Teil der Schreibmaschinenproduktion, die Bielefelder Falter-Werke erwarben das Recht auf den Namen „Stoewer's Greif“ und produzierten bis 1999 Fahrräder unter diesem Namen.

Das Aus der Nähmaschinen-, Fahrrad- und Schreibmaschinenproduktion bedeutete aber nicht das Ende der Stettiner Firma Stoewer. Vielmehr fügte die Familie Stoewer der „Stadt im Grünen“ ein weiteres Juwel hinzu: Die Stoewer-Automobilproduktion. Stettin, zu dieser Zeit Hauptstadt der preußischen Provinz Pommern, war nach der Fertigstellung der Kaiserfahrt zum größten deutschen Ostseeha-

fen geworden. Der Hafen bildete aber nicht das einzige Standbein der boomenden Stadt. Die Stettiner Werft „Vulcan“ bot zu Beginn des 20. Jahrhunderts Arbeit für 7000 Menschen. Die Firma Stoewer mit ihren 1200 Mitarbeitern befand sich also in guter Gesellschaft.

Ab 1916 firmierte die neue Auto-schmiede unter dem Namen „Stoewer-Werke Aktiengesellschaft, vormals Gebrüder Stoewer“. Bereits im Jahre 1899 hatten die Söhne des Firmengründers, Bernhard Stoewer jun. und Emil Stoewer,

Stoewer trat nie auf dem Massenmarkt auf, war aber durch seine solide Finanzausstattung in der Lage, das große Sterben der Autohersteller während der Weltwirtschaftskrise zu überleben. Bernhard Stoewer Junior war bis 1920 Generaldirektor des Unternehmens und dessen Konstrukteur. Sein 1902 entwickeltes Automobil mit Vierzylinder-Motor zählte zu den ersten Pkw mit dieser Motorisierung in Deutschland.

1906 entwickelte Stoewer den ersten Sechszylinder-Motor. 1928 präsentierte er



Der erste deutsche Serienwagen mit Frontantrieb und Schwingachse: Der Stoewer V 5, ein Kleinwagen von 1931

Auch in Vorpommern gibt es Bemühungen, das Stoewersche Erbe zu erhalten. So hat das Pommersche Landesmuseum in Greifswald den Kühler eines Stoewer D 9 erworben, und in Eggesin gibt es seit 2006 eine Stoewerstraße.

Den Coup hat aber Stettin [Szczecin] gelandet! Die Stoewer-Sammlung von Manfred Bauer aus dem hessischen Wald-Michelbach ist im Jahr 2019 fast komplett nach Stettin gewechselt. Im früheren Stettiner Straßenbahndepot aus Kaiserzeiten wurde ihnen der gebührende Platz eingeräumt.

Der gebürtige Stettiner Bauer hatte sich im Jahr 2002 den Traum vom eigenen Oldtimermuseum erfüllt und in einem ehemaligen Bankgebäude das einzige Stoewer-Museum der Welt eröffnet. Offensichtlich sah sich jedoch das Land Hessen mit der Pflege der pommerschen In-

„Stoewer kommt nach Hause zurück. Einen besseren Ort auf der Welt zur Ausstellung dieser Marke gibt es nicht. Aus Stettiner Sicht ist diese Sammlung von unschätzbarem Wert. In Stettin produzierte Automobile – das ist schon was. Mercedes hat von Stoewer gelernt, und BMW produzierte die ersten Fahrzeuge erst über 20 Jahre später.“

Technische Innovationen

Und in der Tat ragte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der drittälteste deutsche Automobilhersteller Stoewer (nach Benz und Daimler) unter den mehr als 200 deutschen Automobilbauern als kleine, aber sehr feine und vielleicht innovativste Marke heraus. Das Unternehmen war im Wortsinn ein Hort technischer Innovationen. So gehörten die Gebrüder Stoewer zu den ersten in Deutschland, die



Auch Boxweltmeister Max Schmeling fuhr Stoewer: Der Stoewer Sedina, eine elegante Limousine der oberen Mittelklasse, gebaut ab 1937

Fotos: Rosenthal (2)

mit der Produktion von Automobilen begonnen. Das vom Vater übernommene Eisenwerk hieß „Gebrüder Stoewer, Fabrik für Motorfahrzeuge“. Noch im gleichen Jahr wurde das erste Modell, der Große Stoewer Motorwagen, vorgestellt.

Innovationen im Fahrzeug-Sektor

Völlig zu Recht zählen die Gebrüder Stoewer damit zu den Pionieren des Autobaus in Deutschland. Lediglich der Benz Patent-Motorwagen und die Motor-kutsche von Gottlieb Daimler entstanden vor dem Stoewerschen Motorwagen.

In den 1920er Jahren spezialisierte sich das Unternehmen auf die Produktion kleiner Serien hochwertiger und sportlicher Luxuswagen, die auf Augenhöhe mit den Marken Horch und Mercedes standen. Auch der Boxweltmeister Max Schmeling, dessen Geburtsort im heutigen Landkreis Greifswald liegt, fuhr einen „Stoewer“. Und: Bei mehr als 70 Autoren in Europa, Afrika und Australien war man überaus erfolgreich.

zwei moderne Achtzylinder-Motoren und 1930 mit dem Stoewer V 5, den ersten in Serie gefertigten Kleinwagen mit Vorderradantrieb, der auch als „Volkswagen“ bezeichnet wurde. Die Produktionspalette beschränkte sich jedoch nicht auf Pkw. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden auch Lastkraftwagen, Omnibusse und Traktoren gebaut.

Ab Mitte der 1930er Jahre produzierte Stoewer für die Wehrmacht den Einheits-Pkw (LEPKW) mit Allradantrieb. Mit 11.000 Wagen wurde er zum meistgebauten Stoewer-Fahrzeug. Als Lizenzbau stellte ihn auch das BMW-Werk Eisenach als BMW 325 sowie Hanomag in Hannover (Hanomag 20 B) her.

Nach Kriegsende wurden die Werksanlagen demontiert und in die UdSSR verbracht. Auch der Große Motorwagen, der den Ausgangspunkt aller Stoewer-Automobile bildete, nahm diesen Weg. Das einzige erhaltene Exemplar des Fahrzeuges kann heute im Polytechnischen Museum in Moskau bewundert werden.

VORANKÜNDIGUNG

Abendmahlskelch aus Naugard

700 Jahre altes Zeugnis des Glaubens als Leihgabe ins Pommersche Landesmuseum Greifswald

Der Kirchenkreisrat (KKR) des Pommerschen Evangelischen Kirchenkreises (PEK) hat in seiner jüngsten Sitzung, die im „Haus der Stille“ in Weitenhagen bei Greifswald sowie per Videokonferenz stattfand, beschlossen, dem Pommerschen Landesmuseum einen wertvollen mittelalterlichen Abendmahlskelch als Leihgabe für Ausstellungen zur Verfügung zu stellen.

Der Kelch und die dazugehörige Patene, die Hostienschale, kamen während der Fluchtbewegungen Ende des Zweiten Weltkriegs aus dem hinterpommerschen

Naugard nach Greifswald und befanden sich seitdem wenig beachtet in einem Tresor. Eine aktuelle Expertise bescheinigt den Ursprung sowie die aufsehererregende Datierung in die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts.

Vorbehaltlich der Genehmigung durch das Landeskirchenamt sollen nun gemeinsam mit den Fachpersonen der Nordkirche die vertraglichen Voraussetzungen geschaffen werden, um dieses besondere Zeugnis des christlichen Glaubens, der pommerschen Geschichte und der mittelalterlichen Kunstfertigkeit ei-



FOTO: PEK'S KÜHL

ner breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wie der Vorsitzende des Kirchenkreisrats, Propst Gerd Panknin, mitteilte, geht die Idee, diese kostbaren liturgischen Geräte als Leihgabe dem Landesmuseum zur Verfügung zu stellen, auf einen Vorschlag von Bischof Tilman Jeremias zurück. Die Kirchenkreisratsmitglieder legten in ihrem Beschluss fest, dass

Der 700 Jahre alte Abendmahlskelch aus Naugard geht als Leihgabe an das Pommersche Landesmuseum

der Pommersche Evangelische Kirchenkreis und der Bischof im Sprengel auch künftig Zugang zu diesem Kelch haben sollen, um ihn entsprechend seiner eigentlichen Zweckbestimmung als Abendmahlskelch nutzen zu können.

Das Pommersche Landesmuseum in Greifswald freut sich nach eigenen Angaben sehr auf die Leihgabe. Die Details sind derzeit noch in der Abstimmung, auf Anfrage kann noch kein genaues Datum genannt werden, zu welchem Anlass der Kelch präsentiert werden wird. Man darf gespannt sein.

PEK (cme)

„Voll den Nagel auf den Kopf getroffen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Wer – wie die PAZ – die Wanderungen an der pommerschen Ostsee in wohlgeformten Worten zu Papier bringen kann, der sei bedankt, da sie immer wieder gerne zu lesen sind“

Gerda Friz, Steinhagen

zum Thema: Der sagenumwobene Jordansee (Nr. 16)



Ausgabe Nr. 17

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VOLL GESELLSCHAFTSRELEVANT ZU: DER UNVOLLENDETE (NR. 17)

Auch ich gehörte als Studentin zu den Verblendeten, die damals Vorlesungen und Seminare zur Romantik boykottierten. „Nicht gesellschaftsrelevant“, lautete die Parole in der linken Studentenschaft. Das ging so weit, dass einzelne K-Gruppen sogar Veranstaltungen zur Romantik störten. Heute schäme ich mich für mein Verhalten. Und dieses um so mehr nach Ihrem wunderbaren Artikel über Novalis, der auf brillante Weise deutlich macht, wie gesellschaftsrelevant und revolutionär die (Früh-)Romantiker tatsächlich waren. Wer deren Werke nicht liest, bringt sich selbst um weitsichtige Erkenntnisse und Erlebnisse. *Veronika Diehl, Tübingen*

DIE PAZ IST MIR DAS WERT ZUM WOCHENRÜCKBLICK: OLAFS LEERE TRICKKISTE (NR. 16)

Wenn jemand vom Tuten und Blasen keine Ahnung hat, dann ist er wirklich inkompetent, total ahnungslos oder beides gleichzeitig. Dieser Person bleibt naturgemäß gar nichts anderes übrig, als genau nun das zu machen, wovon er eben die „größte Nullahnung“ hat. Doch leider geht dieses Menschenkind auch manchmal in die Politik.

Falls dieser Politiker besonders inkompetent sein sollte, dann findet sich dieser Ahnungslose ratzfatz in einem Amt als Bundesminister wieder. Dieser Frischlings-Minister gibt in und vor aller Öffentlichkeit an, sich sofort in die Arbeit stürzen zu wollen, und schon hat sein „untergebenes Wahlvolk“ ein klitzekleines Problem. Nur, das dürfte wiederum diesen Menschen wahrscheinlich nicht die Bohne interessieren!

Ich kaufe mir die PAZ jede Woche im Zeitschriftenladen im Nürnberger Hauptbahnhof. Schon alleine „Der Wochenrückblick“ ist mir die 3,40 Euro wert.

Ihre schonungslose Generalabrechnung mit „Olaf(hustet) und seiner leeren Trickkiste“, da haben Sie alles, was auch

mir „unter den Nägeln brennt“, angesprochen. Die restlichen „Mitmach-Medien“, würden solch eine Story nie im Leben, das heißt, nie und nimmer publizieren. Sie haben voll den Nagel auf den Kopf getroffen. Meinen herzlichen Dank dafür!

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

NATO-STAA TEN VS. RUSSLAND ZU: IN EIGENER SACHE – DIE PAZ UND PUTINS KRIEG (NR. 16)

Der Bezug auf Aktivitäten der NATO ist eine mühsame Flickschusterei. Die NATO ist ein Zweckbündnis für zumeist souveräne Mitgliedstaaten. Sie hat eine Satzung, keine Verfassung. Die Ukraine ist kein Mitglied, und trotzdem wenden die NATO-Staaten derzeit die gemäß Artikel 4 und 5 der Satzung vorgesehenen Maßnahmen für einen Krieg gegen ein Mitglied direkt oder „über Dritte“ an. Ein Wunder, dass Russland bisher keinen Krieg gegen die NATO führt.

An der Osterweiterung und dem Krieg in der Ukraine lässt sich musterhaft darstellen, welchen Wert Vereinbarungen mit den USA haben, wenn es darum geht, auf dem Weg zur Weltherrschaft voranzukommen – und wie viel Hirn, Herz und Rückgrat ihre Bündnispartner haben dürfen. Was der Westen für die USA praktiziert, ist weder durch das Völkerrecht noch irgendein Menschenrecht gedeckt.

Nicht nur die Deutschen sind durch den Zweiten Weltkrieg hart getroffen worden und leiden heute noch an den Folgen. *Manfred Voss, Oldendorf*

MERKEL BLEIBT UNFEHLBAR ZU: NICHT EINMAL ANGELA MERKEL ERGREIFT NOCH PARTEI FÜR ANGELA MERKEL (NR. 16)

Die deutsche Politik hat in den vergangenen Jahren im Umgang mit Putin teilweise schwere Fehler begangen. Den wirtschaftlichen Interessen wurde die geopolitische Sicherheit untergeordnet. Es begann im Jahre 2008, als insbesondere auf

Betreiben der Bundeskanzlerin a. D. Angela Merkel der NATO-Beitritt der Ukraine verhindert wurde. Dem „lupenreinen Demokraten“ Putin wollte man die Stationierung von NATO-Truppen vor der eigenen Haustür nicht zumuten.

Ich bezweifle, dass Putin es gewagt hätte, die Ukraine 2014 und 2022 anzugreifen, wenn diese seitdem unter dem Schuttschirm der NATO gestanden hätte. Obwohl Putin spätestens mit dem Überfall auf die Krim im Jahr 2014 seine Maske fallen ließ, hat Merkel als Regierungschefin den Bau der Gas-Pipeline Nord Stream 2 kurz darauf durchgewunken und damit die Abhängigkeit Deutschlands vom russischen Gas zementiert.

Sie begründete ihre Entscheidung damit, dass es sich um ein „rein wirtschaftliches Projekt“ handle. Diese Aussage löste bei den EU-Partnern und den USA Kopfschütteln aus.

Da der Ruf und das Image der ehemals „mächtigsten Frau der Welt“ unbedingt geschützt und vehement verteidigt werden muss, hat man sich für die Öffentlichkeit diverse „Bauernopfer“ auserkoren. Die da wären: Gerhard Schröder, Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und allen voran Manuela Schwesig. Seltsamerweise alles Politiker der SPD, obwohl die SPD von 2005 bis 2021 nicht den Regierungschef stellte.

Keine Frage, Schwesigs Rückzug aus der Politik ist überfällig. Aber man kann ihr zugutehalten, dass sie in redlicher Absicht handelte. Denn ein Projekt, dass die „mächtigste und beliebteste Politikerin“ gutheißt, gilt es schließlich zu fördern.

Wer möchte sich da schon ausschließen, zumal damals eine überwältigende Mehrheit der Bürger Kanzlerin Merkel als ihre „Mutti“ auserkoren hatte und Kritik an ihr gesellschaftlich verpönt war. So et was nennt man in der Umgangssprache „Herdentrieb“.

Die große Abhängigkeit vom russischen Gas hätte vermieden werden können, wenn man bereits vor elf Jahren, als der Beschluss gefasst wurde, aus der Kernenergie auszusteigen, konsequent in den Ausbau der Erneuerbaren Energien

investiert hätte. Dieser wäre jedoch zwangsläufig mit höheren Energiekosten für die Bürger verbunden gewesen.

Stattdessen hat man sich von politischer Seite vom Gift des billigen russischen Gases abhängig gemacht und Putin Milliarden Euro in den Rachen geschoben, mit denen er seine hochmoderne Kriegsmaschinerie finanzieren konnte.

Alfred Kastner, Weiden

DAS ERWACHEN WIRD KOMMEN ZU: „WIND IST EINE BEGRENZTE RESSOURCE“ (NR. 16)

Ob die alte Regierung oder die jetzige, eines trifft in jedem Fall zu: erst Handeln und dann (wenn überhaupt) überlegen, ob etwas geändert werden muss. Das ist aber eine Vorgehensweise, die nicht nur für die Energiepolitik zutrifft. Die Entscheidung im Jahr 2011 von Angela Merkel war ein Fehler genauso wie die Schließung der Kohlekraftwerke im „Hauruck-Verfahren“. Es gibt europäische Länder, die offen darüber kommunizieren, dass es Stromausfälle geben kann. In Deutschland ist auch das anders.

Hier wird verschämt in der hintersten Ecke einer Zeitung so etwas erwähnt. Dann heißt es da weiter, dass man Strom aus anderen europäischen Nachbarländern zukaufen musste (wie von den so verhassten Atomkraftwerken). Da reiben sich mit Sicherheit einige die Hände. Aber das ist wie mit der Milch. Da gibt es Menschen in Deutschland, die auf die Frage, wo die Milch herkommt, mit „aus dem Supermarkt“ antworten, und der Strom kommt eben aus der Steckdose.

Alles, was mit der Entsorgung von E-Schrott zu tun hat, wird und wurde in unserem Land völlig ausgeblendet (zumindest von der Politik). Deutschland hat gewählt und das (Kosten-)Erwachen wird ganz schnell kommen. Dann wird der Strom aus der Steckdose noch teurer werden als er ohnehin schon ist. Aber in Deutschland muss man sich natürlich auch darin „meisterlich“ verhalten.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

ANZEIGE

Wo Ihre Wertsachen gut aufgehoben sind

■ Wohin mit den Ersparnissen in diesen Zeiten? In Sachwerte investieren? Eine gute Idee. Aber wie finde ich die seriösesten Händler und wo kann ich die Wertsachen sicher aufbewahren? Dieser neue Ratgeber gibt Ihnen wertvolle Tipps.

Die Bedrohung durch Inflation, Strafzinsen und Währungskatastrophen

Die Inflation explodiert. Und immer mehr Banken berechnen ihren Kunden Strafzinsen für Kontoguthaben. Wo bei die Grenze, ab der dieses »Verwarentgelt« berechnet wird, immer weiter sinkt. Wer das nicht akzeptiert, dem drohen Banken schon mal dreist mit der Kontokündigung.

Sachwerte: Was kaufen? Wo und wie lagern?

Immer mehr Sparer und Anleger investieren daher in inflationsgeschützte Sachwerte – vor allem in Edelmetalle, Edelsteine, Schmuck und Uhren. Doch wohin mit den kostbaren Stücken? Selbst der widerstandsfähigste Tresor bei Ihnen zu Hause schützt Ihre Schätze nicht, wenn brutale Einbrecher Sie mit der Waffe bedrohen und zum Öffnen des Panzerschranks zwingen.

Das praxiserprobte Sicherheitskonzept für Ihre Wertsachen

Bleibt als Alternative ein Wertschließfach bei Ihrer Bank. Doch seit die Geldinstitute aus Kostengründen eine Filiale nach der anderen schließen, werden die Wertschließ-

fächer knapp. Viele Banken führen bereits lange Wartelisten. Zudem haben sie einen weiteren großen Nachteil.

Die schlimmsten Fehler vermeiden

Der Ausweg: bankenunabhängige Wertschließfächer – gut geschützt und bestens versichert.

Alles, was Sie wissen müssen, um Ihre Wertsachen optimal aufzubewahren, verrät Ihnen der Wirtschaftsjournalist Michael Brückner in dieser Neuerscheinung.

Erfahren Sie in diesem praxisnahen und aktuellen Ratgeber:

- Wie Sie Wertsachen, Dokumente, Bargeld und Schmuck sicher aufbewahren
- Welche Verstecke die größten Risiken bergen
- Was Tresore wirklich taugen
- Welche Alternativen es für Bankschließfächer gibt

Gehen Sie auf Nummer sicher und profitieren Sie von diesem praxiserprobten Sicherheitskonzept.

Michael Brückner: In Sachwerte investieren und diese sicher aufbewahren • gebunden • 159 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 985 400 • 14,99 €

Damit Sie in Ruhe schlafen können!



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

LAIENSCHAUSPIEL

Das ganze Dorf ist Jesus

Mit zweijähriger Verspätung führen die Oberammergauer ihre neuen Passionsspiele auf – Der Regisseur stammt selbst aus dem Ort

VON VEIT-MARIO THIEDE

Nach zweijähriger Unterbrechung probt der Passionsspielleiter Christian Stückl wieder mit mehreren Hundert Kindern und Erwachsenen den Einzugs Jesu in Jerusalem. Damals stand er auf einem Tisch, um die Massen zu dirigieren. Heute aber ist er auf der großen Freilichtbühne rastlos unterwegs. Er spielt vor und spricht mit, feuert an und peitscht ein.

Damals verhinderte die Corona-Pandemie die 42. Spielzeit der seit 1634 aufgeführten Passionsspiele. Nun aber sind alle Beteiligten zuversichtlich, dass „der“ Passion, wie der Oberammergauer sagt, über die Bühne gehen wird. Vom 14. Mai bis 2. Oktober sind 103 Aufführungen vorgesehen, zu denen 450.000 Besucher aus aller Welt erwartet werden.

Hat die Corona-Pandemie Einfluss auf Stückls Aufführungskonzept? Er antwortet: „Jesus wird durch Corona doch kein anderer.“ Stückl leitet die alle zehn Jahre aufgeführten Passionsspiele zum vierten Mal. Er will Jesus im Vergleich zu den vorangegangenen Spielzeiten „weniger aufs Theologische als viel mehr aufs Soziale und Ethische bringen“. Jesus tritt in dem römischen Palästina auf, in dem das Volk Israel unterdrückt und ausgebeutet wird. In dieser Welt fordert Jesus dazu auf, Hass und Gegenhass, Gewalt und Gegengewalt aufzugeben. Seine ersten Worte auf der Bühne lauten: „Kommt zu mir, die ihr mühselig und beladen seid! Kommt, die ihr geschwächt seid von der Last des Unglücks und des Kummers!“

Der in Oberammergau geborene Stückl ist Theaterprofi. Der Intendant des Münchner Volkstheaters hat als Gastregisseur Theater- und Operninszenierungen an der Staatsoper Hamburg, dem Wiener Burgtheater, dem Schauspielhaus Zürich und vielen anderen renommierten Spielstätten geleitet. Regie führte er auch bei der Eröffnungsfeier der Fußballweltmeisterschaft 2006 in München. Und was



Muss ein schweres Kreuz auf sich nehmen: Jesus (Frederik Mayet) in Christian Stückls Inszenierung

Foto: Imago/Oryk Haist

er nun mit etwa der Hälfte der 5000 Oberammergauer zur Aufführung bringt, ist alles andere als ein Laienschauspiel. Denn „wir sind alle mit dem Passionsspiel aufgewachsen“, wie Stückl sagt.

Spielberechtigt sind alle in Oberammergau wohnenden Kinder sowie alle Erwachsenen, die in dem 5400 Einwohner zählenden Ort geboren sind oder in ihm seit mindestens 20 Jahren leben. Als Teilnehmer gelten neben den Schauspielern, Sängern und Musikern ebenso die Oberammergauer, die etwa als Näherin, Platzanweiser oder auf andere Weise vor oder hinter der Bühne ihren Dienst tun.

Bühnenauftritte haben diesmal etwa 500 Kinder und 1500 Erwachsene, unter denen eine Dame mit 97 Jahren den Altersrekord aufstellt. Um die am besten ge-

eigneten Leute für die 20 doppelt besetzten Hauptrollen zu finden, unterzieht Stückl seine Mitbürger einem „Dauercasting“. Ob da einer – wie es früher obligatorisch war – katholisch ist, spielt dabei keine Rolle mehr. Unter den genannten Voraussetzungen sind alle Gemeindemitglieder spielberechtigt, ob christlichen, muslimischen, sonstigen oder keines Glaubens. Und so gibt der Muslim Cengiz Görür den „Judas“, weil Stückl ihn als guten Schauspieler schätzt. Eines aber dauert der Spielleiter: „Was schade ist, wir haben keinen Juden.“

„Lebende Bilder“ aus der Bibel

„Der“ Passion – wie man hier sagt – hat eine durch eine dreistündige Pause unterbrochene Spieldauer von fünf Stunden.

Farbenfrohe „lebende Bilder“, die im Alten Testament geschilderte Ereignisse mit Hilfe von Kulissen und für einige Minuten bewegungslos bleibende Darsteller vorführen, wechseln mit szenischen Vorstellungen aus den letzten Erdentagen Jesu, die wegen der Kostüme der Schauspieler in gedämpften blaugrauen, braunen und beigen Tönen daherkommen.

Auf das „lebende Bild“ der „Vertreibung aus dem Paradies“ etwa folgt „Jesu Einzug in Jerusalem“. Stückl lässt ihn von zahlreichen Salven des Freudenrufes „Hosianna!“ begleiten, den Judas oder Petrus anstimmen und den das Volk wie Donnerhall erwidert. Damit alle Besucher im Bilde sind, führen vor Spielbeginn Mitwirkende in das mit der Auferstehung endende Geschehen ein.

In der katholischen Pfarrkirche begegnet man den ältesten Zeugnissen der Oberammergauer Passionsspiele. Den Mittelpunkt des Kreuzaltars bildet der Christus-Korpus, vor dem die Gemeindevorsteher 1633 das Passionsgelübde ablegten. Mit ihm versprach die Gemeinde, alle zehn Jahre das Spiel von Leiden, Sterben und Auferstehung des Herrn aufzuführen, falls die Einwohner fortan von der Pest verschont bleiben. Das geschah – und so fanden 1634 die ersten Spiele statt.

Der Wechsel auf volle Zehnerjahre erfolgte 1680. Das historische Sterbebuch, in dem Oberammergau für die Jahre 1632 und 1633 die ungewöhnlich hohe Zahl von 84 Toten zu beklagen hatte, gilt als „Gründungsurkunde der Passionsspiele“. Während der Spielzeit ist es neben dem Kreuzaltar ausgestellt.

Bis 1820 fanden die Passionsspiele auf dem Friedhof neben der Kirche statt. Ältestes Requisit aus dieser Zeit ist der Abendmahlstisch. Er wird inzwischen im Oberammergau-Museum aufbewahrt, wo eine Begleitausstellung zu den Passionsspielen läuft: „(Im)Materiell – Stoff, Körper, Passion.“ Große Teile der Fassade des Museums sind bereits mit Platten verkleidet, auf die Volksgewänder der Passionsspiele 2000 und 2010 kaschiert sind. Sie machen neugierig auf das für die Sonderschau umgestaltete Innenleben des kulturhistorischen Museums, das zu den schönsten Bayerns gehört.

Jeder Besucher der Begleitausstellung bekommt zum Abschied ein kleines Stück Stoff der alten Volksgewänder mit aufgestempeltem Palmzweig – und erhält so eine dauerhafte Verbindung zu den Oberammergauer Passionsspielen.

● Oberammergauer Passionsspiele

14. Mai bis 2. Oktober, Karten: www.passionsspiele-oberammergau.de. Kirchliches Begleitprogramm: www.pfarrverband-oberammergau.de und www.oberammergau-evangelisch.de. Die Sonderschau im Oberammergau-Museum läuft bis zum 16. Oktober, Eintritt, 3,50 Euro: www.oberammergaumuseum.de

SCHLOSSGESCHICHTE

Im Weinberg des Herrn Lehrers

Im heutigen Erlebnisweingut Schloss Wackerbarth bei Radebeul wirkte einst der vor 200 Jahren gestorbene Pädagoge Carl Lang

Schloss Wackerbarth bei Radebeul ist vielen Wein- und Sektliebhabern ein Begriff. Das Barockschloss ist heute Sitz des Sächsischen Staatsweingutes und hat eine bewegte Geschichte. Sie reicht von Generalfeldmarschall und Reichsgraf Christoph August von Wackerbarth, der unter August dem Starken als Kabinettsminister fungierte, das Areal des Radebeuler Johannisberges innerhalb der Großlage Lößnitz 1724 erwarb und sich hier einen Alterssitz erbauen ließ, über Carl Lang, der im Schloss eine Knabenerziehungsanstalt unterhielt, und Friedrich Gustav Bräunlich, der im Anwesen eine Heilanstalt für Geisteskranke unterbrachte, bis hin zur Unterbringung einer Führerschule der Nationalsozialisten.

Ab 1945 folgte dann die Nutzung durch die Sowjets. 1952 bezog das VEG Weingut Radebeul das Schloss. Damit begann die Entwicklung des Areals um Schloss Wackerbarth als Produktionsort bekannter Weine und Sektmarken. Heute gilt der inzwischen erweiterte Komplex als bekanntes „Erlebnisweingut“. Dabei wird auch immer an die wechselvolle Lebensge-

schichte des Spätaufklärers Carl Lang erinnert, dessen 200. Todestags am 16. Mai gedacht wird. Immerhin wurde mit ihm einst ein Bankrotteur sechs Jahre lang zum Besitzer des Schlosses Wackerbarth. Lang wurde am 27. Oktober 1766 in Heil-

bronn geboren. Mit Weinanbau hatte er allerdings nichts am Hut, denn neben einer juristischen und Senatoren-Tätigkeit in Heilbronn übte er sich als Schriftsteller und Kupferstecher. Er übernahm die Kupferstecherei der berühmten „Karlsschule“

und gründete 1796 das „Schwäbische Industrie-Comptoir“, einen Kunstverlag.

Aber der Tanz auf mehreren Hochzeiten forderte bald Tribut. 1799 kam Langs Pleite. Aus dieser Bedrängnis befreite er sich durch seine Flucht aus Heilbronn bei Nacht und Nebel und unter Zurücklassung seiner Familie. Seine Emigration führte ihn über Altona, Berlin und Leipzig ins sächsische Tharandt bei Freital, wo er eine fortschrittliche Knabenerziehungsanstalt gründete. Er orientierte sich dabei an Ideen von Johann Heinrich Pestalozzi und Johann Bernhard Basedow, der mit seinem aufklärerischen Schulexperiment in Dessau großes Aufsehen erregt hatte.

Lang nutzte diese Mode, begleitete seine Aktivitäten mit eigenen pädagogischen Schriften, die er mit eigenen Kupferstichen anschaulich illustrierte. 1816 besaß er wieder genug Kapital, um dem verarmten Grafenhaus von Wackerbarth dessen Barockschloss bei Radebeul abkaufen zu können. Lang verlagerte seine Knabenerziehungsanstalt von Tharandt in das erworbene Schloss und nahm in der Folge viele Söhne reicher Familien aus

ganz Sachsen auf. An seinem Institut standen ihm andere bekannte Pädagogen zur Seite. Das reichte von Carl Vogel, seinem Schwiegersohn, bis zu dem Lehrbuchautor Johann Peter Hundeiker.

Zwischendurch wurden im Schloss Elise Polko, eine spätere Schriftstellerin, und Eduard Vogel, der dann als Afrikaforscher Bekanntheit erlangte, geboren. Beide waren Kinder von Carl Vogel und Enkel von Carl Lang. Fast parallel starb Lang am 16. Mai 1822 überraschend. Die Familie hielt die Knabenerziehungsanstalt noch zwei Jahre. Doch nach dem Tod des Gründers kriselte es in der Anstalt, sodass die Lang-Erben das Schloss an die Wackerbarth-Familie zurückverkauften.

Aber schon 1846 ging der Besitzerwechsel weiter, bis nach einigen Umbauten und Erweiterungen über 100 Jahre später mit der Begründung als Weingut die heutige Bestimmung kam. Hätte aber Lang das Schloss nicht vor dem Verfall gerettet, dann kämen die Wein- und Sektliebhaber heute nicht in den Genuss von Spitzentropfen aus dieser sächsischen Weinregion.

Martin Stolzenau



Einige Zeit als Knabenschule in Betrieb: Blick vom Weinberg auf Schloss Wackerbarth

FÜR SIE GELESEN

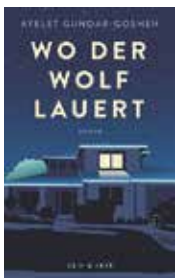
Blind für das Offensichtliche

Ayelet Gundar-Goshen, Psychologin und Schriftstellerin, ist in Israel geboren und hat einige Zeit in den USA gelebt. So hat sie sich ein umfangreiches Wissen über die verschiedenen Kulturen angeeignet, die in ihrem vierten Roman „Wo der Wolf lauert“ zum Tragen kommen.

Die Romanheldin Lilach lebt mit ihrem Mann Michael und dem Teenagersohn Adam in einem verschlafenen Ort in New Jersey. Sie sind in die USA ausgewandert, weil sie den Kriegen und dem Terror in Israel entfliehen wollten. Doch auch dort schlägt die Gewalt zu. Eine Synagoge wird überfallen und eine junge Jüdin erstochen. Tage später wird ein muslimischer Klassenkamerad von Adam bei einer Feier tot aufgefunden. Die Polizei geht von einer Vergiftung aus. Lilach hat Angst um ihren Sohn. Ihr Mann ermuntert Adam, zu einem Selbstverteidigungskurs zu gehen. Der charismatische Trainer Uri, ein ehemaliger Soldat in Israel, begeistert den Jungen. Plötzlich kommt die Polizei ins Haus und untersucht Adams PC. Adam soll dem muslimischen Jungen bedroht haben. Seltsamerweise ist auch das Chemielabor aus der Garage verschwunden.

Einfühlsam schildert Gundar-Goshen aus Sicht der Mutter Lilach, wie eine Tat in dem Ort eine Eigendynamik annimmt, wie die Menschen Dinge deuten und doch das Offensichtliche nicht wahrnehmen. Der fesselnde Roman erinnert an William Goldings großen Erfolg „Herr der Fliegen“.

Angela Selke



Ayelet Gundar-Goshen: „Wo der Wolf lauert“, Kein & Aber Verlag, Zürich 2021, gebunden, 26 Euro

Eine Kindheit in Böhmen

Gabriele Sonnenbergers Romandebüt „Abschied von der Heimat“ basiert auf den Erlebnissen ihrer Mutter, die Ende November 1945 aus Böhmen vertrieben wurde. Im Mittelpunkt der Geschichte steht Erika, die aus dem von Hungersnot geplagten Rheinland im Alter von fünf Jahren zur Schwester der Mutter nach Hohenfurth geschickt wird. Der Aufenthalt sollte nur so lange dauern, bis sich die Lage entspannt hat, doch die alleinstehende Tante gibt das Kind nicht mehr heraus.

Im geschützten Raum des böhmischen Dorfes wächst Erika unbekümmert auf und erhält unter den Fittichen ihrer Tante, der angesehenen Dorflehrerin, eine fundierte Bildung, die sie zum Studium befähigt. Dass diese Idylle trügt, zeigt sich spätestens, als Dorfbewohner sich dem NS-Regime anschließen. Mäßig spannend, aber doch flüssig liest sich der Auftaktband dieser Familiensaga, deren Fortsetzung im Herbst erscheinen soll.

MRK



Gabriele Sonnenberger: „Abschied von der Heimat. Eine böhmische Familiensaga“, Lübbe Verlag, Köln 2021, Taschenbuch, 524 Seiten, 14,99 Euro

Vegetationsraum Stadt

Auf 52 Ausflügen begibt sich der Landschaftsarchitekt Joans Frei in die Welt der urbanen Pflanzen

FOTO: SHUTTERSTOCK



Unkraut oder Kraut – Im städtischen Raum wächst es überall, sprießt aus Rissen im Asphalt, rankt sich an Hauswänden empor, nutzt die Flächen zwischen Pfosten und Gehweg. Der Züricher Landschaftsarchitekt und Stadtökologe Joans Frei begibt sich in seinem

Sachbuch „Stadtwildpflanzen“ auf die Spur der urbanen Pflanzenwelt, dokumentiert sie und zeigt die Vegetation in den 52 Wochen eines Jahres. Ein Quellenverzeichnis und ein Stichwortverzeichnis runden dieses mit einem Lesebändchen versehene Buch ab. CRS



Joans Frei: „Stadtwildpflanzen. 52 Ausflüge in die urbane Pflanzenwelt. Mit Hintergrundwissen zur Stadtvegetation“, AT Verlag, Aarau und München 2022, gebunden, 352 Seiten, 28 Euro

GESELLSCHAFT

Soziologe warnt vor naiver Toleranz

Hans-Peter Schwöbel greift prägnant und meinungsstark aktuelle Themen auf und kritisiert die Moralisierung der politischen Debatte

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Zu den Themen und Fragen unserer Zeit äußert sich der Soziologie, Schriftsteller, Poet, Kabarettist und Entwicklungshelfer Hans-Peter Schwöbel regelmäßig prägnant und meinungsstark in seiner Mundart-Kolumne „Schwöbels Woche“ im „Wochenblatt Mannheim“ sowie auf seiner Internetseite.

Sein neuer Essayband „Fluchtkulturen. Essays und Plädoyers 2“ umfasst leicht verständliche, kurz gefasste Analysen zu gesellschaftlichen und politischen Prozessen. Dass diese von einer linksgrünen Meinungshoheit dominiert werden, prangert der Autor an, oftmals in Form der Satire.

Die selbst empfundene moralische Überlegenheit der medialen Wortführer würden diese selbst gern als Haltung bezeichnen, verstünden unter Vielfalt aber nicht Meinungsvielfalt und ließen breite Diskussionen nicht zu. Darüber ist er empört: „Mit Verurteilungen und Verdächtigungen gegenüber Andersdenkenden haben wir in Deutschland genug Erfahrungen gemacht. Es muss nicht noch einmal sein.“ Fast alle heutigen Themen hätten bereits in den 1980er Jahren auf dem Tisch gelegen, so Schwöbel. Als Soziologieprofessor habe er dazu Diplomarbeiten vergeben und betreut. Gerade deshalb verwahrt er sich gegen die schrillen Tonlagen und Bewegungen wie die hysterische Klimadebatte.

Der inhaltliche Schwerpunkt „Fluchtkulturen“ beschäftigt sich mit den Risiken durch „gewaltige kulturelle Distanzen“, die

sich auftun aufgrund der hohen Zahl von Zuwanderern aus Ländern, in denen die europäisch-amerikanische Aufklärung nicht vollzogen wurde und in denen unser Verständnis von Toleranz unbekannt ist. Wo die aufklärerischen Wurzeln der westlichen Zivilisationen aber nicht mehr konkret bewusst sind und Zugewanderte, die diese Grundwerte nicht achten und unsere Freiheit angreifen, aus Angst nicht kritisiert werden, würden die „Kulturfluchten“ in unserem Land nicht als eine reale, große Gefahr wahrgenommen.

Jedoch: „Seit Menschengedenken wachsen Tyrannen aus dem Primat der Frömmigkeit.“ Jede Gesellschaft benötige Achtung vor dem weltlichen Recht, benötige Stabilität, Verlässlichkeit, Kontinuität und Grenzen. Schwöbel spricht sich für Vielfalt und religiöse Toleranz aus, warnt aber vor der naiven Vorstellung einer Anerkennung oder Übernahme unserer Grundwerte binnen kurzer Zeit.

Weitere Themen sind „Framing: Aus dem Rahmen fallen“, „Alle Wetter! Unser Klima!“, die Rassismusedebatte und Corona. Der Übergang zu besinnlichen und poetischen Betrachtungen gelingt hier mühelos.



Hans-Peter Schwöbel: „Fluchtkulturen. Essays und Plädoyers 2“, Heureka! Verlag der Ostwestfalen-Akademie, Borgentreich 2021, gebunden, 160 Seiten, 21,34 Euro

BERLIN

Die Geschichte des Brandenburger Tors

Die Historikerin Zitha Pöthe-Elevi beschäftigt sich in ihrer Doktorarbeit mit einem der bedeutendsten Bauwerke vorindustrieller Ingenieursbaukunst

VON SILVIA FRIEDRICH

Die Lage des Brandenburger Tors ist „ohnstreitig die schönste von der ganzen Welt“, sagte der leitende Oberhofbaudirektor Carl Gotthard Langhans, als er 1788 das Terrain, auf dem das Tor errichtet werden sollte, abschrift. Es war aber nicht nur die Lage, die dieses einstige Stadttor zum Symbol für Deutschland werden ließ. An diesem Ort schlägt seit Entstehen des Bauwerks das Herz des Landes. Zitha Pöthe-Elevi hat ihre Doktorarbeit über das Brandenburger Tor geschrieben und ihre weitreichenden Kenntnisse in dem Buch „Das Brandenburger Tor. Geschichte eines Berliner Urgesteins“ veröffentlicht.

Millionen Touristen tummeln sich jährlich in der Mitte Deutschlands und lesen in ihren Reiseführern über die beispiellosen geschichtlichen Ereignisse, die sich an diesem Ort abspielten. Genau hier verlief die Grenze zwischen Ost- und West-Berlin, zwischen dem westlichen und östlichen System. Jahrzehntlang war dieses Tor für niemanden zugänglich, außer für die Grenzsoldaten, die sich dort aufhalten mussten.

Langhans, der geniale Baumeister des Bauwerks, und sein Auftraggeber, Friedrich Wilhelm II., konnten sich sicher nicht einmal im Traum vorstellen, welche Geschehnisse sich rund um dieses „Meisterwerk vorindustrieller Ingenieursbaukunst“ einmal ereignen würden. Die Autorin ist nicht nur Gründungs- und Vor-

standsmitglied der Carl-Gotthard-Langhans-Gesellschaft Berlin e.V., sondern war auch Leiterin des Verbundprojektes zur digitalen Konservierung des Shadow-Reliefs „Zug des Friedens“ am Brandenburger Tor. Außerdem führt sie kenntnisreich Besuchergruppen durch Berlins bekanntestes Denkmal.

In vier Abschnitte „Die graue Vorzeit“, „Das Eisene Zeitalter“, „Eiszeit“ und „Jetzt und immerdar“ mit entsprechenden Unterpunkten ist das Werk gegliedert und lässt die Leser so durch die bewegte Geschichte des Tores reisen. Zahlreiche, für viele sicher auch unbekannte Abbildungen bereichern die Kapitel und machen das geschriebene Wort anschaulicher.

Dass der im deutschen Sprachgebrauch so häufig verwendete Begriff der „Retourkutsche“ seinen Ursprung im Berliner Volksmund zu der von Napoleon geraubten und später zurückeroberten und wiederaufgestellten Quadriga hat, ist amüsant, und die wenigsten wissen es.

„Die Geschichte des Brandenburger Tores ist so dynamisch wie seine Heimatstadt Berlin“, sagt die Autorin und mag damit sicher mehr als recht haben.



Zitha Pöthe-Elevi: „Das Brandenburger Tor. Geschichte eines Berliner Urgesteins“, Elselgold Verlag, Berlin 2021, gebunden, 208 Seiten, 25 Euro

KREIS LABIAU AM KURISCHEN HAFF

Die „Blaue Blanke“ aus dem Großen Moosbruch

So war es damals – Kartoffelanbau sehr speziell im einst größten Hochmoor Ostpreußens

VON BRIGITTE STRAMM

Die „Blaue Blanke“ aus dem Moosbruch war eine begehrte Kartoffel, sowohl auf den Märkten in Königsberg, Tilsit, Insterburg usw. als auch auf den Hapag-Schiffen, weil sie sehr wohlschmeckend und auch sehr gut lagerbar war. Der Anbau war jedoch sehr aufwändig. Die Original-Aufzeichnungen meiner Mutter Hildegard Paske geborene Gaidies aus Sussemilken/Friedrichsrode im Kreis Labiau zeigen uns auf, auf welche Weise damals gearbeitet wurde. Undenkbar in der heutigen Zeit. – Sie werden viele unbekannte oder vergessene Ausdrücke lesen, die an eine längst vergangene Zeit erinnern.



Der „Puffwagen“ mit seinen breiten Rädern wurde mit Dung beladen, die Pferde tragen schon ihre Klumpen
Fotos (4): Kreiskommune Labiau

Es ist und Schnee tauten in der Märzsonne. Die großen Eiszapfen tropften ihre Tränen in die Regenfässer. „Es wird ein frühes Frühjahr“, sagten die Alten. Auf den Höfen hatten schon die ersten Frühjahrsarbeiten begonnen. Endlich Frühling! Nun musste die Sonne sich sehr anstrengen, um unsere aufgeweichten und ausgefahrenen Straßen wieder zu trocknen.

Die Kartoffelmieten wurden aufgehackt, die im Herbst meterdick mit Moorboden beworfen wurden. Dann sah unser Moorboden wie Felsbrocken aus, nur schwarz. Die Kartoffeln, die mit Stroh oder Heu abgedeckt waren, hatten den Winter gut überstanden und wurden auf die Lucht (Dachboden) zum Keimen gebracht. Somit begann nun die erste Feldbestellung. Zu meiner Zeit wurde schon mit Pferd und Pflug gearbeitet. Früher musste die ganze Arbeit von Hand verrichtet werden.

Holzschuhe für die Pferde

Die Pferde waren aber zu schwer für den Moorboden, sie sackten in den Moorboden ein. Man fand eine Lösung, die Pferde bekamen Klumpen (Holzschuhe), dadurch entstand eine Vergrößerung der Huffläche auf zirka 30 mal 30 Zentimeter. Ausgearbeitet in Hufform, die dann mit Holzkeilen befestigt wurden. Die Klumpen wurden in den meisten Fällen im Winter von den Moosbruchbauern selbst hergestellt oder vom Klumpenmacher gekauft. Ein Paar solcher Klumpen befindet sich im Torhaus Otterndorf mit der Sammlung Labiau/Ostpreußen. Später ging man dazu über, die Klumpen mit Schrauben an den Hufeisen zu befestigen. Das hatte aber den Nachteil, dass sich beim Einsinken des Pferdes im weichen Boden die Klumpen nicht von alleine lösten und das Pferd sich die Fessel brechen konnte. Für das Tier war es zunächst eine Belastung, aber es gewöhnte sich schnell daran, mit diesen unförmigen Klumpen zu gehen. Es begann nun die Arbeit des „kartauken“. Das Pferd wurde vor den Pflug gespannt, von der alten Rücke von zirka 120 Zentimeter Breite, wo im Jahr zuvor die Kartoffeln gestanden hatten, wurde zu

beiden Seiten die Hälfte des Bodens heruntergepflügt. Die stehengebliebene Mitte war die Bank, die nun die Furche geben sollte. Bei trockenem Boden konnte dieser zusammengepflügte Teil mit dem Pferd und einer Holzzege geglättet werden. Ansonsten wurde diese Tätigkeit von Hand mit einer Holzharke vorgenommen. Der Boden war nun vorbereitet und es begann die wohl schwerste Arbeit, das Dungreißen. Eine von Hand vorzunehmende Tätigkeit, bei der der Dung aus den Tiefstallungen herausgebracht werden musste. Es gab dabei richtige „Dungfladen“, wenn man die richtige Ecke erfasst hatte. Zum Schluß musste ein Höhenunterschied von bis zu drei Metern (bei extremen Tiefställen) bewältigt werden.

Auch spezielle Moorbwagen

Der Dung wurde dann auf den Moorbwagen gepackt, der Räder wie eine Walze hatte und somit über den Moorboden gezogen werden konnte. Es wurde also der natürliche Dünger zu den vorbereiteten Rücken gefahren und zu kleinen Haufen in Abständen abgerissen. Die „Altchen“ staunten über den Fortschritt, denn früher musste diese Arbeit mit den Schubkarren in Form einer Stafette durchgeführt werden. Kunstdünger wurde grundsätzlich nicht benutzt, denn natürlicher Dünger war in genügender Menge vorhanden.

Die Saatkartoffeln waren verlesen, vorgekeimt und in Körben vorbereitet. Auch diese Holzkörbe wurden im Winter in Eigenarbeit aus Weiden geflochten. Es gab also auch im Winter keine Ruhezeit, nur betrachtete man diese Arbeit damals als Freizeitbeschäftigung.

Alle halfen mit

War die Familie nicht mit eigenen Kräften gesegnet, wurden Frauen für die weitere Arbeit angemietet. Um 7 Uhr früh traf sich alles beim Frühstück. Jede hatte ihre Holzschaukel dabei und dann zog man aufs Feld. Jeder kannte jeden, es wurde gelacht, erzählt obwohl alle wussten, dass der Tag sehr lang und sehr schwer werden



Kartoffellegen auf den breiten Rücken

würde. Aber was sollt' es, man freute sich an einem schönen Frühjahrstag in der erwachenden Natur zu sein.

Die Birken hatten ihr zartes Grün angelegt und die weißen Stämme leuchteten, als hätte der Winter sie geschrubbt. Auf die geegten Rücken wurde nun mit der Forke der vorher aufgefahrene Dung auseinandergestreut, die Saatkartoffeln schön in Reih und Glied, in vier Reihen, gelegt. Abstand immer eine Klumpenlänge. Ja, es wurden Klumpen (Holzschuhe) getragen, die für die Arbeit wie geschaffen waren. Das Auslegen der Kartoffeln musste in gebückter Haltung vorgenommen werden, damit die Keime nicht abgebrochen wurden. Die Wirbelsäule wurde dadurch sehr beansprucht und tat auch weh. Wen wundert es, wenn man verstohlen ab und zu zum nahen Kirchturm schaute oder nach einem sich nahenden weißen Kopftuch. Es gab „Kleinmittag“, eine wohlverdiente Pause. Selbstgebackenes Brot, Schinken, Wurst und eine große Kanne Kaffee nach dem Motto, wer gut arbeitet muss auch gut essen.

Der Flieger kam zum Einsatz

Dann wurde das Pferd vor den Flieger gespannt. Der „Flieger“ war ein doppelseitiger Pflug, bei dem auf jeder Seite ein Flügel herausragte, womit die Erde verteilt wurde. Das Pferd wurde auf die Bank geführt und der Bauer setzte den Flieger ein. Es entstand eine neue Furche. Die Frauen gingen nun mit ihren Schaufeln hinterher, warfen die lose Erde nach links und rechts auf die Rücken und machten die Erde glatt. Dung und Kartoffeln mussten bedeckt sein. Der Anfang und das Ende der Furche wurde vom Flieger nicht erfasst. Da hatten die Frauen Schwerstarbeit zu leisten. Die „Altchen“ meinten allerdings „dat es doch keine Aorbeit mehr“, sie mussten früher alles von Hand mit der Schaufel machen. Wenn man nun Glück hatte, ging die Arbeit zügig vonstatten. Aber wehe, wenn das Pferd einen Klump verlor und absackte. Dann stockte die ganze Arbeit und es begann die schwierige und gefährliche Arbeit, das Pferd aus-

zugraben. Aber Nachbarschaftshilfe war bei uns selbstverständlich. Da wurde nicht darum gebeten oder gefragt. Selbst wir Kinder wurden schon so erzogen.

Bis zum Mittagessen wurde schon viel geschafft, vor allen Dingen wenn das Pferd „alle veer Kloppe behole het“. Hausmannskost und eine Stunde Pause war der Lohn des Vormittags. Mit neuen Kräften ging es dann wieder los, auch wenn es noch hier und da ziepte, so sagte man doch laut, „man sull nich de Prache-rie dem Welle loate“. Es wurde erzählt und gelacht und die obligatorischen Witze zum Besten gegeben. Die Kaffeepause war auch bald da, mit Fladen und einer noch größeren Kanne Kaffee. Nur die Arbeit ging dann schon langsamer, schein-

war das letzte Eis aus dem Boden heraus und die Kartoffeln brauchten mehr Erde. Das Pferd bekam die Klumpen an, wurde in die Furche geführt, Erde wurde auf die Rücken gepflügt und die Frauen kamen wieder hinterher, um die lose Erde herauszuwerfen und zu verteilen. Nur wurde dabei die Kante der Furche noch auf beiden Seiten mit der Schaufel angeschlagen, damit durch Witterungseinfluß nicht der Boden zusammenrutschen konnte und der Kartoffel der Boden genommen wurde. Dann wurde anschließend gleich „rit-schoakt“, solange der Boden noch feucht war. Es wurde der herausgeworfene Boden, der „klütig“ (klumpig) war, zerkleinert und verteilt. Dieses geschah mittels einer Forke mit breiten Zinken. Die Furchen waren dann auch recht tief geworden, zirka 50 Zentimeter. Dieses war aber nötig, um der Kartoffel eine gewisse Bodentrockenheit zu geben. Man senkte praktisch die Bodenfeuchtigkeit. So war also eine Ackerfläche geschaffen, die in Abständen von zirka 120 Zentimetern immer eine tiefe Furche hatte.

Star unter den Kartoffeln

Wenn Sie nun fragen, warum man solch einen Aufwand mit der Kartoffel betrieben hat, so kann man nur sagen: Die blaue Moosbruchkartoffel hatte einen hohen Qualitätswert, der auch beibehalten werden sollte. Hunderte von Zentnern gingen via Berlin und Hamburg in alle Welt. Sie hatte einen guten Ruf als Salatkartoffel



Wohlverdiente Pause am halben Vormittag – Kleinmittag genannt

bar die Kirchtumuh auch. Man sagte dann schon mal, „alle Dag ward Meddag, ober hiede ward nich moal Oawend“. Dann kam das erlösende Wort des Bauern „Frukes, jetzt noch dit beske, denn es Fie-roawend“. Mit vereinten Kräften wurde das „beske“ geschafft und es ging jetzt etwas stiller über den Hollanddamm nach Hause. Ein Tag war geschafft und viel getan. Aber wenn die Hände gewaschen, die Klumpen ausgezogen und das Abendbrot mit dem obligatorischen „Kornus“ gut geschmeckt hatte, war die Strapaze des Tages vergessen und der Übermut setzte sich durch.

Feierabend!

Nach einigen Tagen war die erste Arbeit getan, die Sonne konnte scheinen, damit die Kartoffelchens bald rauskommen. Eine Pause gab es nicht, denn nun kam das Gemüse dran, aber das machten die Mutt'chen lieber alleine. Denn mit Säen und Zwiebeln stecken hatten wir Kinder nichts im Sinn, wir hatten jetzt frei. Es war Ostern, wir durchstreiften unser Moor bis zum Forst Schweizut, holten die ersten Buschwindröschen und wenn spät Ostern war auch die ersten Leberblümchen für den ersehnten Frühlingsstrauß.

Nach zirka vier bis sechs Wochen ging die Arbeit bei den Kartoffeln weiter. Es wurde beschmissen. Das heißt, der Flieger wurde wieder eingesetzt, nur die Flügel waren jetzt höher eingestellt. Denn jetzt

und wurde auch gerne von den Reedereien eingekauft, sodass man auf den Hapag-Schiffen Moosbruch-Kartoffeln essen konnte.

Die nächste Arbeit auf dem Kartoffelacker kam dann wieder in zirka drei bis vier Wochen, wenn sich die ersten Blätter gebildet hatten. Die Kartoffel wurde behäufelt, das heißt, sie bekam mehr Obererde und man verhinderte auch damit, dass die Nachtfrost den Wachstumsprozess erheblich verzögerten und eine Reife nicht rechtzeitig möglich war. Die Kartoffel war die Haupteinnahmequelle der Moosbruchbauern und dementsprechend wurde sie dann auch wie ein „Star“ behandelt.

Nun war bis zur Kartoffelblüte Ruhe. Die Kartoffel hatte ihr zartes Grün auch durch den beworfenen Boden gesteckt. Aber nicht nur das Grün der Kartoffel. Auch das Unkraut meinte sich breitmachen zu müssen. Es begann also die Zeit des „beruscheln“. Die Frauen zogen auf den Knien von Rücke zu Rücke. Auf jeder Seite eine Frau, zupften sie mit der Hand das Unkraut aus und lockerten gleichzeitig den Boden auf. Das herausgezogene Unkraut wurde in die Furchen geworfen und die strahlende Sonne trocknete dieses auch gleich aus. Nicht gut war es, wenn es später regnete, dann richtete sich das Unkraut sofort wieder auf und wuchs munter weiter. Alle Arbeit war dann umsonst.



Sussemilken, ab 1938 Friedrichsrode, war das Kirchdorf des gleichnamigen Kirchspiels, das aus sieben Gemeinden bestand und insgesamt 2127 Einwohnern im Jahr 1939 Heimat war. Von dem gesamten Kirchspiel ist lediglich ein Haus geblieben, ansonsten findet man nur Reste von Fundamenten. Die Natur hat sich alles zurückgeholt.

● AUFGESCHNAPPT

Nur zehn Prozent der in Sachsen verbrauchten Energie stammen aus Aktivitäten von Wind, Sonne oder Biomasse. Das ist für Umweltminister Wolfram Günther (Grüne) zu wenig, mit „Tesla-Geschwindigkeit“ will er „saubere“ Energien fördern. Ein eigens erstelltes „Solarkataster“ zeigt nun, wo im Freistaat Dachflächen vorhanden sind, die noch nicht zur Solarenergiegewinnung genutzt werden. Auf der Oper Chemnitz, auf dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig, auf der Dresdner Frauenkirche – überall freier Platz mit Sonneneinstrahlung. Dach und Kuppel der Frauenkirche bieten 1022 Quadratmeter, die entsprechend erzeugten Kilowattstunden würden für 33 Haushalte ausreichen. Zwar heißt es, diese Bauten seien zunächst nur einbezogen worden, da die Erstellung des Überblicks sonst teurer geworden wäre. Wirklich? Das Regionalministerium ließ zwar etwas von „Erhaltungspflicht“ verlautbaren, teilte aber ebenso mit, dass eine Nutzung der Dachflächen für Solaranlagen „nicht grundsätzlich“ ausgeschlossen sei. *E.L.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Oleg Radsinski, 1987 aus der Sowjetunion emigrierter Schriftsteller und heute Geschäftsführer des Putin-kritischen, Anfang März gegründeten Vereins „Wahres Russland“, zeichnet gegenüber „ntv“ (2. Mai) den Beginn von Russlands Weg in die Isolation nach:

„Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatte der Westen eine Wahl. Er hätte Russland nicht als Nachfolger des Landes behandeln können, das den Kalten Krieg verloren hat. Daran sind auch die USA schuld, die in den 1990er-Jahren nicht die Gelegenheit nutzten, Russland in die Bruderschaft der Nationen aufzunehmen. Im Gegenteil, sie haben Moskau weggestoßen.“

Rolf J. Langhammer, Handelsexperte des Kierler Instituts für Weltwirtschaft, weist im Gespräch mit dem Magazin „Wirtschaftswache“ (9. Mai) auf brenzlige Nebeneffekte der Russlandsanktionen hin:

„Viele Länder, die früher Teil der Sowjetunion waren, hängen heute stark von der Wirtschaft in Russland ab ... Im ungünstigsten Fall destabilisiert der wirtschaftliche Niedergang Russlands die gesamte Region ... Unsere Forschungen zeigen, dass die USA am wenigsten leiden. Der wirtschaftliche Verlust in Amerika durch Sanktionen gegen Russland ist im Verhältnis zu dem Verlust, den die USA Russland zufügen, relativ gering.“

„Focus“-Chefredakteur Robert Schneider fragt sich in seinem Magazin vom 7. Mai, wann die Bundesregierung eigentlich in der Gegenwart ankommen will:

„Höchstpreise bei Energie, hohe Inflation, unattraktive Steuertarife und fehlgeleitete Investitionsanreize – es gäbe viel zu tun für den Anpack-Scholz aus dem Wahlkampf. Leider gewinnt man den Eindruck, dass die Ampel nach einem geopolitischen Tsunami weiter mit ihrem alten Navi auf Straßen und Brücken unterwegs ist, die es gar nicht mehr gibt.“

Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist die Übersterblichkeit in Schweden während der Corona-Pandemie nur halb so hoch gewesen wie in Deutschland. Daraus zieht Autor Pommers Leibowitz (Pseudonym?) auf „philosophia-perennis.com“ (9. Mai) den Schluss:

„Es war von Anfang an klar, dass der schwedische Weg zunächst höhere Todeszahlen zur Folge hat, langfristig aber viel schneller eine Grund-Immunisierung der Bevölkerung mit deutlich geringeren Erkrankungs- und Todeszahlen erreicht, während die meisten Coronamaßnahmen diese notwendige Immunisierung sogar verhindern (wie selbst Drogen jünger einräumen).“

● WORT DER WOCHE

„Wohlstand lässt sich nicht mit überbordenden Schulden sichern und mehren, sondern mit gutem Wirtschaften, Zukunftsinvestitionen und Vorsorge. Das gilt für eine Volkswirtschaft ebenso wie für jeden Einzelnen.“

Dorothea Siems erinnert in der „Welt“ vom 9. Mai an eine fast vergessene Grundweisheit

DER WOCHENRÜCKBLICK

Eine von euch

Wie der DGB mit Fahimi ein ausdrucksvolles Zeichen setzt, und wer dieses Jahr gegen wen feiert

VON HANS HECKEL

Taurig ist das schon, und es gibt auch schwer zu denken: Von fast zwölf Millionen Mitgliedern im Jahre 1991 sind den Gewerkschaften des DGB zuletzt nur noch 5,7 Millionen geblieben – weniger als die Hälfte. Das, obwohl die Zahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum von rund 39 Millionen auf beinahe 45 Millionen angestiegen ist.

Was läuft da nur schief? Da hat wohl eine Entfremdung stattgefunden, räumen selbst Gewerkschafter ein. Die professionellen Arbeitnehmervertreter kommen an die große Mehrheit der vielen kleinen Arbeiter und Angestellten einfach nicht mehr ran.

Das darf natürlich nicht so bleiben. Daher will der DGB in die Offensive gehen und zeigen, dass er Schulter an Schulter steht mit den vielen Fleißigen und Unterbezahlten. Um seine Nähe zur realen, harten Arbeitswelt zu demonstrieren, hat der Gewerkschaftsbund mit der Wahl seiner neuen Vorsitzenden diese Woche ein machtvolleres Zeichen gesetzt: Wir sind welche von euch! Wir kennen eure Sorgen, denn es sind auch unsere Sorgen!

Yasmin Fahimi heißt die neue Chefin, und ihr Lebenslauf macht jedem Stahl-Malocher, Brummifahrer oder Paketzusteller deutlich, wie sehr die Gewerkschaftsführung Fleisch vom Fleische ihrer Basis ist. Fahimi ging gleich nach dem Studium als wissenschaftliche Mitarbeiterin zur Stiftung Arbeit und Umwelt der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Im Anschluss machte sie eine Ausbildung zur Gewerkschaftssekretärin – und wurde das dann auch. Im Apparat der IG BCE stieg sie schnell auf.

Dann wechselte sie 2014 auf den Posten der SPD-Generalsekretärin. Danach wurde sie 2016 kurz Staatssekretärin unter Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, bis sie 2017 endlich, nach einem gescheiterten Versuch Jahre zuvor, ein Bundestagsmandat ergatterte, das sie bis heute halten konnte und nun, nach ihrer Wahl zur Spitzengewerkschafterin, aber niederlegen wird.

Ja, ja, ich höre schon das Gemotze: Die hat ja nicht mal einen einzigen Tag im normalen Berufsleben verbracht! Hat sich das ganze Leben nach dem Studium in irgendwelchen Funktionsapparaten verschanzt, weit weg von den gewöhnlichen Arbeitnehmern! Nun, in gewisser Hinsicht stimmt das ja auch, aber

wir können sicher sein, dass Fahimi sich das normale Arbeitsleben immer sehr genau von oben angeguckt hat. Daher ist sie mit den Nöten der Stahl-Malocher, Brummifahrer oder Paketzusteller engstens vertraut.

Oder auch nicht – wen interessiert's? Nicht viele: Wenn überhaupt einmal leise Kritik an Fahimis Wahl aufkommt, dann eher an der Tatsache, dass mit ihr schon wieder ein SPD-Funktionär an die DGB-Spitze gerückt ist, wie bei allen ihren acht Vorgängern. Ja, das ist in der Tat ein bisschen einseitig. Aber hier zeichnet sich an der unteren Funktionärssebene euphorischen Meldungen zufolge bereits ein erfreulicher Trend zu mehr weltanschaulicher Vielfalt ab. Es wird richtig bunt: Junge Gewerkschafter fühlen sich nämlich zunehmend zu den Grünen hingezogen, hört man aus gut informierten Kreisen. Na also, das Meinungsspektrum im DGB weitet sich dramatisch! Von links bis irgendwie ... auch links.

Musk: Vom Helden zum Unhold

Mit den Grünen greift eine politische Bewegung nach mehr Einfluss in den Gewerkschaften, bei der es viele gibt, die offen sagen, dass Strom, Heizen und Tanken immer noch viel zu billig seien. Und Lebensmittel sowie so. Wenn dem Paketboten diese Preissteigerungen nicht passen, zeigt das nur, dass er die wahren Probleme nicht verstanden hat. Wie zum Beweis für seine Ignoranz haben wir den Bengel ja auch noch nie im hippen Bioladen einkaufen sehen, was ja wohl sichtbar macht, dass es mit seinem Verantwortungsgefühl für unseren Planeten nicht weit her sein kann. Ergo darf man ihn getrost ignorieren.

Dass ein Meinungsspektrum von ganz links bis auch links völlig ausreichend ist, darin sind sich viele Leute in unserem Land einig – und sie dulden keinen Widerspruch. Wenn sich ein solcher Widerspruch auch nur abzeichnet, können sie richtig kiefig werden. In dem Furor werden selbst die Helden von gestern zu den größten Unholden von heute. Erinnern Sie sich, wie Elon Musk wegen seiner E-Autos einst gefeiert wurde? Damit ist es so was von vorbei, seit der Multi-Unternehmer Twitter kaufen und zu einem Forum der „Meinungsfreiheit“ ausbauen will.

Seitdem bezieht er die gleichen Prügel, welche schon die ersten Liberalen vor zwei Jahrhunderten einstecken mussten. Ihnen wurde damals vorgehalten, dass ihr Kampf für die Freiheit der Meinung nur dazu diene,

Das Spektrum der Meinungen in den Gewerkschaften weitet sich dramatisch: Von links bis irgendwie ... auch links



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de